

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3.00 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM pro Monat. Eingetragene in die Postzeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interflons-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Adressen ober deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schloß-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 21. Februar 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ungarische Korruption.

Aus Budapest wird uns geschrieben:

Immer widerlicher werden die Dünste, die dem magyrischen Koalitionsjumpf entsteigen, und in normalen Staaten würden Enthüllungen, wie sie jetzt in Ungarn an der Tagesordnung sind, jeder Regierung den Hals kosten. Daß sich die Koalitionsregierung trotz allem, was über ihr Treiben aufgedeckt worden ist, ohne sichtbare Erschütterung behauptet, liegt nur in den besonderen Verhältnissen des Landes. Die Beschränktheit des Wahlrechts läßt eben politische oder gar soziale Parteien nicht aufkommen, und innerhalb der Schichten, welche das politische Monopol haben, wird das, was man anderswo Willen und Ueberzeugung der Wähler nennt, durch die Wahlkäufe, zu denen das ungarische Wahlsystem die Gelegenheit überreichlich schafft, so getrübt und verfälcht, daß eine Strömung zum Besseren gar nicht entstehen kann. Ueberdies schlägt die in Ungarn vergleichsweise ausgebildete nationalchauvinistische Phrase alle Bedenken nieder. Und dann sind an der Vertuschung der skandalösen Zustände so viele Hebelkräfte beteiligt, daß die Entlarbung in Ungarn niemals zur politischen Ausrottung führt. Das Schlingentau wuchert weiter.

Das hat am deutlichsten der Fall des nun ausgeschifften Polonyi bewiesen. Es war niemals jemand im unklaren darüber, daß der gewesene Justizminister ein ausgemachter Fallkunde ist; wird doch glaubwürdig erzählt, daß sich die Grafen Andrássy und Sighy geschicklich haben, mit ihm, als sie schon seine Kollegen im Kabinett Wekerle waren, in einer Gesellschaft zusammenzutreffen! Schon vor seiner Ernennung sind dem Menschen öffentlich Dinge nachgesagt worden, die kein Privatmann, geschweige denn ein verantwortungsvoller Politiker auf sich sitzen lassen kann; nicht etwa bloß politische unfaire Dinge, sondern gemeine Verbrechen wie Veruntreuung, Erpressung, Betrug und was so im Strafgesetzbuch an Eigentumsdelikten aufgezählt wird. Er war immer und überall als ein Mensch von besonderer Unredlichkeit berüchtigt; als Graf Tisza einmal im Abgeordnetenhaus erklärte, er würde mit Polonyi ohne Zeugen nicht sprechen, stimmte ihm das ganze Haus, stimmten ihm auch Polonyis Parteigenossen zu! Aber der mit allen Salben geschmierte, in alle Kulissengeheimnisse eingeweihte Mensch war eben eine Macht, war insbesondere mächtig durch seine Kenntnis von den Schlichen der anderen, und so mußte man ihm das Maul stopfen, ihn in die Regierung nehmen, um seiner gefährlichen Feindschaft zu entgegen. Ein Führer ähnlicher Art ist zum Beispiel der fast ebenso berüchtigte Gabriel Ugron, welcher wegen Betrugs schon strafgerichtlich verurteilt, der Bestechung wiederholt überwiegen ist und der dennoch respektiert, beachtet wird und als ein kompletter Ehrenmann gilt! Die Koalitionsführer wissen, daß man einen solchen Augiasstall nicht reinigen kann; könnte sich doch herausstellen, daß der ganze Reichstag ein Misthaufen ist.

Zufänglich ist das ungarische Abgeordnetenhaus heute eine große Plusmacher-Gesellschaft. Wer das Talent hat, sich irgendwie bemerkbar zu machen, wer auch nur den geringsten Einfluß besitzt, der muß versorgt werden, und geht's mit Klemtern und Posten nicht, so müssen eben materielle Begünstigungen ausfinden! Für die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten — ein so guter Kenner der ungarischen Korruption wie der Abg. Lengyel schätzt sie auf neunzig Prozent des Hauses — ist die Wahl einfach ein Kostenüberschlag; man steckt in die Wahlkosten so und so viel Geld hinein und muß dann durch das Mandat Kapital nebst Profit heraus schlagen! Im ungarischen Abgeordnetenhaus fehlt nicht nur das proletarische und bäuerliche Element gänzlich, (im Reichstage des überwiegend agrarischen Landes sitzt nicht ein Bauer!) sondern eigentlich auch das bürgerliche. Eines teils reiche Grundbesitzer, Aristokraten, welche Arbeit nie kennen gelernt haben, andererseits hungrige Streber aller Arten, (Advokaten und desklassierte Journalisten zumeist) die durch die Politik ihr Glück machen wollen: das ist das ungarische Abgeordnetenhaus von heute! All das ist nur möglich innerhalb eines Wahlsystems, das den ökonomischen Tatsachen die Wirkung versperrt und die Budapestener Kasinomitglieder und Glückritter zu Herren eines Landes macht, dessen soziale Gegensätze schon ganz modern-kapitalistischen Charakter aufweisen. Deshalb auch die völlige Sterilität dieses ungarischen Parlamentarismus, jene erstaunliche Unfruchtbarkeit, die außer den Verzückungen über die Herrlichkeit des magyrischen Globus nichts hervorbringen vermag.

Im Zusammenhang mit der parlamentarischen Korruption steht die Korruption der Presse, von der man gleichfalls aus den letzten Enthüllungen Genaueres erfahren hat. In Budapest gibt es mehr Zeitungen als in jeder europäischen Hauptstadt, obwohl die ungarische Metropole weder an Größe noch an geistiger Kraft über ein bescheidenes Mittelmaß hervorragt. Dabei wird die Entwicklung einer unabhängigen und anständigen Volkspresse durch das niederträchtige System der Korruption direkt gehindert. Was folgt daraus? Daß die parasitäre Schmutzpresse blüht, daß eine Unmasse von Zeitungen entstehen und bestehen, die nur durch Bestechungen und Erpressungen ihr Leben fristen können. Und die Koalitionsregierung, auf deren Programm als erster Punkt

die „sittliche Läuterung“ des öffentlichen und staatlichen Lebens steht, fördert diese Korruption noch aktiv! Daß eine Regierung Zeitungen aushält, kommt anderswo auch vor; aber die ausgehaltenen Zeitungen sind anderswo gekennzeichnet und verachtet. In Ungarn hat man für das Verhältnis der Regierung zu den Zeitungen (ein reguläres Verhältnis der Bestechung) den unschreibenden Ausdruck „Pauschalien“ erfunden. Das System besteht darin, daß die Zeitungen aus dem Budget der Staatsbahnen, also nicht aus dem Dispositionsfonds, „Subventionen“ erhalten und daß diese Bestechung als Entgelt für den Abdruck von Inseraten ausgegeben wird!! Natürlich sind die „Inserate“ nur eine spanische Band, hinter welcher der Sache ein geschäftliches Mäntelchen umgehängt wird. Das zeigt sich ganz deutlich darin, daß die Inserate ausgemessen werden nach der Proktion, der sich das betreffende Blatt bei der Regierung just erfreut. Wie arg es Herr Kossuth — als Handelsminister, dem die Eisenbahnen unterstehen, für den Schwindel verantwortlich — nun treibt, davon einige Beispiele: Einer seiner vielen Zeitungen, dem einstmalig sehr einflußreichen, jetzt aber ganz verkommenen „Egypertes“ hat er das Pauschale nicht bloß von 10 000 auf 25 000 Kronen erhöht, sondern er hat diese Erhöhung gar rückwirkend gemacht, so daß der Staatsrechnungshof die erstaunte Frage stellen mußte, was denn der Grund sein solle, für Anno 1905 veröffentlichte und vertragmäßig längst bezahlte Inserate im Jahre 1906 15 000 Kronen „nachzahlen“! Für Winkelblättchen letzter Sorte hat er ein Pauschale von 16 000 Kronen im vorhinein auszahlen lassen! Für die Herausgeber eines — Hotelanzeigers bewilligte er eine Subvention von 18 000 Kronen!! Das alles natürlich ohne parlamentarische Bewilligung, einfach zu Lasten der Betriebsführung der Staatsbahnen!

Geradezu pösshaft frech ist die Geschichte mit dem „Soziologen“ Horvath-Merey. Das ist ein kleiner Journalist, der den Einfall hatte, seinerzeit zwischen der Freisinnigen Regierung, mit deren Mitgliedern er von früher bekannt war, und den Koalitionsführern zu vermitteln. Dafür hat ihm die Koalition ein „Nationalgeschenk“ gewidmet, und zwar werden die 50 000 Kronen als „Stipendium für soziologische Studien im Auslande“ dem Budgettitel „Arbeiterschutz der Staatsbahnen“ zur Last geschrieben!! So kommt Ungarn in den Ruf, für seinen Arbeiterschutz große Summen auszugeben. — Das echt magyrische an diesen Schmutzaffären ist nun, daß ihre Aufdeckung den Verbrechern nicht schadet, daß sich alle Leute weiter so stellen, als ob die Pauschalien die sittlichste Einrichtung der Welt wären und als ob jene Agentenprovision mit volstem Recht Arbeiterschutz genannt werden dürfe!

Der ungarische Reichstag ist bis auf die Knochen verkauft. Unter dem Jernis der Budapester Modernität wuchern alle Laster einer ausbeuterischen und gewissenlosen Oligarchie fort. Es ist die höchste Zeit, daß dem ungarischen Parlament neue Grundlagen geschaffen werden, daß auf die Bühne des öffentlichen Lebens endlich das Volk tritt, von dessen kräftigen Armen die Glückritter und Abenteuerer sich flüchten werden in das Dunkel, das sie nie hätten verlassen dürfen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Februar 1907.

Das Stolberg-Präsidium.

Der „nationale Bloc“ hat — unter der Führung des Reichskanzlers — bei der Präsidentenwahl im Reichstage gestiftet. Von 388 Stimmen erhielt der Konservative, Graf Udo v. Stolberg-Wernigerode, der in ungeschickter Führung der Präsidialgeschäfte unannahmliche bisherige Vizepräsident, 214 Stimmen, der Kandidat des Zentrums, Dr. Spahn, 164 Stimmen — 5 waren zerplittert. Zum ersten Vizepräsidenten wurde dann mit fast gleicher Stimmenzahl der nationalliberale Abgeordnete Paasche gewählt, zum zweiten Vizepräsidenten der Freisinnige Kaempf. Zentrum, Sozialdemokraten und Polen gaben bei der Wahl der Vizepräsidenten weiße Felle ab. Der bisherige Usus, daß die stärkste Fraktion des Hauses den Präsidenten stellt, ist also durchbrochen. Das Resultat löste bei den Freisinnigen ein „Bravo!“ aus, das aber sofort durch ironisches Gelächter im Zentrum und in den Reihen der Sozialdemokraten gedämpft wurde. Noch heute gewährt es, wie es scheint, den Freisinnigen Befriedigung, der konservativen nationalliberalen Reaktion Beihilfe leisten zu können. Durch den Besitz der unbedeutenden zweiten Vizepräsidentenstelle kann diese Beihilfe nicht gerechtfertigt werden, höchstens durch das Streben, bei Hofe zugelassen zu werden.

Die vom Reichskanzler betriebene konservativ-liberale Paarung hat ihre Zeugungskraft erwiesen; das jetzige Präsidium des Reichstags ist ihr Kind. Es wird sich bald zeigen, daß diesem Produkte konservativ-liberaler Paarung keine Lorbeeren blühen.

Das Zentrum, das sich nicht in die zweite Stellung drängen ließ und einen ersten Vizepräsidenten nicht stellte, verharrte in großem Schweigen; es ließ sich daran genügen, dem Wilowischen Reichstagspräsidenten mit dem Präsidialkandidaten Spahn einen Trumpf entgegen zu setzen; denn zweifelsohne hätte es einen hoffähigeren Kandidaten präsentiert, wenn dieser Aussicht hatte, gewählt zu werden.

Mit dem Ausschluß des Zentrums aus dem Präsidium hat man dem Zentrum eine neue Gelegenheit gegeben, sich als Oppositionspartei aufzuspielen.

Das Resultat der Schriftführerwahl wird erst nach der Sitzung festgestellt und bekannt gegeben.

Nächste Sitzung: Montag, 25. Februar. Tagesordnung: Reichshaushaltsetz.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beendete am Mittwoch die Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern. Die Frage des Wahlrechts wurde nur noch von dem Abgeordneten Stroffer berührt, der sich namens der Konservativen vorläufig gegen jede Reform des Dreiklassenwahlrechts erklärte. Es soll erst die Wirkung der vorjährigen „Reform“ abgewartet werden.

Im übrigen verlor sich die Debatte in Einzelheiten: Regelung des Automobilverkehrs, Aufhebung der Arreststrafen für Unterbeamte, Errichtung besonderer Irrenanstalten für gestörte Verbrecher, landräthliche Wahlbeeinflussungen — alles wurde bunt durcheinander gewirbelt. Von Interesse ist die Erklärung des Ministers, daß für militärisch organisierte Unterbeamte, z. B. die Schulleute, die Arreststrafe nicht entbehrt werden kann, daß sie dagegen für alle anderen Unterbeamten nur noch auf dem Papier steht. Da ist es doch geradezu unverständlich, weshalb die Regierung nicht endlich dem schon vor Jahren geäußerten Wunsch des Hauses auf Beseitigung dieser mittelalterlichen Institution nachgibt.

Nach Schluß der Generaldiskussion wurde eine Reihe von Kapiteln rasch hintereinander erledigt. Erst das Kapitel „Polizeiverwaltung von Berlin“ gab wieder zu interessanten Erörterungen Anlaß. Nicht etwa, daß sich einzelne Mitglieder über polizeiliche Maßregeln und dergleichen beschwerten! Ach nein, solche Klagen werden im Dreiklassenparlament längst nicht mehr vorgebracht. Die Debatte spielte vielmehr in einer Schilderung des Berliner Nachtlebens, die der Abg. Schumann (l.) nach Art des Kapuziners in Wallenfleins Lager zum besten gab. Hiernach wäre Berlin ein einziges großes Tingeltangel, die unfittlichste Stadt der Welt, in der nicht nur auf der Straße die Unfittlichkeit ihr Haupt erhebt, sondern auch in den Theatern nichts als unfittliche Stücke gespielt werden! In energischer Tone verlangte der fromme Herr, daß der „Sawirtschaft“ ein Ende gemacht werde. Und wodurch? Die „zweifelhaften Lokale“ sollen auf eine frühere Polizeistunde gesetzt werden! — Abg. Reitzling (fr. Sp.) nahm die Squadmann-Farce ernst und würdigte die Kapuzinade einer Erwiderung.

Im übrigen ist nur noch die von einem gewissen Verständnis zeugende Rede des Abg. Münsterberg (fr. Sp.) über die Prostitutionsfrage zu erwähnen. Der Redner wandte sich u. a. gegen die Kalernierung der Prostitution und forderte die Aufhebung des Kuppleiparagraphen.

Am Donnerstag wird die Staatsberatung fortgesetzt.

Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion.

Die Reichstagsfraktion unserer Partei ersucht uns in Bezug auf unseren Bericht über die Fraktionsitzung vom Dienstag festzustellen, daß die an den Beschluß betr. „Konferenz zur Förderung der Arbeiterinteressen“ gemäßen Bemerkungen lediglich von der Redaktion herrührende Zusätze waren.

Außerdem teilt uns die Fraktion berichtigend noch folgendes mit: Die Fraktion hat zwar die offizielle Bekandigung dieses Kongresses abgelehnt, sie hat es dagegen durch Mehrheitsbeschluß den einzelnen Mitgliedern freigestellt, an den Verhandlungen teilzunehmen. Die selbstverständliche Voraussetzung dabei war, daß die Genossen, die dort eventuell an der Diskussion teilnehmen, keinen Zweifel darüber lassen, daß sie nicht als Delegierte der Fraktion, sondern nur für ihre Person sprechen.

Dem Ersuchen der Fraktion kommen wir gern nach. Die an die Mitteilung des Beschlusses gemäßen Bemerkungen sind, wie ihr Einleitungsatz klar ergibt, Darlegungen unserer Redaktion. Ueber den Inhalt der Beratungen der Fraktion berichtet bekanntlich die Presse überhaupt nicht, sondern lediglich über ihre Beschlüsse. Der an die Beschlüsse vom Dienstag anknüpfende Einleitungsatz weist ausdrücklich auf unsere Berichte vom 8. und 14. d. M. über denselben Gegenstand hin. Die Unterlassung der räumlichen Trennung kann zu Mißverständnissen schwerlich Anlaß geben.

In der heutigen Fraktionsitzung wurde beschloffen, eine Interpellation einzubringen über die von Preußen geplante Einföhrung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen, die in Widerspruch steht mit Artikel 74 der Reichsverfassung. Die Interpellation wird vom Genossen Frank-Mannheim begründet werden. Zu den heute im Reichstag von den Bündlern und Nationalliberalen eingebrachten Winzer-Interpellationen werden die Genossen David und Ehrhart als Redner bestimmt. Genosse Heine zu der Interpellation betreffend die reichsgesetzliche Regelung der Pensionsverhältnisse der Privatbeamten.

Initiativ-Anträge der sozialdemokratischen Fraktion werden eingebracht über folgende Materien: Schöpfung eines Reichsvereins, Veranlassung und Koalitionsrecht — Reichsberggesetz — Einföhrung des geheimen Stimmrechts für die Anapfichstklassen — Einföhrung von Fachgerichten nach Art der Gewerbegerichte für die ländlichen Arbeiter und Gesinde — Sicherung des Koalitionsrechtes und Einföhrung der Krankenversicherung für die ländlichen Arbeiter — Reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswesens — Einföhrung von Volksvertretungen auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes für alle Bundesstaaten und Fisch-

Polbringen — Errichtung parlamentarischer Untersuchungskommissionen — Abschaffung des Majestätsbeleidigungsparagrafen — Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Bergwerken — Einheitsliche Regelung des Knappschaftswesens — Sicherung der Immunität der Abgeordneten.

Eine Anzahl anderer Anträge sollen am Montag beraten werden und für Ausarbeitung eines eingehenden Arbeiterschutzgesetzes entworfen werden die Genossen Albrecht, Bömelburg, Koch, Schmidt und Stadthagen gewählt.

Die Wahlarbeit des Reichsverbandes.

Die Geschäftsstelle des Reichsverbandes zur Verfechtung der Sozialdemokratie, Berlin, Dossauerstraße 30, versendet an Söhner und Mitglieder ihren Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes bei den letzten Wahlen. Wie alle Veröffentlichungen des Reichsverbandes renommiert auch diese gewaltig mit dem, was die Geschäftsstelle und ihre Angestellten während der Wahlkampfzeit geleistet haben, sind doch alle diese Publikationen darauf berechnet, die Mitglieder, ganz besonders aber die hohen Söhner des Reichsverbandes zur Vergabe neuer Spenden zu veranlassen und die hart mitgenommene Verbandskasse wieder zu füllen. Aber selbst wenn man manche Angaben auf das skonto des Reklamebedürfnisses setzt, hinterläßt der Bericht den Eindruck, daß der Reichsverband kräftig gegen die Sozialdemokratie gewühlt, gehetzt und gelogen hat, und daß ihm für seine schmutzige Arbeit von den Prozentpatrioten, die das größte Interesse an der Aufrechterhaltung der bestehenden besten aller Verfassungen haben, ganz enorme Geldmittel zur Verfügung gestellt worden sein müssen.

Ueber die eigentliche Wahlleistung des Reichsverbandes heißt es im Bericht:

Das Erste, was der Reichsverband in Angriff nahm, war die Herstellung einer Wahltechnik, die allen seinen Ortsgruppen, den ihm angeschlossenen Organisationen und auf Wunsch auch den politischen Parteien zur Verfügung gestellt wurde, und man darf sagen, daß überall dort, wo nach dieser Wahltechnik, die im einzelnen je nach den lokalen Bedürfnissen hier und da wohl auch eine Abänderung erfuhr, gearbeitet worden ist, das Ergebnis der Wahl ein geradezu glänzendes war. Was die Ortsgruppe Königsberg i. P. für die Wahl des bürgerlichen Kandidaten, des freisinnigen Rechtsanwalts Ghylling, was, um nur einige zu nennen, die Ortsgruppen Stettin, Magdeburg, Rostock, Gotha, Kassel, Rudolstadt, Halle und viele andere zur Niederzwingung der sozialdemokratischen Kandidaten geleistet haben, wird in der Entwicklung des Reichsverbandes, wird in der Geschichte der nationalen Bewegung im Deutschen Reich stets eines der schönsten Ruhmesblätter sein. In 69 Wahlkreisen war der Reichsverband schon vor der Hauptwahl, in 18 weiteren in der Stichwahl tätig. In 32 von den 36 Wahlkreisen, die den Sozialdemokraten abgenommen worden sind, hat der Reichsverband, sei es durch die Organisation der Wahltechnik, sei es durch Flugblätter, sei es durch Redner, sei es durch Vergütung von baren Mitteln an die Organisationen der bürgerlichen Parteien, nach Kräften mitgewirkt. Wenn es seinen Bemühungen nicht gelungen ist, den Verlust von Hanau-Gelnhausen, von Wiesbaden und Offenbach-Dieburg an die Sozialdemokratie zu verhindern, das lediglich daran, daß parteipolitische Verbitterung in der Stichwahl eine Einigung zwischen Liberalen und Zentrum nicht zustande kommen ließ, eine Tatsache, die um so betrübender ist, als durch einen Kompromiß zwischen Liberalen und Zentrum in West- und Südwest-Deutschland den Sozialdemokraten mindestens einhalb Duzend Siege mehr hätten abgenommen, die Eroberung der Wahlkreise Diefeld, Rülheim-Duisburg, Hanau, Offenbach und Wiesbaden hätte vermieden werden können. In diesen Wahlkreisen wird es darum eine der nächsten Aufgaben des Reichsverbandes sein müssen, alles zu tun, damit eine solche nationale Schmach im Jahre 1912 nicht wiederholt werde.

Des weiteren stellte die Geschäftsstelle des Reichsverbandes sofort 22 neue Flugblätter her, die zusammen mit den bereits erschienenen den bürgerlichen Parteien die Möglichkeit boten, unter 72 gegen die Sozialdemokratie gerichteten Flugblättern ihre Auswahl zu treffen, ganz abgesehen davon, daß auch die Ortsgruppen des Reichsverbandes ihrerseits noch zahlreiche, auf die örtlichen Verhältnisse berechnete Flugblätter in die Welt hinausgehen ließen. Völlig unentgeltlich hat der Reichsverband seine Flugblätter nicht nur seinen Ortsgruppen und Mitgliedern, sondern allen bürgerlichen Parteien zur Verfügung gestellt. Welchem Bedürfnis der Reichsverband durch diese weitgehende Hilfe entgegen kam, zeigte sich in der Hochstuf der Beschlüssen, die in der Berliner Hauptstelle aus allen Ecken des deutschen Vaterlandes eintrafen. Es gab Tage, an denen, abgesehen von Hunderten von Briefen, in Berlin im Durchschnitt in jeder Stunde ein halbes Duzend von telegraphischen Bestellungen auf Flugblätter eingingen. So sind durch den Reichsverband in dem Wahlkampf des Jahres 1907 nicht weniger als 10 149 330 Stück Flugblätter verbreitet worden, eine Leistung, die selbst die Mächtigkeits der Sozialdemokratie auf diesem Gebiete in den Schatten stellen dürfte.

Der Reichsverband lobt dann sein „Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler“ und fährt fort:

Mit der Aufzählung dieser seiner Leistungen im Wahlkampf des Jahres 1907 ist das, was der Reichsverband in dieser Zeit geleistet hat, noch keineswegs erschöpft, denn es bedarf z. B. nur des Hinweis darauf, daß der Reichsverband eine besondere „Wahlkorrespondenz“ herausgegeben hat, von der in der Zeit vom 27. Dezember 1906 bis zum 1. Februar 1907 15 Nummern erschienen sind und deren Aufsätze nach den massenhaft vorliegenden Belegen von der Tagespresse erkennenweise recht ausgiebig benutzt worden sind. Es ergibt sich weiter daraus, daß die Geschäftsstelle des Reichsverbandes fast täglich in der Lage kam, das in ihrem Archiv niedergelegte Material politischer, volkswirtschaftlicher und statistischer Art den im Wahlkampf stehenden Männern zur Verfügung zu stellen.

Endlich sei in Erinnerung gebracht, daß der Silvesterbrief des Reichszanzlers Fürsten Bälou einer Anregung durch den Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu verbanen ist. Durch dieses Schreiben des leitenden Staatsmannes vom 31. Dezember 1906 wurde eine Wahlparole in den Wahlkampf hineingeworfen, die nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, die politischen Launen und Gleichgültigen zur Wahlurne zu bringen, die Massen zu begeistern, die nationale Tatsache freudigkeit zu vermehren und den Willen zur Niederwerfung der vaterlandsfeindlichen Sozialdemokratie stärker und nachhaltiger werden zu lassen. Dieses Ziel ist im großen und ganzen erreicht. Die Sozialdemokratie ist heute im Reichstage zu einer Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, die ihrem Charakter als internationale, revolutionäre, staats- und volksverderbliche Partei durchaus entspricht.

Aber auf der anderen Seite darf nicht vergessen werden, daß die Niederlage, die die Sozialdemokratie bei den Wahlen im Jahre 1907 erlitten, eine rein strategische ist. Die Sozialdemokratie hat, dank der Tätigkeit des Reichsverbandes, dank dem Zusammenfluß der bürgerlichen Parteien, zwar 36 Mandate verloren, aber die Zahl ihrer Wähler hat sich, wenn auch am wenigsten von allen politischen Parteien, nämlich nur um 8 Proz., vermehrt, und außerdem beträgt die Zahl derjenigen, die in der Hauptwahl für einen sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben, immer noch 3 1/2 Millionen. Diese Tatsache sowie die aus dem Wahlkampf auch jetzt wieder geschöpfte Erfahrung, daß es immer noch bürgerliche Parteien geben kann, die, sei es aus tückischer Verblendung, sei es aus verbrecherischem Parteigeiz, die Partei über das Vaterland stellen und schmähvolle Bündnisse mit der Sozialdemokratie schließen, müssen dem Reichsverband den Weg für die Zukunft weisen.

Interessant ist, daß zum Schluß der Reichsverband verkündet, künftig nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch ihre „Helfershelfer“, ganz gleich in welchem Lager sie sich befinden“, bekämpfen zu wollen. Welche Partei unter diesen Helfershelfern verstanden wird, ergibt sich nach den vorausgehenden Ausführungen deutlich genug: nämlich das Zentrum. Bisher hat der Reichsverband beharrlich behauptet, er bekämpfe lediglich die Sozialdemokratie; jetzt, nachdem er die Sozialdemokratie für stark geschwächt hält, läßt er die Maske fallen und kündigt auch dem Zentrum den Kampf an — allerdings vorläufig noch in halbvertreter Form.

Die koloniale Abschlagszahlung.

Die dem Reichstag zunächst überreichten Kolonialetat enthalten nur die Forderungen, die bereits dem letzten Reichstage unterbreitet worden waren, nämlich einen Raatragetat für 1906 in Höhe von 29 220 000 Mark und die erste Rate für die Fortführung des Bahnbaues Rubub-Reetmanshoop in Höhe von 8 900 000 Mark, zusammen also circa 40 Millionen Mark. Diese 40 Millionen Mark entfallen noch keinen Pfennig für das neue Etatsjahr 1907. Diese Forderungen werden dem Reichstage noch zugehen. Die Regierung will offenbar erst abwarten, welcher Grad von kolonialer Bewilligungsfreundlichkeit im Hurra-Reichstag vorhanden ist, um danach ihre Forderungen für das Etatsjahr 1907 zu bemessen. Nur das kann schon jetzt gesagt werden, daß zu den 40 Millionen noch mindestens weitere 60 Millionen hinzukommen werden!

Wie wir gestern bereits mitteilten, brachte die „Deutsche Tageszeitung“ einen Artikel, worin gefordert wurde, daß die Verkehrsansgaben für das Schutzgebiet Südwestafrika in Form eines Darlehens bewilligt werden sollten. Die Kommissionenmehrheit habe sich seinerzeit auf diesen Standpunkt gestellt und auch von dem stellvertretenden Kolonialdirektor sei gegen diesen Wunsch nichts eingewendet worden. Wir bezeichnen diese Kritik des Agrarierblattes als eine möglicherweise kolonialamtlich inspirierte. Wie recht wir mit dieser Vermutung hatten, beweist die Tatsache, daß nunmehr faktisch dem Reichstag ein Gesetzentwurf zugegangen ist, wonach die Ausgaben für die südwestafrikanischen Bahnbauten dem Schutzgebiet als ein Darlehen gewährt werden soll. Dies Darlehen soll vom 1. April 1911 ab mit 3 1/2 Proz. verzinst werden und vom 1. April 1912 ab mit 1/2 Proz. zu amortisieren sein.

Dieser Gesetzentwurf stammt aus der Feder des Herrn Dernburg. Er entspricht durchaus jenen von uns wiederholt gekennzeichneten Sanierungsstrebungen. Er bedeutet nichts anderes, als den plumpen Versuch, die südwestafrikanische Kolonialbilanz zu verschleiern. Denn Südwestafrika würde nimmermehr in der Lage sein, an eine Verzinsung der ihm gewährten Darlehen zu denken, geschweige an eine Amortisierung der Schuld, wenn nicht alle militärischen Ausgaben auf das Reich übernommen und von dem Kolonialetat getrennt werden würden. Wenn freilich die 50 bis 60 Millionen jährlicher militärischer Ausgaben für Südwestafrika von dem südwestafrikanischen Kolonialetat getrennt und als algerischem Vorbild auf das Reich übernommen werden, wäre möglicherweise unsere Dattelkolonie in der Lage, auch ein paar Hunderttausend Mark Zinsen für das ihr gewährte Darlehen an das Reich zu zahlen. Daß dieser Verzinsungssumme der hundertfache Betrag in Gestalt von militärischen Leistungen für die Kolonie gegenüberstehen würden, tut nach Herrn Dernburg nichts zur Sache! —

Deutsches Reich.

Der Fall Pöplau.

Zu Prozeß gegen Pöplau ist eine Unterbrechung eingetreten. Als am Mittwoch die Verhandlung fortgesetzt werden sollte, ergab sich, daß der Angeklagte nicht erschienen war. Der Verteidiger Rechtsanwalt Vertram machte die Mitteilung, Pöplau habe schon am Abend des Dienstags sich so wenig wohl gefühlt, daß es ihm, dem Verteidiger, schließlich nicht mehr möglich gewesen sei, weiter mit ihm zu konferieren. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Langner verlas darauf einen Brief, den Herr Pöplau auf Anraten des Verteidigers an den Gerichtshof geschrieben hatte. Pöplau erklärt darin, seine körperliche und geistige Verfassung sei im Augenblick derart, daß er vorläufig außerstande sei, an der Verhandlung teilzunehmen. Zur Ergänzung dieses Briefes verlas der Vorsitzende noch ein Attest, das Herr Pöplau schon vor Beginn dieses Prozesses sich vom Medizinalrat Dr. Leppmann hat ausstellen lassen. Dem Angeklagten wird darin bescheinigt, daß er infolge der Aufregungen, die ihm aus seiner Mäure erwachsen sind, sich in einem Zustande seelischer Niedergedrücktheit und geistiger Abspannung befindet, und es wird empfohlen, in der Verhandlung Rücksicht hierauf zu nehmen. Sonach konnte der Angeklagte als hinreichend entschuldigt angesehen werden. Vom Verteidiger wurde noch einmal bei Verwandten P. telephonisch angefragt, ob er nicht doch noch verhandlungsfähig sei. Da das verneint wurde, so mußte die Sitzung vertagt werden. Die nächste Sitzung soll am Freitag um 1/2 10 Uhr stattfinden. —

Der Kolonial-Reisbahn.

Herr Schowalter, zurzeit Parier in Zeitenbach in der Pfalz, ein vorzüglicher Kenner der südwestafrikanischen Verhältnisse, beginnt im „Reich“ eine Artikelserie über Südwestafrika zu veröffentlichen. Er stellt eine Reihe von Forderungen des Tages auf, von denen die erste dahin geht, daß das Deutsche Reich noch mindestens 100 Millionen für südwestafrikanische Bahnen bewilligen müsse, um die Bahn Lüderichsbuch-Reetmanshoop auch durch eine Längsbahn mit Windhuk und Warmbad zu verbinden.

Herr Schowalter wünscht allerdings, daß diese hundert Millionen durch Ersparnisse auf der anderen Seite einigermaßen ausgeglichen werden könnten. So führt er aus, daß es ein Unrecht sei, daß heute noch sämtliche Truppen Kriegszuglagen bezögen, da sich doch schon seit länger als einem Jahre nur noch ein verhältnismäßig kleiner Teil auf dem Kriegsschauplatz befindet. Ein Leutnant bekomme zurzeit 550 Mark im Monat, freie Wohnung und im Felde freie Verpflegung, so daß er in der

Lage sei, erhebliche Ersparnisse zu machen. Auch die Zivilbeamten, die sich auf das militärische Vorbild berufen, müßten mit einer Gehaltsreduktion fürlieb nehmen. Gätten wir doch draußen Beamte, die in der Heimat kaum 1800 Mark verdienen würden und draußen über 6000 Mark nebst möblierter Wohnung erhielten, wovon sie nur durchschnittlich 120 bis 150 Mark monatlich für Verpflegung bezahlen müßten. Andere, die zu Hause 3000 Mark beziehen würden, erhielten in Südwest 10 000 Mark nebst möblierter Wohnung, Dienstpferd, Bedienung usw.

Ferner müßte den alten Ansiedlern der Kriegsschaden vergütet werden. Aber es dürfe andererseits auch nicht dahin kommen, daß reiche Ansiedler, die durch Begünstigung seitens der Regierung im Kriege ohne Verdienst und Würdigkeit Vermögen gemacht hätten, nun auch noch auf Kosten des deutschen Volkes für alle Kriegsverluste schadlos gehalten werden. Kolonialdirektor Dernburg zitiere immer einen Ansiedler, der reich geworden sei, und führe diesen in jeder neuen Versammlung von neuem vor. „Warum, weiß ich nicht. Denn wir haben viel reichere Leute, als ihn in Südwest. Ich kenne vier Brüder, die haben zusammen mehr als 200 000 Hektar Land und auf eine Reihe wertvoller Farmen das Vorkaufsrecht, und das alles fast nur als Nebenbetrieb.“! Solche großen Besitztümer müßten unter allen Umständen, wie auch die Landgesellschaften zu den Kriegskosten herbeigezogen werden.

Man sieht aus diesen Ausführungen eines Südwestafrikaners, wie der Weizen gewisser Kolonialinteressenten in Südwestafrika gerade wegen des Krieges geküßt hat. Die Forderungen des Herrn Schowalter werden, soweit die Steuerpflicht für die Kriegskosten für unsere Kolonialagrarier und Kriegerebenschmader in Frage kommt, schwerlich erfüllt werden. Wohl aber werden seine Forderungen, weitere hundert Millionen Mark in den blutgebüngten südwestafrikanischen Sand hineinzusteden, bei unseren Kolonialspekulanten gereiztes Gchör finden! —

Wie man in Preußen Minister wird.

In der „Frankf. Ztg.“ erzählt der Reichstagsabgeordnete Golbein einige Erinnerungen an den vor einigen Tagen gestorbenen früheren preussischen Handelsminister Bressel, die einen interessanten Beitrag zu dem Thema liefern: „Wie man in Preußen Minister wird.“ Herr Gotheim erzählt:

„Er war nicht nur ein schöner, sondern auch ein liebenswürdiger, vielseitig und feingebildeter Mann, den ich aufrichtig schätzen lernte, und hatte nur das eine Unglück, Handelsminister geworden zu sein. Daß das sein Unglück sei, gestand er auch mit größter Offenheit ein. „Was — sagte er — verstand ich vom Handel und Bergbau, von Gewerbeordnung, von Zolltarifen usw.? Ich war Eisenbahner von Fach; darin war ich zu Haus, darin fühlte ich mich wohl. Da sollte ich mit einem Mal Handelsminister werden; ich habe mich mit Händen und Füßen gestraubt, die begründetsten Vorstellungen wegen meiner Unzulänglichkeit für diesen Posten gemacht, alles hat nichts genutzt. Se. Majestät befahl, und ich als preussischer Beamter mußte gehorchen.“ Es ist wirklich eine traurige Tatsache, daß in diesem Schicksal und sie gibt allen Deutschen aufs neue zu denken, daß die Art und Weise, wie bei uns Minister ausgewählt werden, je länger je mehr unhaltbar ist. Bressel war auf seinem Posten in der Eisenbahnverwaltung ein tüchtiger brauchbarer Beamter, er wurde herausgerissen und auf einen Platz gestellt, für den er gänzlich ungeeignet war. Und solche Fälle sind nicht vereinzelt. Hr. v. Hammerstein, der „Minister ohne Gründe“, soll ein guter Bezirkspräsident im Elsaß, Herr v. Studt ein guter Oberpräsident gewesen sein, als Minister gibt von beiden das Wort: Das Unglückliche, hier war's Ereignis.“ —

Theodor Barth's Urteil über die deutsche Bourgeoisie.

Der „Tempo“ setzt seine Interview-Serie fort. Er veröffentlicht ein Gespräch seines Vertreters mit Herrn Theodor Barth, das neben der Darlegung der bekannten Anschauungen des „letzten Liberalen“ auch eine bemerkenswerte Charakteristik des deutschen Bürgerturns von heute gibt. Herr Barth sagt:

„Unsere deutsche Bourgeoisie läßt sich mit der französischen der Epoche Louis-Philipps vergleichen. Sie denkt vor allen Dingen daran, in Ruhe ihren neuerworbenen Wohlstand zu genießen. Das politische Ideal hat sie in die zweite Reihe gestellt und es bedurft keiner großen Anstrengung, um sie gegen den Sozialismus aufzuheben, der ihren Frieden und ihre Verdauung stört.“

Wiedergegeben sei auch die Stelle, wo Barth von der „Niederlage“ der Sozialdemokratie spricht:

„Weil etliche dreißig Sozialisten auf der Strecke geblieben sind, hört man nichts als Triumphgeschrei. Als ob die Sozialdemokratie nicht trotz dieser Schlappe die zahlreichste Partei Deutschlands repräsentierte. Nicht nur unsere Liberalen, sondern die Leiter der Reichspolitik selbst müssen aller staatsmännischen Weisheit bar sein, um die Gefahr nicht zu begreifen, die darin liegt, daß man eine Partei von 3 Millionen dermaßen außerhalb der Gesellschaft stellt. Und die sozialistische Organisation muß ja auch notwendig mit der Dichte der Bevölkerung anwachsen, die Deutschland immer mehr auf die Industrie verweist. Das ist ein notwendiges Gesetz, denn die acht oder neunhunderttausend Bewohner, um die Deutschland alle Jahre zunimmt, können ihre Existenzmittel nicht aus der Vodenbewirtschaftung gewinnen.“

Die Ausführungen Barths werden bei den deutschen Liberalen auf starken Widerspruch stoßen. Abgewartet muß allerdings werden, ob nicht auch Barth nachträglich den Bericht des „Tempo“-Korrespondenten dementiert; denn dieser könnte Barth ebenso mißverstanden haben wie Bernstein. —

Flotten-Reim als Denunziant.

Die „Germania“ schreibt: „Aus den Mitteilungen des „Bayr. Kurier“ über die Tätigkeit des Flottenvereins während der letzten Wahlen ist bekannt, daß dieser „unpolitische“ Verein nicht nur im allgemeinen gegen das Zentrum gearbeitet, sondern auch gegen Beamte, die dieser Partei angehören, darunter auch gegen den früheren Zentrumsgewählten Landgerichtsrat Jtschert in Frankfurt a. M. Anzeigen bei den vorgesetzten Behörden erstattet hat. Mit Bezug darauf schreibt jetzt der „Bayr. Kurier“:

„In einem Briefe, den Generalmajor Keim an die Reichskanzlei gerichtet hat, weist der Herr Generalmajor darauf hin, daß Jtschert, der doch Landgerichtsrat sei, sich in Frankfurt in einer Versammlungsversammlung offen als Zentrumsmann bekannt habe, was man doch geeigneten höheren Orts entsprechend vermerken möge.“ Herr Jtschert ist auch in Preßkorrespondenzen des Flottenvereins angegriffen worden. Ueberhaupt sind vom Flottenverein alle Redner, welche gegen Dernburg sprachen, in der Reichskanzlei denunziert worden. Herr Generalmajor Keim wird nicht die Seiten haben, das zu leugnen. Wir können ihm sonst mit Nachweisen dienen.“

„Zutwahr, es sind ehrenwerte Leute im Flottenverein!“

Die kapitalistische Bestenung der Armut.

Wie wir dem „Hamburgischen Korrespondenten“ entnehmen, hat die Hamburgische Statistik folgendes interessante Material zur Beleuchtung der Tatsache ergeben, wie der Kapitalismus gerade die ärmsten Schichten des Volkes durch den Haus-

agrarisches Wucher auszuheben versteht. Nach dem „Hamburgischen Korrespondenten“ betrug der Mietbetrag nach Prozenten des Einkommens das Folgende:

Einkommen	Mietsbetrag in Prozenten
1882	1901
900—1200	21,86 24,12
1200—1800	18,94 22,22
1800—2400	19,50 22,00
2400—3000	18,78 20,81
3000—3600	17,90 19,25
3600—4200	18,37 18,71
4200—4800	27,22 17,88
4800—6000	18,33 17,71
6000—12000	16,72 15,12
12000—30000	12,23 10,83
30000—60000	8,03 6,21
60000	8,87 3,05

Diese hamburgische Statistik beweist, in welcher Weise sich gerade bei den ärmsten Schichten der Bevölkerung die Mietpreise erhöht haben, während sie bei der besitzenden Klasse prozentual immer mehr zurückgegangen sind. Während z. B. bei den Angehörigen der besitzenden Klasse mit einem Einkommen von mehr als 12000 M. die Wohnungsmiete ganz bedeutend zurückgegangen ist, hat sie sich für die proletarischen Schichten der Bevölkerung ganz wesentlich erhöht!

Man sieht: was das Proletariat durch seine Gewerkschaftsorganisationen unter schwersten Opfern an einer Lohnaufbesserung erkämpft, wird nicht nur durch die Verteuerung der Lebensmittel wieder ausgeglichen, sondern auch durch eine Steigerung der Mietpreise, durch die Erhöhung des Tributs, den das Proletariat an die Bodenbesitzer und Hausbesitzer zu entrichten hat!

Das bayerische Gemeindevahlrecht. An den Stadtmagistrat Nürnberg hatten sowohl der Demokratische Verein als auch der Nationalsozialistische Verein das Ersuchen gestellt, für die nächsten Gemeindevahlen das System der Bezirkswahl einzuführen, um es auch der Arbeiterpartei zu ermöglichen, in die Gemeindevertretung zu gelangen, was bei dem System der Listenwahl sehr schwer ist. Gegen diese Forderung hat sich der Magistrat bisher mit Händen und Füßen gestraut, da er die Arbeiter nicht in das Rathaus lassen will. Aber schon bei der letzten Wahl reichte die Zahl der sozialistischen Gemeindevähler nahe an die der bürgerlichen Parteien heran, so daß der Freisinn in Gefahr schwebt, überhaupt aus dem Rathaus herausgeworfen zu werden. Er wird sich also schon aus Gründen der Selbsthaltung zur Einführung von Bezirkswahlen entschließen müssen. Vorläufig wurde beschlossen, die Sache bis 1. Mai 1908 zu vertagen, da das Zentrum und auch die Sozialdemokratie im Landtage Anträge einbringen wollen, das Wahlrecht in der Gemeinde vom Bürgerrecht zu trennen.

Gegen den Respekt vor der Uniform. Nach einem neuen Erlass sollen Eisenbahnbeamte unbekannt Personen, welche sich ihnen als Vorgesetzte bezeichnen, nicht ohne weiteres als solche ansehen, auch nicht einmal, wenn die betreffenden eine entsprechende Uniform tragen. Sie haben vielmehr nur dann Befehle entgegenzunehmen und dienstliche Fragen zu beantworten, wenn sich die unbekannt Person durch geeignete Nachweise gehörig legitimiert und der Angeredete sich die Überzeugung verschafft hat, daß die Person zu seinen Vorgesetzten gehört. Bedienstete, die einen Ausweis verlangen, sind sofort zu befrichtigen und nicht etwa auch noch zur Rede zu stellen.

Zum Schulkrieg in Fosen. Wie die „Ostdeutsche Rundschau“ meldet, wurden in Ostrowo 18, in Gnesen 8 Schüler vom Gymnasium verwiesen, weil — ihre Geschwister (!) sich beharrlich am polnischen Schulkrieg beteiligen.

Georg Bernhard sandte uns heute eine längere Erklärung, die wir, da sie kein öffentliches Interesse hat, nicht aufnehmen konnten trotz der Drohung Bernhards, sie andernfalls in der bürgerlichen Presse zu veröffentlichen. Wir haben gar keine Veranlassung, die bürgerliche Presse der Bernhardschen Gedanken zu berauben.

Ausland.

Frankreich.

Das Vertrauensvotum für die Regierung wurde am Dienstag gemäß den amtlichen Ziffern von der Deputiertenkammer mit 390 gegen 24 Stimmen angenommen. Zur Minorität gehören unter anderen 20 gemäßigte Sozialisten und 3 Sozialistisch-Radikale; die Majorität besteht aus den radikalen Gruppen der demokratischen und republikanischen Vereinigungen, 7 Sozialisten, 44 gemäßigten Republikanern, 28 Monarchisten und Nationalisten. Der Abstimmung enthielten sich 127 Deputierte, und zwar 27 Radikale, 20 Sozialisten, 15 gemäßigte Republikaner, 60 Konservative und 5 Nationalisten.

Die meisten Blätter stellen fest, daß das Kammervotum einen großen Sieg des Kultusministers Briand bedeute. Die national- und gemäßigten-republikanischen Organe sprechen ihre Befriedigung über das Ergebnis der Kammerabstimmung aus: Briand habe die Sprache eines wirklichen Oberhauptes der Regierung geführt, während die unverdächtige Politik, zu welcher Ministerpräsident Clemenceau neigte, einen vollständigen Zusammenbruch erlitten habe. — Die ultraradikalen Blätter greifen Briand in schärfster Weise an und sagen, er habe sich bemüht, vor der Kammer und dem ganzen Lande die antikerikale Politik in Mißkredit zu bringen.

Belgien.

Das Leichendegängnis Tscherniak.

Brüssel, 18. Februar. (Eig. Ber.)

Gestern nachmittag wurde in Antwerpen der in so tragischer Weise auf dem „Dof Wyl“ ums Leben gekommene russische Revolutionär Tscherniak zu Grabe getragen. Dem Sarge des russischen Kämpfers folgten die belgischen Arbeiter in gleicher Ergriffenheit wie Tscherniak's Kameraden, die aus den belgischen und anderen Städten gekommen waren. Den Sarg umstanden neben dem Bruder des Verstorbenen (Elic Tscherniak) der sozialistische Senator Genosse Elbers, der Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus, Genosse Huzmans, Genosse Fischer vom „Peuple“, Parteisekretär Bergmans, ferner die Vertreter der Antwerpener Föderation und ein Vertreter der belgischen „Liga der Menschenrechte“. Der Sarg war über und über mit Blumen bedeckt, die von Mitkämpfern und Mitführenden aus den verschiedensten Ländern gesendet waren. Am Sarge sprach Huzmans bewegte Abschiedsworte in flämischer Sprache, Bergmans als Vertreter der politischen Partei, Genossin Palmer als Vertreterin der schwedischen Sozialdemokratie, und ein in Paris lebender russischer Revolutionär, der dem Tote auch persönlich nahe gestanden.

Allmählich setzte sich der Laufende umfassende Zug in Bewegung, mit Vertretern und Gruppen aller großen Organisationen: der Dockarbeiter, Metallarbeiter, Diamantarbeiter, des sozialistischen Frauenklubs, politischer Organisationen usw. — Vorherst zahlreich waren die russischen Freunde — Frauen und Männer — aus den belgischen Universitätsstädten herbeigekommen. Blumenkränze waren auch von der polnischen Partei, vom „Bund“, von der jüdischen Arbeiterpartei, von der schwedischen und holländischen Sozialdemokratie, von den Studenten aus Lüttich, Marseille, Genf und Montpellier angelangt. In stummer Trauer wurde bei anbrechender Nacht der Sarg der Erde übergeben.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses legte gestern (Mittwoch) die Beratung des Eisenbahnetats bei den Ausgaben fort: In Besoldungen erfordert der Etat einschließlich der Arbeiterlöhne rund 448 Millionen Mark, 53½ Millionen mehr als im vorjährigen Etat; dazu kommen dann noch die Ausgaben für Wohlfahrtsanstalten, Pensionen usw., durch die die Ausgaben für personelle Zwecke auf über 70 Millionen Mark steigen. Der Etat weist nach, daß die Löhne der Arbeiter durchschnittlich um 4 bis 5 Proz. die Besoldungen um etwa 1,8 Proz. gestiegen sind. Betont wird, daß die Löhne der Beamten im Verhältnis zu der allgemein steigenden Lebenshaltung nicht als befriedigend bezeichnet werden könne. Es sei aber zweckmäßig, die Besoldungen der Beamten im Zusammenhang zu behandeln, um so mehr, als die auf Regelung der Beamtengehälter gerichteten Initiativanträge auch noch von der Budgetkommission erledigt werden müßten. — Die jetzt im Etat vorgesehenen Erhöhungen der Beamtengehälter werden genehmigt.

Auf Befragen gibt der Minister Auskunft über eine Reihe anderer Angelegenheiten seines Ressorts. Er hebt namentlich hervor, daß seit dem Jahre 1895 sich der Verkehr verdoppelt hat — er ist seitdem von 330 auf 660 Millionen Kilometer gestiegen, während sich die Zahl der Beamten im gleichen Zeitraum nur um etwa 5 Proz. vermehrt hat. Die Ausgaben für die Betriebsmittel, Bauten und Maschinen sind ebenfalls erheblich vermehrt worden und erreichen im Ordinarium eine Höhe von 608 Millionen Mark, d. h. zirka 80 Millionen mehr als im Vorjahre. Dazu kommen im Extraordinarium noch 50 Millionen Mark. Die Ausgaben für Betriebsmittel allein betragen im Etat dieses Jahres 210 Millionen Mark.

In bezug auf die automatische Stuppelung wird mitgeteilt, daß sie sich von Preußen allein nicht einführen lasse; mit der Einführung von elektrischen Lampen im Innern der Wagen soll fortgeföhrt werden. Der Einführung von Rotorwagen wird große Aufmerksamkeit gewidmet; man will versuchen, sie im Nebenbahnbetrieb und Vorortverkehr einzuföhren, im letzteren besonders zu der Zeit des Tages, in der der Verkehr schwach ist.

Das Ordinarium der Ausgaben wird bewilligt.

Aus der Partei.

Der Preuentag. Der Vorstand des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlins teilt mit, daß er im Einverständnis mit dem Parteivorstande und der Organisation Groß-Berlins, die Verfassung des preußischen Parteitages auf die Zeit zwischen Weihnachten und Silvester 1907 vertagt.

Der im Sommer stattfindende Internationale Kongreß, sowie die für den Herbst ausstehende Verfassung des deutschen Parteitages, so heißt es in der Mitteilung, dürften den Entschluß zur Genüge rechtfertigen.

Die Magdeburger „Vollstimme“ bemerkt zu der Vertagung: Wir wollen bemerken, daß wir mit dieser Verschiebung nicht einverstanden sind, und gerechtfertigt wird der Beschluß durch aus nicht mit dem Hinweis auf den internationalen Kongreß und den deutschen Parteitag. Als die Wahlen ausgeschrieben wurden, vertagte man den Preuentag auf Ostern 1907, obgleich man genau wußte, daß ein internationaler Kongreß und ein Parteitag abgehalten würde. Nun auf einmal finden die Genossen Groß-Berlins, daß das ein Hindernis zur Abhaltung des Preuentages sei. Wären sie zu dieser Auffassung auch gekommen, wenn die Wahlen anders ausgefallen wären?

Wir sind der Meinung, daß die Tagesordnung des Preuentages erledigt werden konnte, ohne daß überflüssige Reden über den Wahlausfall gehalten wurden. Die Vertagung macht ganz den Eindruck, als wenn die Sozialdemokratie Ursache habe, die Erörterung des Wahlergebnisses zu fürchten, und gerade deshalb bedauern wir die Verschiebung des Preuentages. Die bürgerliche Presse, die merkwürdigerweise schon vor acht Tagen mitzuteilen wußte, was die Parteipresse nur erst durch die Vertrauensmänner der Berliner Genossen erfährt, hat es an Kommentaren zu den Beschlüssen nicht fehlen lassen, aus denen eigentlich auch die für den Beschluß verantwortlichen Instanzen ersehen konnten, wie verkehrt ihre Handlungsweise ist.

Unser Magdeburger Parteiblatt irrt. Der Preuentag ist feinerzeit nicht auf Ostern verlegt, sondern auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Im übrigen heißt es wohl den Bemerkungen der bürgerlichen Presse zuviel Bedeutung beizulegen, wenn man den Wahlab für die Beurteilung einer Parteifraktion ihren häßlichen Glossen entnimmt.

Mit der geplanten Redakteurenkonferenz beschäftigt sich ein Artikel des Genossen Dr. Südekum in einem hiesigen Wochenblatte. Wir wollen auf die Einzelheiten dieses Artikels nicht eingehen, sondern nur mitteilen, daß das, was dort über die Form und den Personenkreis der geplanten Konferenz gesagt ist, dem Parteivorstand nicht neu ist, wie überhaupt die Einberufung einer Redakteurenkonferenz vom Parteivorstand bereits erörtert war, bevor die „Schwab. Tagwacht“ mit ihrer Anregung kam. Es muß aber Stellung genommen werden gegen einige ganz unzutreffende Sätze des betreffenden Artikels. Genosse Dr. Südekum sagt:

„Überall zeigt sich aber heute das Bestreben, der selbstmörderischen Art früherer Polemiken ein Ende zu machen. Auch der Parteivorstand, der die Dinge alle die Zeit gleichmütig hatte gehen lassen, wie es einigen besonders kompromißfertigen Literaten gefiel, mahnt heute eindringlich zur größten Reserve bei der Ausfertigung von Meinungsäußerungen in den eigenen Reihen.“ (Folgt das Zitat aus dem Aufruf des Parteivorstandes.)

Es ist tatsächlich unrichtig, daß der Parteivorstand „die Dinge alle Zeit her ruhig laufen ließ“ und „erst heute eindringlich mahnt“. Er ließ doch der Parteivorstand u. a. schon am 14. Juni 1904 eine Erklärung an die Parteigenossen, in der es u. a. hieß: „Entstehen aber sachliche Meinungsverschiedenheiten — und deren Ausdrückung nicht wünschen zu wollen, kann und nicht beikommen — so mögen die Auseinandersetzungen darüber fern von persönlicher Gerechtigkeit und ohne Gehässigkeit geführt werden. Es ist in dieser Beziehung in der letzten Zeit leider haben und drüben manchmal groblich gefündigt worden. Diese Kampfwiese muß aufhören.“

Am 28. Oktober 1904 sagte u. a. der Parteivorstand in einer Erklärung: „Der Unterzeichnete glaubt daher aufs neue nach allen Seiten die dringende Mahnung auszusprechen zu müssen, bei Austragung von Meinungsverschiedenheiten nur strengste Sachlichkeit und Loyalität walten zu lassen.“

Auf den Parteitag wurden ähnliche Mahnungen immer wieder laut. Bei dieser Gelegenheit sei auch an die Resolution der Fünfzehner-Kommission erinnert, die in Jena Annahme fand, und in der es u. a. im Absatz 4 heißt: „Die Presskommissionen haben dafür zu sorgen, daß in den ihrer Aufsicht unterstellten Parteiblättern nicht von neuem die oben verurteilte Art der Polemik Platz greift.“

Der Parteivorstand hat es im Laufe der letzten Jahre an den gewöhnlichsten Mahnungen gewiß nicht fehlen lassen.

Die kritischen Kritiker. Unser Eibersfelder Parteiblatt, die „Freie Presse“ schreibt: Die kritische Moral der Parteikritiker in der Partei macht sich wieder einmal in einer Weise bemerkbar, die den heftigsten Widerspruch der Genossen hervorzurufen muß. Noch waren die Wahlen nicht abgeschlossen, da fanden sich schon wieder die Pamphletlieferanten der bürgerlichen Parteien, Calver, Wernstein und Göhre, auf dem Plane ein, um ja nicht zu veräumen, daß das Rüstzeug der bürgerlichen Parteien für zukünftige Wahlen verfallt werde. Nämlich ungenutzt ließ sich natürlich die bürgerliche Presse beeilen, das herrliche Material fein säuberlich zu sammeln. Je törichter und unbegründeter die Behauptungen der kritischen Kritiker aus

dem eigenen Lager sind, desto größeres Vergnügen macht es der kapitalistischen Presse, davon Notiz zu nehmen. „Verhört“ werden ja die Calver, Wernstein, Göhre et tutti quanti dadurch allerdings und wenn sie keinen anderen Zweck verfolgen als den, daß recht viel von ihnen geredet wird, so können sie gewiß nicht geschädigt arbeiten als sie es tun. Die bürgerliche Presse nimmt natürlich keine Notiz davon, daß die Partei in ihrer übergroßen Mehrheit die Anschauungen der Calver, Wernstein, Göhre über die Kolonialpolitik und andere Dinge grundsätzlich ablehnt, wir wollen das jedenfalls hiermit getan haben.

Die Erfurter „Tribüne“ bemerkt zu den Erklärungen Wernsteins über das „Tempo“-Interesse: „Daß sich Wernstein von böswilligen Feinden nun wieder ausheben läßt und ihnen großmütig Audienz gewährt, ist charakteristisch für seine Auffassung. Er scheint der Meinung zu sein, daß er der Partei noch immer nicht genug Anspieß zwischen die Beine geworfen hat. Ob ihn das Lob unserer geschworenen Feinde, die ihn und seine Freunde Calver, Schuppel, Göhre usw. jetzt als „ehrlich“, „vernünftig“, „verständlich“, „besonnen“ und „vielversprechend“ feiern, dafür entschädigt, ist nicht bekannt geworden.“

Parteiliteratur.

Die neueste Publikation des Verlags J. G. W. Dietz Nachf. in Stuttgart, das von uns bereits angekündigte Buch A. A. Pashinow's: „Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland“. (Eine historische Darstellung an der Hand amtlicher und privater Untersuchungen und der Berichte der Fabrikinspektoren von 1881 bis in die heutige Zeit. Autorisierte Uebersetzung von M. Rakhimov. Mit einem Anhang von M. Rakhimov. Band 40 der Internationalen Bibliothek. Preis broschiert 2,50 M., gebunden 3 M.) ist uns jetzt zugegangen.

Der Verfasser sagt im Vorwort:

Die nachstehende Darstellung soll zur Klärung der sozialen Verhältnisse dienen, unter denen die russischen Fabrik- und Bergarbeiter seit der Freilassung der Bauern, also in den letzten 45 Jahren lebten. Diese Periode, in der die Entwicklung der Industrie und des Bergbaues große Fortschritte machte, läßt sich in drei Abschnitte einteilen. Der erste Periode beginnt mit dem Jahre 1881 und endet in der Mitte der achtziger Jahre. In dieser Periode wurden die Beziehungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern nur durch freie Arbeitsverträge reguliert, ohne irgendwelche Kontrolle der Regierung. Alle Schreden der ersten Phase des zügellosen Kapitalismus kamen hierin zum Ausdruck, denn die Freiheit der Verträge diente den Kapitalisten als die Hülle für ihre Willkür bei der Ausbeutung der Arbeiter. In die zweite Periode, von der Mitte der achtziger Jahre bis zum Jahre 1904, fällt das Eingreifen der Regierung in das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital. Die gesetzlichen und administrativen Maßnahmen dieser Art bezweckten vorwiegend bei den immer häufiger werdenden Unruhen zu wirken. Zur Beaufsichtigung wurde deshalb im Jahre 1882 eine besondere Einrichtung, die Fabrikinspektion geschaffen.

Da unsere Fabrikgesetzgebung nur polizeiliche Ziele im Auge hatte und ganz dem einseitigen Druck des Kapitals unterworfen war, mußte ihr auch die nötige Entwicklung und Vertiefung fehlen. Sie blieb hinter den Lebensanforderungen der Arbeiter zurück und war natürlich außerstande, das zu verhindern, was auch nicht die Fabrikinspektoren voraussehen konnten — nämlich jene Bewegung in der Arbeiterklasse, die im Jahre 1905 das ganze wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Leben Rußlands in seinen Grundfesten erschütterte. Auf die Jahre anhaltender, starrer Reaktion folgte die stürmische Revolution. Am 17. Oktober trat das alte Regime des Absolutismus, wenigstens juristisch, vom Schauplatz ab und an seine Stelle trat auf Grund einer Zensurvertretung die konstitutionelle Monarchie.

Damit aber waren die politischen Umwälzungen nicht erschöpft: von allen Seiten wurden Ansprüche erhoben. In diesem Kampfe trat nun die Arbeiterklasse in die erste Reihe der Kämpfenden und schrieb auf ihre Fahne die Forderung des allgemeinen geheimen Wahlrechtes und der demokratischen Republik.

Man kann im gegebenen Moment noch nicht das Endresultat feststellen, aber das Grundmotiv der Ereignisse tritt mit genügender Klarheit hervor: das Eingreifen des Proletariats und später auch des Bauernstandes in die russische Revolution wurde hervorgerufen und unterstützt durch ihr Verlangen und Streben nach bürgerlicher Gleichberechtigung, politischem Selbstbestimmungsrecht und nach der Befreiung von jenen die Stadt und das Land beherrschenden Ausbeutungsregimen, dem das alte bürokratische Regime, beschützt von dem Doppeladler, als Stütze diente.

Kann man die Arbeiterfrage in das dritte und wichtigste Stadium ihrer Entwicklung ein, und zwar unter dem Bedruck, daß die Befreiung der Arbeiterklasse aus ökonomischem und politischem Joch nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Weder in der ersten noch in der zweiten Periode war es gelungen, die nötigen Vorbedingungen für ein gemeinsames Zusammenwirken der arbeitenden Massen zu erkämpfen. Streiks, Verbände, Versammlungen usw., kurz alle Erscheinungen des Klassenkampfes erlitten unter dem alten Regime die brutalsten Verfolgungen, gleichsam als ob es ahnte, daß gerade aus der Arbeiterklasse der grimmigste Nährboden für die mit Füßen getretenen Volksrechte entstehen würde.

Nun, da das Proletariat sich des einen Feindes entledigt, das Joch des Despotismus von sich abgeschüttelt hat, fährt es offenen Auges und ledig jener Fesseln den ferneren Kampf für seine endgültige Befreiung. Als Ausgangspunkt dieser neuen dritten Periode gelten die Erregungszustände der letzten revolutionären Kämpfe. Aus dieser Revolution alle logischen Folgerungen zu ziehen, die ganze Macht zu entfalten, deren das Proletariat selbst bei den heutigen gesellschaftlichen Zuständen fähig ist, das ist die hohe Aufgabe, von deren Lösung die ganze weitere Entwicklung unseres Landes bestimmt werden wird. Die Tatsache, daß die russische Arbeiterbewegung unter der Fahne der Sozialdemokratie marschiert, ist eine Erscheinung von größter Bedeutung.

Die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus trat im Westen erst nach den politischen Umwälzungen in die Erscheinung. Bei jenen Umwälzungen hatte die Bourgeoisie die Führung und die Arbeiterschaft marschierte hinterdrein. In Rußland aber finden wir zum erstenmal das Proletariat an der Spitze und nicht im Nachtrab der politischen Bewegung, weil es ein so vollkommen selbständiges Programm und eine eigene auf Grund der theoretischen und praktischen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung gewonnene Organisation und Taktik besitzt. Eine hohe, in ihrer Art einzige Aufgabe ist der russischen Sozialdemokratie gestellt; möge sie aus diesem Bewußtsein neue Kraft schöpfen, um ihre Aufgabe erfüllen zu können.

Im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand, Wien VI, Gumpendorferstr. 18, erschien für die bevorstehenden österreichischen Reichstagswahlen von Reich Anstetig, Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ zu Wien, eine überaus ausführliche und klare Darstellung des Wahlrechtes und eine Erklärung des Wahlgesetzes und der Wahlpflicht; es wird darin die praktische Handhabung des Gesetzes in jedem Detail der Wahlhandlung und Wahlvorbereitung berücksichtigt. Der Vorkauf sämtlicher einschlägigen Gesetze ist beigegeben. Die bevorstehenden Wahlen sind bekanntlich die ersten auf Grund des gleichen Wahlrechtes. Sie stellen den einzelnen Wähler und auch die Parteioptionen vor ganz neue Aufgaben, die richtig zu lösen nicht leicht ist. Die Bestimmungen der neuen Gesetze sind nicht besonders einfach, das Bedürfnis nach einer guten Anweisung für ihren Gebrauch ist daher um so größer. Trotz des reichen Inhalts, trotz des vortrefflichen Kommentars ist das hübsch ausgestattete, kerbel gebundene Büchlein (100 Seiten) zum Preise von 1,20 Kr. durch jede Buchhandlung sowie durch die Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand, Wien VI, Gumpendorferstraße 18, zu beziehen.

Gewerkschaftliches.

Die Konkurrenzklause.

Die Klagen der Handlungsgehilfen über die sogenannte „Konkurrenzklause“ sind in Berlin in den letzten Tagen besonders stark an die Öffentlichkeit gekommen, und mit Bewunderung wird so mancher gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vernommen haben, welche unwürdigen Bedingungen sich die gebildeten und „standesbewußten“ Herren und Damen aus dem Handelsstande gefallen lassen. Im gewerblichen Leben der übrigen Arbeiter existiert nichts, was der infamen Konkurrenzklause des Handlungsgehilfen auch nur entfernt ähnlich sähe! Wir sind überzeugt, daß die meisten Arbeiter noch nicht einmal wissen, was sie sich unter einer Konkurrenzklause vorstellen sollen, und deshalb wollen wir das zunächst einmal sagen: die kaufmännischen Prinzipale lassen sich vielfach von ihren Angestellten einen Revers unterschreiben, wodurch diese sich verpflichten, später, nach etwaigem Austritt aus dem Geschäft, in keinem Konkurrenzgeschäft Stellung zu nehmen, auch kein eigenes Konkurrenzgeschäft zu begründen! Tun sie es doch, so zahlen sie Strafe. Auch kann die Fortsetzung der neuen Tätigkeit vom Gericht verboten werden. — Wir möchten denjenigen gewerblichen Arbeiter — sei er nun Schlosser oder Schuster oder Maurer — sehen, der selbst das bloße Anfinnen, einen solchen Revers zu unterschreiben, nicht als unverschämte persönliche Beleidigung empfindet. Wie schlimm muß es in Wirklichkeit um die Handlungsgehilfen stehen, wenn solche gehäufte Beleidigung sich zu einer Sitte hat auszuweiten können!

Nun hat bekanntlich am letzten Sonntag der „Verein der Deutschen Kaufleute“ eine Protestversammlung einberufen, weil das Warenhaus Wertheim in der Ausnutzung der Konkurrenzklause noch um einen Schritt weiter gegangen war. Und in dieser Versammlung hat man eine Resolution gefaßt, in der es am Schluß heißt:

„Von den beschließenden Körperschaften erwartet die Versammlung, daß sie unverzüglich Schritte zur Aufhebung der Konkurrenzklause tun werden.“

Trotz des nicht ganz einwandfreien Deutsch versteht man wohl, was gemeint ist, nämlich: Schaffung eines Gesetzes, welches jede Konkurrenzklause für ungültig erklärt. Die Absicht ist loblich. Aber leider ist der „Verein der deutschen Kaufleute“ schon durch seine bloße Existenz eines der Hindernisse, welche die gesetzliche Beseitigung der Konkurrenzklause bisher hintertrieben haben. Zu Ruß und Frommen der Handlungsgehilfen, welche über die Beschichte ihres eigenen Standes leider meist sehr schlecht unterrichtet sind, wollen wir das hier des näheren beweisen.

Der „Verein der deutschen Kaufleute“ ist ein Hirsch-Dunderscher Gewerksverein, d. h. ein Anhängel der freisinnigen Parteien, und seine Hauptaufgabe besteht — wie bei allen „staatsbehaltenden“ Gewerksvereinen — darin, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und die Handlungsgehilfen nicht zur Erkenntnis ihres Klassenkampfes gegen die Prinzipale kommen zu lassen. Nun ist es aber gerade die Sozialdemokratie, welche schon seit zehn Jahren die gesetzliche Beseitigung der Konkurrenzklause anstrebt, und die „staatsbehaltenden“ Parteien — darunter auch die freisinnigen — sind es, welche dieses Streben bislang vereitelt haben.

Als das jetzt gültige Handelsgesetzbuch geschaffen wurde, in der Reichstagsession 1896/97, stellten die Sozialdemokraten folgenden Antrag:

„Eine Vereinbarung zwischen dem Prinzipal und dem Angestellten, durch welche dieser für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, ist nichtig.“

Dieser Antrag wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Darauf brachten die Sozialdemokraten einen neuen Antrag ein, wonach die Konkurrenzklause nur auf ein Jahr, nur für ein Geschäft ganz gleicher Art und nur auf 1 Kilometer Entfernung vom Geschäft des Prinzipals Gültigkeit haben sollte. Auch das wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt, und statt dessen wurden die jetzigen §§ 74 und 75 H.-G.-B. geschaffen. Diese lassen die Konkurrenzklause auf eine Dauer von 3 Jahren und ohne örtliche Beschränkung zu. Nur soll eine „unbillige Erschwerung des Fortkommens des Handlungsgehilfen“ ausgeschlossen bleiben. Wie wenig mit dieser verwachsenen Redensart anzufangen ist, das hat ja gerade der Fall jener Verkäuferin von Wertheim gezeigt und das zeigen nicht minder die gar nicht seltenen Urteile der Kaufmannsgerichte, welche Konkurrenzklause für ganz Europa und noch darüber hinaus für zulässig erklären. Nur für minderjährige Gehilfen soll sie unzulässig sein, und außerdem für den Fall, daß der Prinzipal den Gehilfen entläßt (wovon aber wiederum ausgeschlossen ist der Fall, „daß ein erheblicher Anlaß vorliegt, den der Prinzipal nicht verschuldet hat“) oder „durch vertragswidriges Verhalten“ ihm Grund zum Austritt gibt.

Summa summarum: wären vor 10 Jahren die Anträge der Sozialdemokraten angenommen worden, so wäre schon damals gegeben, was selbst jetzt der Hirsch-Dunderscher Verein als notwendig empfindet; statt dessen haben die „staatsbehaltenden“ Parteien mitsamt der Regierung den Handlungsgehilfen ein Duffet Redensarten geslochten, die ihnen praktisch gar nichts helfen.

Man muß nämlich wissen, daß die Konkurrenzklause in der jetzt zulässigen Form von vielen Prinzipalen geradezu zu einem System der Ausbeutung benutzt wird. In Warenhäusern z. B. hat die Konkurrenzklause fastlich gar keinen Sinn. Denn Geschäftsgeheimnisse können die dortigen Angestellten nicht verraten, weil sie keine kennen. Trotzdem lassen sich die Warenhausbesitzer solche Klause ausstellen, sogar von den jungen Mädchen, die gar keine Bräutigamskennnisse haben, sondern nur von den Etikettisten der Waren die Preise ableiten. Zu welchem Zweck? Nun, sehr einfach: so ein armes Mädel, das vielleicht 20—25 M. monatliches „Gehalt“ bekommt und die Klause unterschrieben hat, um nur überhaupt Stellung zu kriegen, ist nun an das Warenhaus gekesselt, auch wenn sie ihr Leben lang keine Zulage erhält. Sie kann ja bei der Konkurrenz keine besser bezahlte Stellung annehmen. Und so sichert sich der Warenhausbesitzer durch die Konkurrenzklause gegen die Notwendigkeit, die Schindlöhne seiner Angestellten ein wenig aufzubessern.

Darüber klagte schon im Jahre 1901 der ebenfalls liberale Dr. Silbermann, Generalsekretär des Vereins der weiblichen Angestellten. Aber trotzdem haben die Handlungsgehilfen auch 1907 wieder den „staatsbehaltenden“ Parteien Schlepperdienste bei der Wahl geleistet.

So lange die Handlungsgehilfen sich im „Verein deutscher Kaufleute“ und ähnlichen „staatsbehaltenden“ Vereinen so

über ihre wirklichen Interessen hinwegtäuschen lassen, so lange sie sich an der Bekämpfung der Sozialdemokratie beteiligen, die als einzige Partei für ihre Interessen arbeitet, so lange sie nicht durch Eintritt in den Zentralverband der Handlungsgehilfen sich zu Klassenkämpfern entwickeln, so lange dürfen sie sich auch über solche Behandlung nicht wundern.

Berlin und Umgegend.

Die fahrenden Automobilfahrer versammelten sich am Mittwochmorgen und -abend (die Nacht resp. Tagfahrer) bei Augustin, um sich über den Stand der Aussperrung zu unterrichten. Die Fahrenden unterstützen die Aussperrten nicht durch Extrabeiträge, um so mehr sollten sie sich aber verpflichtet fühlen, durch eifrige Agitation auf der Straße, durch Uebernahme der Kontrolle über die Arbeitswilligen und auf manche andere Weise noch den Aussperrten den Kampf zu erleichtern, das wurde sehr energisch in der Versammlung verlangt. Rettig, Becker, Kanti und andere Redner erhoben Anklage, daß die Fahrenden viel zu selbstständig seien und die Interessen der Organisation nicht genügend wahrnehmen; die meisten dergleichen, daß die Aussperrten zugleich für die fahrenden Kollegen eintreten und kämpfen müssen. Wenn irgendwo Stellungen frei werden, dann solle man nicht an irgend einen guten Freund denken, sondern dem Verbands Mitteilungs machen, damit von da aus die freien Stellungen verteilt werden. Ebenso sollte man sich gerade jetzt hüten, durch allerlei Streitigkeiten, wie sie in einigen Betrieben vorgekommen sind, dem Verbands schwere Verlegenheiten zu bereiten. Es ist auch darauf zu achten, daß auf allen Höfen Vertrauensleute gewählt werden, was man hier und dort verkannt hat. Auf allen Halteplätzen sollten die Fahrer gegenseitig die Ausweisarten sich zeigen lassen. Die Zahl der Betriebe, die bewilligt haben, ist auf 97 gestiegen, die von 1—18 Wagen fahren lassen, und 255 Ausweisarten sind an Fahrer ausgegeben worden. Aussperrt wird noch in 85 Betrieben, die von 1—100 Wagen auf den Höfen haben. Die kräftige Mithilfe der Fahrenden ist zu dem Erfolg der Aussperrten notwendig, und die Fahrenden dienen nur dem eigenen Interesse, wenn sie für die Aussperrten agitieren. Nur ein fleischlich denkender Mensch kann sich von dem erzielten Augenblicksprofitieren lassen, anders zu handeln.

In der Abendversammlung machte J. Rettig noch interessante Mitteilungen über die Haltung der Unternehmer. In der Besprechung am Dienstagabend führten die Scharfmacher das große Wort und nahmen sich vor, am Freitag in der Unternehmerversammlung alles aufzubieten, um die Friedenspartei zum Schweigen zu bringen. Sie erklärten, daß die 50 000 M. des Vereins „bold alle“ sein müßten und damit der Widerstand der Fahrer gebrochen wäre. Die Herren denken immer noch an den alten Droschkenführer-Verein und vergessen, daß jetzt der mächtige Zentralverband der Transport-Arbeiter hinter den Aussperrten steht. Die Scharfmacher erklären immer wieder, daß die Fahrer sich auf nichts einlassen wollen, während doch feststeht, daß die Fahrer zu Verhandlungen bereit sind. Sie behaupten ferner den kleineren Besitzern gegenüber, daß die Fahrer den Arbeitsnachweis unter alleiniger Kontrolle haben wollen, während auch diese Behauptung als unrichtig längst erwiesen ist, indem die Fahrer auf einen eigenen Arbeitsnachweis verzichten wollen, wenn die Unternehmer das selbe tun.

Die Fach- und Fahrtschule der Unternehmer befindet sich in sehr schlechtem Zustande. Die Bezahlung, 40 an der Zahl, können nicht gut ausgebildet werden, weil die meisten Wagen „in Bruch“ gefahren sind, wie der Sachverständige lautet. Die Stern-Gesellschaft gibt ihren Betrieb auf, die Droschken werden zu Privatwagen umgewandelt und mit den beschädigten Wagen können die Lehrlinge der Fahrtschule nicht anfangen. — Gelingt es wirklich einige Lehrlinge auszubilden, so warten schon die Aussperrten auf sie, wie „der Teufel auf eine arme Seele“.

Die gelbe Vereinigung der Wedag-Fahrer hat sich mit 18 Mann konstituiert. Der Vorsitzende ist der Arbeitswillige Will, ehemals Butterhändler, der geschworen hat, den Zentralverband „eingubuttern“. Eine Feier mit Musik und Hochrufen auf die Direktion wurde veranstaltet. Inspektor Schach machte die Honneurs.

Eine Aussperrung der Tapezierer in Sicht!

Wie die „Volks-Zeitung“ berichtet, tagte im „Deutschen Hof“ in der Ludwigsstraße eine zahlreich besuchte Versammlung der Arbeitgeber des Berliner Tapezierergewerbes, in der auch diejenigen Firmen vertreten waren, die der Innung nicht angehören. Obermeister Droste von der Tapeziererinnung teilte den Beschluß der Innung mit, den am 1. März ablaufenden Tarifvertrag der Tapezierer zu verlängern, aber den Gehilfen keinerlei Zugeständnisse zu machen, da dies bei der gegenwärtigen Geschäftslage unmöglich sei. Andererseits sei die Innung entschlossen, die Verlängerung des Vertrages dadurch zu erzwingen, daß eine Generalaussperrung sämtlicher Gehilfen am 1. März erfolge, wenn der Gehilfenverband nicht unter Zurückziehung seiner Forderungen in die Verlängerung des bisherigen Tarifvertrages willige. Weitere Verhandlungen mit den Gehilfen lehnten die Meister ab. Es konnte darauf an, daß sich auch die übrigen Gewerkschaften rechtsverbindlich mit der Innung solidarisch erklären. Nach einer sehr ausgedehnten Debatte beschloß die Versammlung einstimmig, alle Forderungen der Gehilfen abzulehnen. Unterschreitlich verpflichteten sich die Anwesenden auf folgenden Beschluß:

„Der Obermeister der Tapeziererinnung wird beauftragt, der Gehilfenchaft mitzuteilen, daß seitens der Arbeitgeber im Tapezierergewerbe auf dem Beschluß vom 14. Januar stehen geblieben wird. Sollten die Gehilfen den alten Vertrag nicht anerkennen, so erklären sich die unterzeichneten Firmen solidarisch, keine Einzelbeschlüsse zu treffen, sondern sich den Gesamtbeschlüssen der Innung anzuschließen.“

Die Gehilfen nehmen morgen abend in einer Werkstattdelegierten-Versammlung, die in unserem Inseratenteil angekündigt ist, zu der Situation Stellung. Kein Delegierter darf fehlen!

Kätzung, Brauereiarbeiter! Unter Bezugnahme auf die in der letzten Versammlung der Sektion I erörterten Vorgänge im Norddeutschen Brauhaus in Grünau wird hierdurch bekannt gegeben, daß die seitens der Direktion der Sektionen I und II unternommenen Einigungsversuche gescheitert sind. Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Zweigverein Berlin I und II.

Die ausgesperrten Möbelwerkstätten hielten am Montag im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung ab. Wie aus dem Situationsbericht zu ersehen, haben wesentliche Veränderungen nicht stattgefunden; die Zahl der Aussperrten beträgt 106. Nachdem die vom Vorstande und den Vertrauensleuten aufgestellten Forderungen verlesen, wurden dieselben nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Im wesentlichen lauten die Forderungen wie folgt: Die Arbeitszeit beträgt pro Woche 48 Stunden und muß im Sommer um 5 Uhr und im Winter um 6 Uhr — Sonnabends um 5 Uhr — beendet sein. Der Mindestlohn beträgt 70 Pf. die Stunde. Wo jetzt schon höhere als die festgesetzten Minimalstundenzölne von 55 Pf. gezahlt werden, erhöht sich der Lohn um den Betrag, welcher prozentual auf den wirklich gezahlten Stundenlohn entfällt. Jedem männlichen Arbeiter, welcher Posamentierarbeit verrichtet, ist der Mindestlohn zu zahlen. In Betracht kommen: Bürscherei, Hand- und mechanische Weberei. Für Junggefelln beträgt der Lohn, wenn in derselben Werkstatt, wo derselbe angestellt, beschäftigt, im ersten Halbjahre 55 Pf., im zweiten Halbjahre 60 Pf.

pro Stunde. Nach diesem Zeitraum ist der volle Lohn zu zahlen. In Accord werden keine Arbeiten ausgeführt. Für Ueberstunden ist ein besonderer Tarif vorgesehen. Die Ueberzeitarbeit ist eine freiwillige und dürfen auf Grund der Verweigerung derselben keine Maßregelungen respektive Entlassungen stattfinden. Der 1. Mai ist freizugeben. Die Organisation und ihr Arbeitsnachweis wird anerkannt. — Man ging dann zur Wahl einer Siebenerkommission über. Gewählt wurden E. Daus, O. Behms, W. Hoffmann, W. Bröcker, O. Köpfeil, E. Müller und O. Friebe, und als Ersatzleute M. Wischner, A. Deher, R. Goll, E. Falkenhagen und E. Pfizer. Nach einem Schlußwort des Gauleiters J. Köpfe schloß die imposante Versammlung.

Eine Lohnbewegung der Bäckergefelln in Sicht.

Die Bäckergefelln Berlins hielten in den „Sophienhöfen“, Sophienstraße, eine Mitgliederversammlung ab, in welcher unter anderem eine Delegiertenwahl zur 2. Generalversammlung des Deutschen Bäckerverbandes in Kassel stattfand. Am Schluß derselben gab Gehhold die Erklärung ab: „Der Gesamtverband habe einstimmig beschlossen, infolge des tarifbrüchigen Verhaltens der Bäckerinnungen in der Zentralarbeitsnachweisfrage und der Antwort derselben auf den Vermittlungsvorschlag des Verbandes, in diesem Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten.“ Eine Generalversammlung der Bäckergefelln, die zum Dienstag, den 28. Februar nach Kellers Festsaal, Kopenstraße, einberufen wird, soll dazu Stellung nehmen. Der Kampf werde ein sehr schwerer werden, das sei vorauszusetzen, doch bleibe ein anderer Weg übrig. Durch den Brief des Obermeisters Schmidt seien alle Verbindungen abgebrochen worden.

Deutsches Reich.

Reenbeter Streik. Der Streik der Schlepper und Pferdetrreiber auf Seebe- und Seebau bei Dortmund ist durch Beschluß einer Belegschaftsversammlung beendet worden. Am Samstag wurden zwei Kameraden bei der Verurteilung vorstellig, letztere ließ sich aber auf nichts ein und bestand darauf, daß der „Mädelsführer“ nicht wieder anfahren dürfe. Da nahm Genosse Hausmann vom Bergarbeiterverband die Sache in die Hand. Er wandte sich an die Inspektion der Grube mit dem Erfolge, daß die Kündigung des „Mädelsführers“ zurückgezogen und ein Streiker mit der Regelung der Löhne beauftragt wurde. Die Streikenden verlangen für die Schlepper 4 M., für die Pferdetrreiber 3,50 M. Schichtlohn. Bergarbeiter litten in der Versammlung die Tränen die Wangen hinunter, als ein junger Mann erzählte, ihm sei 1,80 M. Schichtlohn gezahlt worden, wovon er seine Mutter und fünf jüngere Geschwister ernähren müsse. Schwere Mißstände wurden aufgedeckt und über direkte Mißhandlung Klage geführt. Schließlich stimmte man doch dem Antrag Hausmann zu, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Ausland.

In den Aussperrungen in Lodz.

„Przelom“ teilt mit, daß die Deputation von den Arbeitern der Posnanski Fabrik, die nach Berlin entsandt worden war, mit Herrn Ignatius Posnanski eine Unterredung hatte. Derselbe teilte ihnen die Bedingungen der Unternehmer, die an den Aussperrungen teilnehmen, mit: Rückkehr zu der alten Arbeitsordnung, die vor den Aussperrungen bestanden hat, und Ausschließung von 98 Arbeitern. Die Deputation bestand ihrerseits darauf, daß die in der Prospektionsliste bezeichneten Arbeiter eine Strafe nicht verdienen haben und daher nicht ausgeschlossen werden dürfen. Am darauffolgenden Tage wurde die Deputation auch von den übrigen Fabrikbestimmern empfangen. Sie bestätigten die Worte des Herrn Posnanski, wobei es deutlich zutage trat, daß die Fabrikbesitzer fest bei ihren Bedingungen verbleiben und vorläufig zu Zugeständnissen nicht geneigt sind.

Inzwischen wird die Not unter den Lodzer Arbeitern immer größer, die Mittel in Lodz selbst sind völlig erschöpft, die Arbeiter haben selbst ihre Kleider verkauft und müssen auf verfalltem Stroh schlafen; tausende Familien hungern; die meisten haben ihre Wohnungen räumen müssen, da nicht alle Lodzer Hausbesitzer so human sind, mit der Bezahlung der Miete so lange zu warten, bis die Aussperrungen beendet sind. Unter den hungernden Arbeitern, besonders unter den Kindern, wüten die verschiedensten Krankheiten, und die Krankenhäuser sind so überfüllt, daß die meisten keine Aufnahme mehr finden können und ohne ärztliche Hilfe bleiben. Die Not nimmt von Tag zu Tag immer größere Dimensionen an.

In Roslau wird eine ziemlich umfangreiche Kampagne anlässlich der Lodzer Aussperrungen geführt. In diesen Fabriken (Prochorow, Danilow'sche Manufaktur, Philippow, Grefst u. a.) haben die Arbeiter während der Wahlen eine Reihe von Resolutionen gefaßt, in denen sie den Lodzer Aussperrten ihre warmste Sympathie ausdrücken, die Bereitwilligkeit, ihnen zu helfen, und den festen Entschluß, sich zu organisieren, um etwaigen Aussperrungsversuchen in Roslau den nötigen Widerstand entgegenzusetzen. — Ähnliche Resolutionen wurden auch im Gouvernement Wladimir angenommen, so z. B. in den Korosow'schen Fabriken in Orehowo.

In einzelnen Orten bilden sich auch „Arbeiterkomitees zur Bekämpfung der Aussperrungen“.

Eine unter den Arbeitern veranstaltete Sammlung für die Lodzer Aussperrten hat 600 Rubel ergeben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Durch Einsturz getötet.

Jena, 20. Februar. (B. Z. V.) Heute mittag stürzte infolge des herrschenden Sturmes die eiserne Dachkonstruktion des im Bau befindlichen Maschinenhauses der Eisenbahnreparaturwerkstätte ein. Ein Zimmermann wurde auf der Stelle getötet, zwei Arbeiter wurden schwer, drei leichter verletzt.

Feuersbrunst.

Friedland i. Medlbg., 20. Februar. (B. Z. V.) In der vergangenen Nacht wütete hier ein großes Schadenfeuer, dessen man erst gegen Morgen Herr wurde. Unter den niedergebrannten Gebäuden befinden sich auch beide Schulhäuser. Zwölf Familien sind obdachlos geworden, Menschen aber nicht zu Schaden gekommen. Der Verlust soll zum größten Teil durch Versicherung gedeckt sein.

Unwetternachrichten.

München, 20. Februar. (B. Z. V.) Heute abend gegen 5 1/2 Uhr trat, nachdem tagsüber stürmisches Wetter geherrscht hatte, heftiger Schneesturm ein, der ein plötzliches Sinken der Temperatur um 10 Grad zur Folge hatte. Die telegraphische und die telephonische Verbindung ist vielfach gestört.

London, 20. Februar. (B. Z. V.) Schwerer Sturm herrscht in England, Berichte über Schäden zur See und zu Lande laufen aus allen Teilen des Landes ein. Besonders heftig wütet der Sturm im Kanal; alle Dampfer, die den Kanal vom Kontinent aus passierten, hatten Verspätungen. Hagel, Schnee und Gewitter werden aus verschiedenen Distrikten gemeldet.

Wegen Religionsunterricht in der Schule.

Rom, 20. Februar. (B. Z. V.) Bisolati wird morgen mit noch 16 Deputierten, die fast alle der äußersten Linken angehören, in der Kammer eine Resolution einbringen, nach der die Kammer die Regierung ersucht, dem Clementarunterricht weltlichen Charakter zu sichern und zu verbieten, daß Religionsunterricht in irgendwelcher Form erteilt werde.

Beschränkung der Einwanderung.

Washington, 20. Februar. (B. Z. V.) Präsident Roosevelt unterzeichnete heute die Einwanderungsbill, nach welcher asiatische Arbeiter von den Vereinigten Staaten ausgeschlossen werden. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

2. Sitzung vom Mittwoch, den 20. Februar 1907, nachmittags 1 Uhr.

Altpräsident v. Winterfeldt-Wenkla eröffnet die Sitzung. Eingegangen sind der Entwurf eines Gesetzes betreffend den Kontingenz der landwirtschaftlichen Brennereien, die Kolonialdenkschriften und der Gesetzentwurf betreffend die Vornahme einer Berufszählung im Jahre 1907.

Auf der Tagesordnung stehen die Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Bei der Wahl des ersten Präsidenten werden 888 Stimmen abgegeben, von denen keine ungültig ist. Die absolute Mehrheit beträgt demnach 444. Es erhalten: Graf Ido zu Stolberg-Wernigerode (L.) 214, Dr. Spahn (Z.) 164, Dr. Paasche (natl.) 4, Freiherr v. Hertling (Z.) 1 Stimme.

Als der Altpräsident verkündet, daß auf den Grafen Stolberg 214 Stimmen gefallen seien, wird auf der rechten Seite und bei den Freisinnigen lebhaft „Bravo!“ gerufen, worauf in der Mitte und bei den Sozialdemokraten lautes Gelächter erdriht.

Altpräsident v. Winterfeldt-Wenkla verkündet, daß Graf v. Stolberg zum Präsidenten gewählt ist.

Graf v. Stolberg: Meine Herren, ich danke Ihnen für die sehr hohe Ehre, die Sie mir mit dieser Wahl erwiesen haben. Ich nehme die Wahl an. (Bravo! rechts, bei den Nationalliberalen und bei den Freisinnigen.)

Graf Stolberg übernimmt den Vorsitz: Meine Herren, das an und für sich schwere und verantwortungsvolle Amt, welches Sie mir übertragen haben, ist unter den jetzigen politischen Verhältnissen doppelt schwer und doppelt verantwortungsvoll. Dazu kommt, daß die erprobte Amtsfähigkeit, die hohe Vergütung, die Schlagfertigkeit und die persönliche Liebendwürdigkeit meines Herrn Vorgängers (Lebhaftes „Bravo!“ im Zentrum) in unserem Gedächtnis steht und zu Vergleichen unwillkürlich herausfordert. Meine Herren, ich weiß, daß ein Präsident nur dann etwas leisten kann, wenn er vom Hause unterstützt wird, und deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. Meine Herren, ich will mein Amt unabhängig nach allen Richtungen hin, ich will es gerecht und unparteiisch führen, ich will die Würde des Hauses wahren (Bravo! bei den Konservativen) und seine Geschäfte nach Möglichkeit zu fördern suchen. Meine Herren, wenn im übrigen das, was ich leisten werde, hinter dem, was ich leisten möchte, weit zurückbleiben wird, so hoffe ich doch, daß Sie von mir sagen werden: „Ut desint viros, tamen est laudanda voluntas“ („Wenn die Kräfte auch schwach sind, so ist doch der Wille zu loben“). (Bravo! und Heiterkeit.)

Meine Herren, ich spreche nun unseren verehrten Herrn Altpräsidenten unseren Dank für seine Mäßigkeit aus und bitte Sie, sich zum Zeichen des Dankes von Ihren Sitzen zu erheben. (Bravo! Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen.)

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten werden 883 Stimmzettel abgegeben, darunter 167 unbeschränkte, so daß 215 gültige Stimmen bleiben. Es erhalten Paasche (natl.) 209 Stimmen. (Lebhaftes Bravo! rechts, bei den Nationalliberalen und bei den Freisinnigen.)

Die Herren von Sonnensberg (Wirtsch. Vg.) 2 (Heiterkeit), Bedel (Soz.) 1, Korfanth (Pole.) 1, Graf Dönhau (fr. Vg.) 1 (Lachen rechts), Spahn (Z.) 1 Stimme.

Paasche (natl.) ist somit zum ersten Vizepräsidenten gewählt. (Beifall bei den Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen.)

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten werden 379 Stimmzettel abgegeben, darunter 166 unbeschränkte. Von den verbleibenden 213 gültigen Stimmen erhalten: Abg. Kämpf (fr. Vg.) 205 („Bravo!“ bei den Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen), Raumann (fr. Vg.) 2, Singer (Soz.) 2, Latmann (Wirtsch. Vg.) 1 (Heiterkeit), Bedel (Soz.) 1, Schad (Wirtsch. Vg.) 1 (Lachen), Trimbörn (Z.) 1.

Der Abg. Kämpf ist also gewählt.

Abg. Kämpf (fr. Vg.): Ich nehme die Wahl mit Dank an. (Bravo! rechts, bei den Nationalliberalen und Lebhaftes „Bravo!“ bei den Freisinnigen.)

Es folgt die Wahl der Schriftführer.

Das Resultat der Wahl wird bei Beginn der nächsten Plenarsitzung mitgeteilt werden.

Präsident Graf Stolberg: Der Reichstag hat sich konstituiert. Ich werde nicht unterlassen, Se. Majestät dem Kaiser die pflichtmäßige Anzeige von der Konstituierung des Reichstages zu machen.

Der Präsident teilt weiter mit, daß drei Interpellationen eingegangen sind: eine von Paasche (natl.) und Genossen, in der die Revision des Weingesezes von 1901 verlangt wird, eine zweite von Dr. Stresemann (natl.) und Genossen, in welcher der Wunsch nach Verlesung der Privatbeamten zum Ausdruck kommt, und eine von Dr. Köstler (W. d. L.), in der ebenfalls eine Revision des Weingesezes verlangt wird. Ferner ist eingegangen ein schleuniger Antrag des Abg. Jüstl Radziwiłł (Pole) und Genossen auf Einstellung des gegen den Abgeordneten Chapowicki schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session.

Präsident Graf Stolberg: Ich werde die Interpellationen auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen legen; den schleunigen Antrag werde ich auf die nächste Tagesordnung legen.

Nächste Sitzung: Montag, den 25. Februar, nachmittags 1 Uhr. Tagesordnung: 1. Beratung des schleunigen Antrages Radziwiłł. 2. Erste Beratung des Etats für 1907.

Schluß: 4 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom Mittwoch, den 20. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Bethmann-Hollweg. Der Gesetzentwurf betreffend die Auflösung des Depositenfonds der Hauptverwaltung der Staatskassen, der Gesetzentwurf betreffend Erweiterung des Landespolizeibereichs Berlin durch Einbeziehung der Stadt Wilmsdorf werden in dritter Beratung endgültig angenommen.

Das Mandat des Abg. Soy (L.), der zum Professor ernannt ist, beschließt das Haus nach dem Antrage der Geschäftsbordnungs-Kommission für nicht erledigt zu erklären.

Der Bericht der Geschäftsbordnungs-Kommission über die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung einiger sozialdemokratischer Redakteure wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses wird von der Tagesordnung abgelegt, nachdem Abg. v. Pappenheim (L.) erklärt hat, daß seine Fraktion noch keine Gelegenheit gehabt habe, zu der Frage Stellung zu nehmen.

Darauf wird die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern beim Titel „Ministergehalt“ fortgesetzt.

Abg. Stroffer (L.): Zu den gestrigen Ausführungen des Ministers möchte ich bemerken, daß seine Freunde es stets beklampfen würden, daß man sämtliche Strafsachen dem Justizministerium unterstelle. Unbegreiflich sei es ihm, wie die Freisinnigen das Reichstagswahlrecht immer als ein „Noli me tangere“ (Wünschen Nichtwischen) ansehen könnten, dagegen am Landtagswahlrecht stets rütteln wollten. Beide beständen zu Recht. Man könne nicht das eine immer ändern wollen und jede Änderung des anderen vorherzusehen! Der Landrat v. Ritzing in Sprottau sei vom Abgeordneten Gassel gefiern ganz unbedeutendweise angegriffen worden. Das Vorklär, das der Abg. Gassel verlesen habe, sei erst nach der Sitzung abgelesen.

Abg. Dr. v. Böttinger (natl.) geht in längeren Ausführungen, die auf der Tribüne unverständlich blieben, auf die Reformbedürftigkeit der Automobilverordnung ein.

Minister v. Bethmann-Hollweg erkennt diese Reformbedürftigkeit an, insbesondere nach der Richtung hin, daß die Automobilisten gegen unbillige Belästigungen geschützt werden müßten! (Bravo!) Diesfalls würden die Schilderungen über Automobilunfälle durch Reporter einwärts erkunden.

Abg. Graf Ballestrem (Z.) fordert Flugregulierungen für Schiffe. Das sei das beste Mittel zur Bekämpfung der polnischen Agitation.

Abg. Fedenroth (L.) empfiehlt Schaffung einer neuen Land-Gemeindeordnung für die Rheinprovinz in der Richtung, daß die Gemeinden größere Freiheit erhielten.

Abg. Freisch (natl.) tritt für Abschaffung der Arreststrafe bei den Unterbeamten ein.

Abg. Busch (Z.) fordert Prüfung der bestehenden Polizeiverordnungen. Viele davon könnten gemildert werden. Bei Vergebung amtlicher Annoncen bittet der Redner, die Zentrumspresse ebenso zu bedenken, wie die andere Presse!

Abg. Dr. Wagner (fr.): Dem Minister bemerke ich zu seinen heutigen Ausführungen, daß in Breslau von der Stadt nicht auf eine bessere Abwicklung der Stadtverordnetenwohnen zu rechnen ist, da dies nicht vorteilhaft ist für diejenigen Parteien, die dort jetzt herrschen. Deshalb wünschen wir, daß der § 14 der Städteordnung hier geändert wird.

Minister v. Bethmann-Hollweg: Meine persönliche Stellung zu den Polizeiverordnungen ist bekannt. Man soll bei Erlaß derselben sehr vorsichtig zu Werke gehen. Ich würde mich selbst strafbar machen, wenn ich annehmen wollte, daß in einzelnen Fällen eine Bestrafung nicht erfolgen sollte. Das die Arreststrafe befreit, so bemerke ich nochmals, daß davon fast gar kein Gebrauch gemacht wird. Da ist es doch übertrieben, wenn man sagt, das Ehrgefühl der Beamten werde dadurch verletzt, daß die Arreststrafe auf dem Papier noch bestehe.

Der Abg. Graf Ballestrem wünscht die Unterbringung seiner Fraktion durch die Regierung. Die Regierung wird ihn und seine Freunde im Kampfe gegen das Polentum energisch und intensiv unterstützen. Ich richte aber auch an ihn die Bitte, umgekehrt die Staatsregierung zu unterstützen. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen. Persönlich bemerkt

Abg. Gassel (fr. Vp.): Wenn das Zirkular des Landrats v. Ritzing in der Tat erst am 17. Februar ergangen sei, könne natürlich nicht davon gesprochen werden, daß es die Wahlen beeinflusst habe.

Beim Kapitel: „Landrätsliche Behörden und Kämter“ kommt Minister v. Bethmann-Hollweg auf eine Bemerkung des Abg. Busch zurück, indem er erklärt, daß bei der Vergabung amtlicher Annoncen nur solche Blätter ausgeschlossen würden, die in ihrer Opposition einen unanständigen oder gehässigen Ton anschlagen.

Abg. v. Bodelberg (L.) empfiehlt die Erhöhung des Maximalgehalts der Landräte.

Abg. Marx (Z.) klagt über Wahlbeeinflussungen durch den Landrat im Kreise Ottweiler-St. Wendel.

Minister v. Bethmann-Hollweg bedauert, daß der Vorredner hier Einzelfälle zur Sprache gebracht habe, die er nicht kenne. Dadurch müsse das Vertrauen zu den Landräten leiden; denn er könne in solchen Fällen weder die Beamten in Schutz nehmen noch einen Tadel aussprechen.

Abg. Dr. Dahlem (Z.) beschwert sich, daß den amtlichen Kreisblättern oft Beilagen beigegeben würden, die die Leser nicht wünschten!

Beim Kapitel „Polizeiverwaltung in Berlin“ und Umgebung führt

Abg. v. Schumann (L.) aus: Während man überall die Polizeistunden aufrecht erhält, hat man sie in Berlin fallen lassen. Deshalb ist für Berlin ein Ausnahmezustand zugelassen?

Das Nachleben Berlins ist eine Schande! Die ganze Nacht hindurch sind die Wirtschaften geöffnet; es genügt, um die Erlaubnis zu erteilen, daß keine offenen Unsitlichkeiten vorkommen. In diesen Lokalen wird systematisch in raffinierter Weise die Begierde gereizt. Die Unsitlichkeit nimmt in Lokalen und auf der Straße in erschreckendem Maße zu. Der Schwarm der sich herumtreibenden Menschen raubt den friedlichen Bürgern den Schlaf. (Heiterkeit.) Das Schlimmste ist, daß sich das weibliche Geschlecht in erschreckendem Maße an dem Luderleben beteiligt. Diese schamlosen Zustände gefährden auch die heranwachsende Jugend. In dieser Atmosphäre werden die wilden Triebe geboren, welche die bestialischen Verbrechen bewirken. (Heiterkeit.) Ein anständiges Mädchen kann sich jetzt kaum auf der Straße leben lassen, ohne lächerlich-lüsterne Blicken ausgesetzt zu sein.

Das ganze öffentliche Leben in Berlin ist zur Nachtzeit ein großer Lärmangel. (Schallende Heiterkeit.) Dieses Bild hat noch eine Kehrseite: Die Kassenangehörigen, das Personal der Wirtschaften, das Personal der Bahnen bekommt keine Nachruhe. Hier ist Gelegenheit, vielen armen Menschen zu helfen. Die Verbindung der Vororte mit der Stadt mag gut sein, aber zur Förderung der Vororte dient es nicht, wenn sich die Bewohner in Berlin herumtreiben. (Große Heiterkeit.) Hat Berlin denn das himmelstreichende Unrecht für sich, in erster Linie die Jugend verderben zu dürfen? (Heiterkeit.) Die Berliner haben die gewährte Freiheit mißbraucht; (Heiterkeit links) sie müssen deshalb ebenso zu Bett gebracht werden wie andere. (Heiterkeit.) Den Minister bitte ich, daß er auch die Berliner mit einem sanften Druck ins Bett befördert. (Heiterkeit.)

In England werden die Gastwirtschaften Sonnabends um 11. Sonntags um 12 geschlossen. In Preußen müssen die Stunden der Versammlung ebenso verkürzt werden. Jede deutsche Frau wird mir zustimmen, wenn ich sage: der

Sauwirtschaft

muss ein Ende gemacht werden! (Gelächter links.) Es ist immer fatal, im Lärmangel gefaßt zu werden. (Dro! links.) Ich gebe zu, daß ich von Ihnen niemand dort getroffen habe. (Schallende Heiterkeit.) Sorgen wir dafür, daß nicht noch vielen Hunderten von Menschen der Kern des Verderbens beigebracht wird. (Beifall rechts.)

Abg. Münsterberg (fr. Vg.): Wir sind nicht Wächter der Moral, sondern der Rechte des Volkes. Mit den Mitteln, die der Vorredner empfohlen hat, wird man bei der Bekämpfung der Unsitlichkeit nichts erreichen. Die Polizeiaufsicht hat nichts gesucht. Stehen die Mädchen erst einmal unter Kontrolle, so können sie sich dieser Umfassung kaum wieder entziehen. Sie verfallen dann dem Jubelsturm. Von der Kasernierung, die noch Minister v. Hammerstein für gut hielt, wird jetzt wohl niemand mehr Gebrauch machen wollen. Sie stellt die etchasteste und gemeinste Form der Sklaverei dar. Dagegen wünsche ich, daß die Polizei gegen die Antimierneie etwas größere Macht hätte. Wenn es möglich wäre, diese Lokale mit Stump und Stiel auszuräumen, würde ich das allerdings für ein großes Werk ansehen. Es läßt sich aber auch nicht leugnen, daß ein

Zusammenhang zwischen Gesetzgebung und Prostitution

besteht: 60 Proz. aller Prostituierten entstammen dem Stande der Dienstmädchen. Beweist das nicht, daß hier die sozialen Verhältnisse und das Gesetz Einfluß ausüben? Schaffe man deshalb ein neues Gefinderecht!

Durch Belehrung z. B. durch wissenschaftliche Vorträge von Medizinern für Wirtinnen, läßt sich viel erreichen. Sehr gut ist auch der Gedanke des neuen Stadtdiqrates von Berlin Dr. Fischer: Die

gemeinsame Erziehung der Geschlechter durchzuführen. Dann heißt es: Hier, Frauen, vor die Front! damit sie Schulter an Schulter mit den Männern kämpfen! Ich regere erneut an, eine Kommission einzusetzen, die alle diese Fragen untersucht.

Abg. Kreitzing (fr. Vp.): Der Abg. v. Schumann sprach immer von Berliner Frauen und Mädchen. Solche Anschuldigungen muß ich als Vertreter der Stadt Berlin zurückweisen. Wenn Herr Schumann so böse Erfahrungen gemacht hat, dann muß er entweder sehr empfindlich sein oder seine Studien schon ziemlich lange betrieben haben. (Heiterkeit.) Vielleicht haben auch gerade die letzten Wochen diesen Eindruck bei ihm hervorgerufen, wo so viel Besuch von außerhalb da war. (Heiterkeit.) Wenn er aber von den Berliner Frauen spricht, so scheint es mir doch, als ob er ihre Anständigkeit gar nicht beurteilen kann. (Heiterkeit.) Redner empfiehlt sodann, den Witwen der Berliner Schulleute nach 5 Jahren die Hälfte und nach acht Jahren 2/3, der Summe zu bewilligen, welche ihnen nach zehnjähriger Dienstzeit des Mannes zustehen würde. Seine Freunde seien endlich dafür, daß das Höchstgehalt für die Schumannswachtmeister auf 2400 M. und für Schumannmänner auf 1900 M. festgesetzt werde. (Beifall links.)

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr. Schluß 5 Uhr.

Die russische Revolution.

Die Regierung im Hinterhalt.

Petersburg, 17. Februar. (Fig. Ver.) Von den 92 Wahlkreisen Russlands liegen bis heute Nachrichten über Wahlergebnisse aus 93 Wahlkreisen vor, in denen die Wahl zum Teil bereits abgeschlossen ist, teils zu Ende geht, so daß es schon jetzt möglich ist, die Zusammensetzung der zweiten Duma wenigstens annähernd zu bestimmen. Nach den bisherigen Berechnungen sind in den 92 Kreisen bereits 118 Deputierte der Opposition als gesichert anzunehmen, während auf die rechten Parteien bis jetzt nur 82 entfallen.

In den Hofkreisen herrscht nach übereinstimmender Meldung aller Blätter große Verwirrung und Ratlosigkeit, da niemand weiß, wie aus dieser Situation herauszukommen ist. Fast täglich finden Beratungen der höheren Bureaukraten und der Hoflinge statt, in denen fast ausschließlich die Wahlen behandelt werden.

Stolypins Stellung scheint unsicher geworden zu sein. Schon taucht wieder der Name Witkes auf, doch soll das Übergewicht in den „Sphären“ auf Seite der Extremen sein, die eine Auflösung auch der zweiten Duma und eine Veränderung des Wahlsystems befürworten. Es heißt, daß der Hof durch Heranziehung zuverlässiger Generale wie Rennenkampf, Baron Wölder-Saloméski u. a. oder von Administratoren wie Kurtow bereits Vorkehrungen für die Auflösung treffe. Auch aus der Oratelei des kürzlich Reichswehr in seinem „Waffendonin“ kann man herauslesen, daß die Bureaucratie sich zu irgendwelchen Schritten vorbereitet. Heute geben die Blätter einwilligen das Gerücht wieder, wonach die Öffnung der Duma aufgeschoben werden soll.

Petersburg, 20. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Insgesamt sind bisher 178 Abgeordnete zur Reichsduma gewählt, darunter 8 Monarchisten, 16 Gemäßigte, 9 Oktoberisten, 1 Mitglied der Partei der friedlichen Erneuerung, 29 Kadetten, 19 Sozialdemokraten, 4 Mitglieder der Arbeiterpartei, 37 Linksstehende, 40 Nationalisten, 8 Mitglieder der äußersten Linken und 7 parteilose Linksstehende. Unter den Gewählten befinden sich 14 ehemalige Abgeordnete zur Reichsduma, darunter Michail Stachowitsch, einer der Begründer des Oktoberverbandes, der jetzt der Partei der friedlichen Erneuerung angehört. Stachowitsch war einer derjenigen, denen Stolypin seinerzeit ein Ministerposten anbot; 1902 erhielt er einen allerhöchsten Verweis wegen seiner Beteiligung an der illegalen Semstwo-Konferenz. In der ersten Duma war Stachowitsch Gegner eines verantwortlichen Ministeriums.

Warschau, 19. Februar. (W. L. W.) Bei den Wahlen zur Duma siegte in ganz Polen die nationale Vereinigung. In Lodz stimmten die Deutschen mit den Nationalisten gegen die Sozialisten und Juden. Im Königreich Polen wurden bisher 34 nationalpolnische Abgeordnete und 2 Litauer gewählt. Auch in Wilna wurde ein Pole gewählt.

Warschau, 20. Februar. (W. L. W.) Auch in Warschau haben die Kandidaten der nationalpolnischen Partei einen entscheidenden Sieg gegen Fortschrittler, Juden und Sozialisten davongetragen.

Warschau, 20. Februar. (W. L. W.) Die Nationalisten entwickelten am gestrigen Wahltage einen antisemitischen Terrorismus. Professor Krzywicki wurde in der Lechnowstrasse insultiert. Mehrere schwere Verwundungen sind vorgekommen.

Petersburg, 20. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach den bis heute nachmittags eingegangenen Wahlelekgrammen sind von 226 gewählten Dumaabgeordneten 8 Monarchisten, 11 Mitglieder der Rechten, 16 Gemäßigte, 9 Oktoberisten, 1 Mitglied der demokratischen Reformpartei, 40 Kadetten, 28 Sozialdemokraten, 14 Mitglieder der Arbeiterpartei, 43 Mitglieder der Linken, 42 Nationalisten, 11 Einparteilose und 8 Modikale. Unter den Gewählten befinden sich 18 Mitglieder der ersten Duma.

Was lehrt uns die letzte Reichstagswahl?

Dies Thema wurde am Dienstag in fünf Versammlungen des vierten Wahlkreises behandelt.

Die Versammlung für das Gödlicher Viertel tagte im „Konzerthaus Sanssouci“. Hier referierte Genosse Ströbel. Als Ursachen des Wahlausfalles, der uns alle nicht befriedigt, bezeichnete er die starke Beteiligung der indifferenten Massen, die sonst nicht wählen; die von uns unterschätzte Wirkung des Appells der Regierung an das nationale Empfinden, wodurch namentlich die liberalen Parteien veranlaßt worden seien, eine Schwächung in ihrer Haltung zur Kolonialpolitik zu vollziehen; die Abendart von dem schwarz-roten Bündnis, wodurch die Spießbürger in den Glauben versetzt wurden, es handle sich um einen Kulturkampf gegen das Zentrum, sie müßten deshalb auf die Seite der Liberalen treten; auch die Erhöhung der Fleischpreise habe die Kleinbauern, welche einen momentanen Vorteil von hohen Viehpreisen haben, veranlaßt, von uns abzufallen. Wenn man sich alles dies vergegenwärtigt, dann komme man zu der Ansicht, daß die Wahlen nicht anders ausfallen konnten, als sie ausgefallen sind; namentlich wenn man auch bedenkt, welche ungeheure Anstrengungen die Gegner gemacht haben, um regierungsfreundliche Wahlen zu erzielen. Die gegnerischen Organisationen, wie Freigerevereine, Flottenverein, Reichslugendverband, die Mittelstandorganisationen seien ausgebaut und gegen uns ins Feld geführt worden. Riesige Summen haben die Gegner zu unserer Bekämpfung aufgewandt. Sie würden diese Mittel auch in der Zukunft gegen uns anwenden, vielleicht noch mehr aufbieten als bei dieser Wahl. Diesen Kampfmitteln der Gegner haben wir die vereinte Kraft des Proletariats entgegenzustellen. Wenn Angehörige des Mittelstandes sich von uns abwenden, so sei dagegen nichts zu machen, wir könnten nicht, um diese Anhänger zu behalten, unsere Grundzüge aufgeben. Unsere Aufgabe sei es vielmehr, die große Zahl der jetzt noch nicht zu uns haltenden Industriearbeiter und auch die Landarbeiter zu gewinnen. In dieser Hinsicht sei in den letzten Jahren nicht genug getan worden. Sehr erfreulich sei es, daß das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ sagt, die Gewerkschaften müßten dafür

forzen, daß die Arbeiter zum Klassenbewußtsein gebracht und die politischen Organisationen gefördert werden. — Schließlich freiste der Redner die den Wahlausfall und unsere Taktik betreffenden Auslassungen von Schippel, Calwer, Bernstein und die in der „Welt-Vollzeitung“ niedergelegten Ansichten Bernhards. Zu dem Interview des Genossen Bernstein habe selbst die „Münchener Post“, die ja nicht im Geruch des Radikalismus stehe, gesagt, es wäre besser, wenn der gute Ede weniger reden und weniger schreiben würde. Es sei kaum zu erwarten, daß Genosse Bernstein diesen Rat befolgen werde. Deshalb müsse ihm von der Masse der Parteigenossen gesagt werden, daß sie eine solche Art der Vespredung von Parteianglegenheiten nicht wünschen. (Beifall.) Die Parteigenossen mühten es sich ernstlich verbitten, daß denen, die sich im Wahlkampf abgeplagt haben, durch Presseäußerungen bekannter Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Wenn ein Mann wie der Genosse Friedberg zum Ausschluß aus der Partei vorgeschlagen wird, dann sollte man auch diejenigen nicht schonen, die in bürgerlichen Blättern und in Organen, die der Parteikontrolle nicht unterstehen, Ansichten niederlegen, die von unseren Gegnern benutzt werden, um Verwirrung in die Reihen unserer Anhänger zu bringen. (Beifall.) Genoss haben uns auch die inneren Kämpfe geschadet, die wir seit dem Dresdener Parteitag geführt haben. Wer in Dresden den Streit angefangen hat, das zeigt das Protokoll. Wir wollen uns heut nicht mehr darüber auseinandersetzen. Was es verbergen sein, was in und seit Dresden geschehen ist. Aber jetzt wollen wir es und verbitten, daß uns durch unverantwortliche Schreibereien, die gegen die Partei ausgeschaltet werden, von neuem Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. (Beifall.) Selbstverständlich muß in der Partei Freiheit der Meinungsäußerung herrschen. Dazu sei den Genossen innerhalb der Organisation vollauf Gelegenheit gegeben. Aber das Wohl der Partei hat in erster Linie zu stehen. Wenn Genossen unabhängig von der Organisation in Volksversammlungen ihre Eigenbrödelien vortragen wollten — wie würde man sich dann solche Querebenen verbitten! Seien aber unverantwortliche Freyhäußerungen in der Partei unverantwortlichen Sensationsblättern in ihrer Wirkung nicht noch viel schlimmer? Sache der Parteigenossen sei es, solcher Sensationslüsternheit endlich einmal energisch zu steuern! Dem Zah den Boden ausgeschlagen habe Georg Bernhard, der in der „Welt-Vollzeitung“ durch einen Interviewer Ansichten in die Welt habe sehen lassen, die allen grundsätzlichen Auffassungen der Partei Hohn sprächen. Es sei wirklich die ernsthafte Frage aufzuwerfen, ob die Partei, die proletarische Genossen, die bei einer Wahl ihre Parteipflicht veräußern, rücksichtslos zur Rechenschaft ziehe, solchen Leuten wie Bernhard gegenüber noch eine unangebrachte, die Partei schließlich zerrüttende Nachsicht üben dürfe! — Wir müssen unsere Organisation ausbauen, für weitere Verbreitung unserer Presse sorgen und uns in jeder Hinsicht so zu stärken suchen, daß wir den Gegnern gewachsen sind. Dann werden wir siegen. (Beifall.)

In der Diskussion sagte ein Genosse, unsere Parteipresse sei im allgemeinen so gehalten, daß sie nur von den mit unseren Grundanschauungen schon vertrauten Genossen verstanden werde, während die uns noch fernstehenden unausgebildeten Arbeiter dem Inhalt unserer Zeitungen verständnislos gegenüberstehen. Es sei notwendig, daß die Parteipresse in gewisser Hinsicht auf diese uns noch fernstehende aber mit geeigneten Mitteln für uns zu gewinnende Masse Rücksicht nehme. Für diese müsse in ganz leicht verständlicher Weise, etwa so, wie der Lehrer zu Schülern spreche, geschrieben werden. Vielleicht könne das in einer besonderen Beilage zum „Vorwärts“ geschehen. — Damit war die Diskussion erschöpft. — Die Versammlung wählte zum Viertelführer den Genossen Klammer, zu seinem Stellvertreter den Genossen Karpenziel und zum Schriftführer den Genossen Kintorf.

In der Versammlung für das Köpenicker Viertel, die in der Urania in der Wangestraße tagte, war Genosse Julian Vorchardt Referent. Er schickte voraus, daß, was er über die Lehren der Reichstagswahlen zu sagen habe, sich im großen und ganzen decke mit dem, was der „Vorwärts“ dazu schrieb. Ausführlich wandte er sich gegen die Auslassungen revisionistisch gesonnener Genossen in den „Sozialistischen Monatsheften“, der „Neuen Gesellschaft“ usw. Deren Klagen, der große Mandatverlust sei mübersehbar dadurch, daß wir zuviel Janz und Streit in der Partei gehabt hätten und der Ton zwischen Genossen und gegenüber Gegnern zu schlecht gewesen wäre, seien unbedeutend. Selbst wenn sie recht hätten mit ihren Beschwerden über Janz und schlechten Ton, so würde bei einem Vermeiden dieser angeleglichen Fehler der 20. Januar genau ebenso ausgefallen sein. Von so kleinen Ursachen hingen bedeutungsvolle Ereignisse in einer großen Bewegung nicht ab. Im übrigen aber würden die revisionistischen Genossen, hätten sie recht, nicht zum mindesten Schuld daran tragen. Redner führt eine Anzahl Beispiele an dafür, daß erstens die Gegner in Wort und Schrift revisionistische Neuperfungen vielfach auch in diesem Wahlkampf gegen die Partei verwandten, und daß zweitens die Revisionisten unter Umständen gegen Genossen und gegen Gegner sich ganz derbe entzweiften. An sich nehme er das gar nicht übel, denn es würde ein Charaktermangel sein, wenn sich jemand für eine von ihm als gut erkannte Sache nicht auch mal ehrlich entzweifeln könne. Wollten ihn die Revisionisten beschränken, dann hätten ihre Kampföhne ein gutes Mittel dazu; indem sie nämlich zuerst damit angingen. — Er komme zu dem sachlichen Einwand, die Partei sei seit Dresden, vom Revisionismus ganz abgerückt, sei radikal, revolutionär geworden und habe so manche abgestoßen, andere vom Anschlag abgehalten. Es sei das Verhältnis der Stimmengahlen zu berücksichtigen. Redner machte eine Wahrscheinlichkeitsrechnung auf, um nachzuweisen, daß wir diesmal wahrscheinlich an 550 000 neue Wähler gewonnen hätten, da man mit einem Abfluß von 300 000 Wählern rechnen könne, d. h. mit solchen Leuten, die 1903 nur sozialdemokratisch stimmten, um zu demonstrieren, ohne daran zu denken, Sozialdemokraten zu sein oder werden zu wollen. In der Stimmenvermehrung wären wir auch relativ nicht zurückgegangen, wenn man, was allein richtig sei, den Prozentsatz zur Zahl der Wahlberechtigten nehme. Und, was von Bedeutung sei, fast unser gesamter Zuwachs stamme aus der Jugend der Wähler. Unter diesen Umständen wäre es kindisch, von einem Niedergange oder auch nur Rückgange oder Stillstande unserer Bewegung zu sprechen. Die Werkkraft der sozialistischen Idee habe sich glänzend bewiesen. Gingen die gekennzeichneten Wählern zurück, so wäre das ganz gut, denn sie stellten den Strohhalm dar, der in der Zeit der Gefahr verfahe. Es sei glänzend bewiesen, daß die Sozialdemokratie auf dem Wege fortfahren müsse, den sie seit Dresden eingeschlagen habe. — Immerhin sei auch der Verlust der Mandate von großer Bedeutung, wenn er auch nicht die Erreichung unseres Ziels beeinflusse. Wahre Orgien werde die Reaktion feiern. Die Mandatverluste hätten nicht im Stimmengründe, und auch nicht in der Wahlkreisverteilung allein ihre Ursache, sondern hauptsächlich darin, daß die Gegner von den Nichtwählern große Scharen herangezogen konnten. Und daß diese in ihrer Klasse sich aufraffen, werde weniger dem falschen Nationalempfinden und der Potentottenwut zuzuschreiben sein, als dem Umstande, daß das Philistertum seit 1903 vor der Sozialdemokratie Angst bekommen habe. Das wäre aber wieder ein Beweis, daß wir auf dem richtigen Wege seien. Eins komme hinzu. Die Tätigkeit des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sei bisher unterschätzt worden. Mit seiner Hilfe fügen Tag für Tag draußen auf dem Lande 11 000 Zeitungen den Leuten etwas vor; alle die Jahre seien die Leute dort über uns angelogen worden und unangenehme Standale würden ihnen verschwiegen. Wir aber hätten nur 55 Zeitungen zur Verfügung, und die erschienen meist in den größeren Städten. Hier müsse unsere Tätigkeit einsehen. Überall da, wo er seine Blätter verbreite, sei dem Reichsverband entgegenzutreten. Mit den großstädtischen Zeitungen könnten wir es nicht. Geld würden wir aufwenden müssen und dafür sorgen, daß ganz regelmäßig das Volk in Stadt und Land überall im Deutschen Reich aus Schriften, Flugblättern usw. die Wahrheit erfahre. Es werde viel kosten. Das dürfen wir uns aber nicht gereuen lassen. Auch die Massen

unserer treuen Anhänger mühten zur Kleinagitation fähiger gemacht werden. In den kleinsten Zirkel sei theoretische Aufklärung hineinzutragen. Aus den Wahlen seien diese Lehren zu ziehen, und als erste, wie schon gesagt, daß die Haltung der Partei seit Dresden die richtige sei und beibehalten werden müsse. (Lebhafte Beifall.) Zur Diskussion sprachen im Sinne des Referats die Genossen Stumpe, Scholz und Hadelbusch. Stumpe rügte außerdem am Wahlartikel der „Einigkeit“ die Ausführungen, die sich spöttlich über die parlamentarische Wirksamkeit und die Wahlbeteiligung ausließen. Scholz wünscht speziell noch, daß unsere Blätter Literatengestalten verschlossen werden. Wer ein Bedürfnis dazu habe, möge es auf seine Kosten in besonderen Beilagen tun. Hadelbusch betonte ferner, daß die Gewerkschaften in dem begonnene einmütigen Zusammenwirken mit der Partei fortfahren mühten, speziell unter anderem durch Erhaltung und Ausdehnung der von der Partei in der Provinz gewonnenen Ansehnlichkeit. — Im Schlußwort plößterte Vorchardt die Auslassungen Bernhards zu dem Freisinnigen Dr. Cohn. Redner begreift nicht, wieso sich Bernhard immer noch zur Partei rednet.

Zum Viertelführer wurde Genosse Görke, zu seinem Stellvertreter Genosse Hadelbusch und zum Schriftführer Genosse Klingner gewählt.

Vor einer gutbesuchten Versammlung bei Boeker in der Weberstraße sprach Genosse Kloth. Er führte aus, daß alle bürgerlichen Parteien unsere Erwartung von einem besseren Resultat der letzten Reichstagswahlen geteilt haben. Man solle nicht versuchen, sich über die erlittene Niederlage hinwegzusetzen, um so ruhiger und klarer könne man die Sachlage überblicken und aus der verlorenen Schlacht nützliche Lehren ziehen. Redner bespricht die erschienenen Artikel bekannter Parteigenossen und stellt sich in Gegensatz zu den abfälligen Kritiken von Calwer, Bernstein und Schippel. So erwähnt er, daß Calwers Behauptung, die industriellen Arbeiter seien durch ein Wachstum der Löhne günstiger gestellt worden, starken Widerspruch erfahre allein schon durch die Tatsache, daß der Fleischverbrauch in den großen Städten zurückgegangen sei. Redner erinnere sich, wie Bernstein ihn begeistert habe, als er in den achtziger Jahren durch Zürich als Handwerksbursche zog, wo Bernstein als Redakteur des „Sozialdemokraten“ wirkte und den Arbeitern nachhastere geistige Kost bot als heute, wo man ihn nicht mehr gut verkaufen könnte. Kloth bedauert den Mangel an positiven Vorschlägen, wie es besser gemacht werden könnte, von seiten unserer Kritiker. Wir könnten unsere Stellung zur Zoll-, Kolonial- und Arbeiterpolitik nicht ändern. Man habe auch „den Ton“ in der Partei in und seit Dresden für den schlechten Wahlausfall verantwortlich gemacht; aber solche Nebensachen fallen nicht ins Gewicht. Wir sehen große Arbeitermassen gegen uns und mit dem Zentrum marschieren; wir sehen, wie „der Landsturm des Philistertums“, die Kleinbürger und Kleinbauern, gegen uns aufgetrieben wird. Wir müssen versuchen, diese Massen, die naturgemäß zu uns gehören sollten, zu gewinnen. Redner will nicht empfehlen, daß den Kleinbürgern, dem Mittelstande Konzessionen gemacht werden, aber er meint, wir müssen sie von der Unhaltbarkeit der heutigen Zustände zu überzeugen suchen, dabei die Leute nicht vor den Kopf stoßen und auch ihre religiöse, festeingewurzelte Ueberzeugung schonen. Dahin der Organisation der Partei noch sehr wenig getan worden ist, das hat uns die Wahl gezeigt. Auch die Presse bedarf viel größerer Ausbreitung. Organisation und Presse sind die Hauptfaktoren zu künftigen Erfolgen. Durch Flugblätter und ansprechende kleine Schriftchen könnte viel mehr gewirkt werden; die Hausagitation mühte stärker einsehen. Wenn wir mit neuen Anstrengungen ans Werk gehen und die vielen Lehren der letzten Wahl beherzigen, dann kann uns auch der neue große Erfolg nicht fehlen.

In der Diskussion erwähnte Genosse Büchner die Schwierigkeiten der Agitation auf dem Lande und die Not, zu Versammlungen Säle zu bekommen. Man brauche mehr gute und geschickte Landagitatoren. Ein anderer Genosse bemängelte es, daß Wahlbindnisse zwischen Zentrum und Sozialdemokratie abgeschlossen werden.

Genosse Baader erstattete den Agitationsbericht vom Frankfurter Viertel des Wahlvereins vom 4. Kreise: Am 21. Januar 1906 fanden drei große Protestversammlungen gegen Volkstrentung und Volksnechtung statt, am 6. Februar zwei Protestversammlungen gegen „Lebensmittelverteuerung und die Steuererhöhungen im Reichstage“, am 20. Februar Versammlung bei Boeker mit dem Thema: Die Wahlrechtsfrage, am 18. März vier große Versammlungen gegen das „preussische Dreiklassenwahlrecht“, am 27. März Agitationsversammlung für den „Vorwärts“ und den Wahlverein. Im April war die Generalversammlung des Wahlvereins. Die Reiseleiter fand in der Brauerei Friedrichshain und bei Keller statt. Am 19. Juni Versammlung mit dem Thema: „Aus der Geschichte der Sozialdemokratie von 1860—1890.“ Am 21. August Versammlung mit dem Thema: Der Klassenkampf. Am 18. September Versammlung mit dem Thema: Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichte. Im Oktober brachten die Gewerbegerichts-wahlen viele Vespredungen und Sitzungen in engeren Kreisen. Am 13. November sprach Genosse Singer bei Keller über: „Reichsnot und Zollwucher“. Im Dezember begannen die Sitzungen wegen der Reichstagswahl. Am 6. Januar 1907 Flugblattverteilung, am 8. Januar zwei Versammlungen, am 13. Januar Flugblattverteilung, am 17. Januar wieder zwei Versammlungen, am 20. Januar eine Frauenversammlung, am 24. Januar drei Versammlungen, am 25. Januar die Reichstagswahl.

Der Bericht wurde entgegengenommen und Genosse Baader als Führer im Frankfurter Viertel gewählt.

Die Versammlung für das Stralauer Viertel des vierten Kreises fand bei Litsin, Niemelerstr. 67, statt. Sie war gut besucht, auch zahlreiche Frauen waren erschienen. Dort referierte Grunwald über das genannte Thema: Die Reichstagswahlen standen diesmal unter einem merkwürdigen Stern. Wir haben die Bewegung bei den Gegnern unterschätzt. Das ist ein Fehler, der aber erklärlich ist. Die Regierung hat auf größere Schichten, die bisher von jeder Wahl sich ferngehalten, mit Erfolg spekuliert. Diese Erscheinung ist für uns kein Grund zur Betrübniß; im Gegenteil, uns ist der Reiz, der gegen uns stimmte, lieber, als der, welcher kein politisches Interesse hat. Diese Wähler besitzen aber nur ein politisches Augenblicksinteresse, sind Stammwähler, die heute dies, morgen jenes sich einreden lassen. Die Stimmen dieser Leute zu gewinnen bedeutet für die Regierung keinen Erfolg und ihre Gegnerschaft für die Sozialdemokratie keinen Mißerfolg. Dazu kommt der Verlust an Mitläufern. Der eine betrachtet ihn als eine notwendige reinliche Scheidung, der andere bedauert ihn. Ist die Reichstagswahl überhaupt ein Maßstab für die innere Stärke der Partei? Nein! Das sehen wir an unseren Gegnern. Obwohl sie innerlich nicht stark sind, haben sie gute Erfolge bei den Wahlen. Wenn man den Parlamentarismus nicht unterschätzen soll, darf man ihn aber auch nicht überschätzen. Die Zukunft und Stärke der Partei liegt nicht in der Zahl der Sitze im Parlament, sondern in der Masse der Arbeiter, die von unseren Ideen durchdrungen und organisiert sind. (Sehr richtig!) Wir haben noch viele in der Partei, die sich zwar Sozialdemokraten nennen, aber noch keine geworden sind. Das ist kein Vorwurf für die Partei. Von solchen Leuten verlangen wir aber, daß sie sich nicht an erster Stelle in der Partei stellen, ihren Mund weit aufreißen, aber wenig zu sagen wissen. Gerade von diesen wird gesagt, der Ton, der in der Partei nach Dresden angeschlagen sei, hätte uns viele Wähler abtrümmigt gemacht. Bewiß! Auch die Streiks der Arbeiter und das Aufblühen der Konsumvereine in der Arbeiterschaft haben viele von uns gestochen. Sollen wir denn aber keine Streiks mehr führen oder keine Konsumvereine errichten und unterstützen, nur um nicht ein paar Stimmen zu verlieren?! Ebenso wenig wie das, können wir auch unsere revolutionären Grundsätze aufgeben, nur um bürgerliche Leute nicht zu verlieren. Die Frage, was ist zu tun? war kaum gestellt, als sich schon Bernstein von einem gegnerischen Preghmenschen interviewen läßt, desgleichen Bernhard von Dr. Cohn, der sein Erlauchtetes in

einem Leitartikel der „Berliner Volkszeitung“ veröffentlicht. Was Bernhard da sagt, ist nichts Neues von ihm. Wir mühten mit dem Bürgerturn zusammenzugehen und die Kräfte der Arbeiter loswerden. Das nehme ich ihm nicht übel. Aber ist das ein Parteigenosse, der solch Gewäsch in bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht?! Diese Genossen, die sich über Parteistandale beschwerten, haben nichts Eiligeres zu tun, als neue Parteistandale zu inszenieren. Würden wir ihnen gehörig antworten, dann könnten wir einen Skandal erleben, wie nie zuvor. — Was hat es mit dem „guten Ton“ auf sich? Keinen Parteigenossen gibt es, der den guten Ton nicht schon mal verlegt. Die Revisionisten meinen aber, auch in der Sache soll der gute Ton angewendet werden. Der Arbeiter soll in seinen Forderungen gegen das Bürgerturn mäßig sein. Nein, wir wollen die Gegner so nennen, wie sie es verdienen. Nicht jeder Verlust an Wählern ist ein Schaden für die Partei. Die wir verlieren, waren Leute, auf die wir uns nicht verlassen konnten. Wer sich durch die Form von der Partei abhaken läßt, der ist verblödet. Dem weinen wir keine Tränen nach. (Sehr richtig.) Somit kann man nichts gegen die Parteitaktik einwenden. Sollen wir unsere Taktik ändern? Das ist die Frage, auf die es schließlich wieder hinauskommt. Alle unsere Parteitage haben die Taktik des strengsten Klassenkampfes als die richtige beschlossen. Und wenn die große Mehrheit diese als richtig anerkennt, dann haben sich jene Leute zu mähten. Mit den Revisionisten muß wieder einmal ein scharfes Wort geredet werden. Hoffentlich wird auf dem Parteitage in Essen dies geschehen. (Sehr richtig!)

Die Partei braucht des Wahlausfalles wegen nicht Trübsal zu blasen. Die letzten Wahlen waren nicht solche der Sozialdemokratie und des Zentrums gegen andere Parteien, sondern Wahlen der Sozialdemokratie und des Zentrums gegen die Regierung. Mit allen ihren Beamten, vom höchsten bis hinab zum Nachtwächter, nahm Regierung und Verwaltung am Wahlkampf teil. Gegen das Zentrum konnte das keine große Wirkung ausüben. Die Sozialdemokratie dagegen, die Vertreterin der Armen, Abhängigen mußte dadurch leiden. Es waren Präfekturwahlen. Wenn man die Tätigkeit des Flottenvereins betrachtet, so kann man sich vorstellen, wie Konervative und Liberale von der Regierung unterstützt wurden. Wenn man das weiß, muß man sich beinahe wundern, daß die Sozialdemokratie, die abhängige Wähler hat, noch ein Viertel Millionen Stimmengewinn aufweisen kann. Der Zuwachs an Stimmen 1903 war ein unnatürlicher. Verdreifacht hatte sich hier die Zahl der Stimmengewinnung gegen die Vorwahl. Das darunter viele waren, die nur aus persönlichen Gründen für uns stimmten, ist klar. Trotz der angestrengten Agitation der verbündeten Gegner haben wir bei den jetzigen Wahlen einen Fortschritt zu verzeichnen. Weiter als wir bisher erfuhren, ging der Einfluß der Regierung auf die Wahlen. Die Regierung hat in ganz bestimmten Fällen für bestimmte Kandidaten gewirkt. So bei der Kandidatur Eichhoffs, der in Renscheid und Mühlhausen-Langensalza aufgestellt war. Ein förmliches Wahlkomitee hatte die Regierung gebildet. Darüber wird noch im Reichstage ein kräftiges Wort zu reden sein. (Bravo.)

Die Wahlen erklären sich aus dem Verlust an Mitläufern, durch die Schwäche der Regierung, des Reichsverbandes und des Flottenverbandes aus Taktischen, die nicht in unserer Macht gelegen haben. Doch gibt es noch Ursachen, die in unserer Macht gelegen sind. Wir müssen uns fragen, ob wir nicht in der Agitation und Organisation gesündigt, ob wir vor der Wahlbewegung genügend agitiert haben. Während der Wahl haben die Genossen überall ihre Schuldigkeit getan. In einzelnen Kreisen wurde sozusagen erst in der Wahlbewegung ein Kreisvorstand gebildet. Hier zu ändern, ist Aufgabe des Parteivorstandes. Nicht nur die Organisation, auch die Agitation muß verbessert werden. Regelmäßige Flugblattverteilungen müssen stattfinden. Auch unsere neuere Literatur hat nicht so gut gewirkt, als die alten revolutionären Kampfbroschüren. Ein Schaden für die Partei ist, daß in den Parteigeschäften vorwiegend auf große Uebererschüsse hingearbeitet wird. Die Parteigeschäfte müssen etwas leisten. Die Agitationsbroschüren sind zu teuer. Nun wird man sagen, wovon soll unsere Partei leben? Nun, eine Partei, die nicht von ihren Organisationsleuten leben kann, ist nicht erziehbildig. Gebeffert kann nur werden an dem Fundament der Partei, an der Organisation, nicht an der Taktik der Partei. Wenn es an dieser läge, dann hätten wir ja niemals die Erfolge, die Millionen von Stimmen erobert. Nicht an unseren Grundfähn sollen wir ändern. Wenn es daran zu ändern gibt, ist es eine Verschärfung der Grundfähn, angeht die Bekämpfung der gegnerischen Parteien.

In der Kleinarbeit liegt unsere Stärke. (Sehr richtig!) Auch im Kleinen müssen wir Großes leisten. Durch eine revolutionäre Agitation müssen wir unsere Organisation stärken. (Starker Beifall.)

Als erster Diskussionsredner sprach Eugen Brüdner: Er hätte nicht geglaubt, daß Grunwald das alte totgewordene Gezeul zwischen Radikalismus und Revisionismus in seine Wahlbetrachtungen ziehen würde. Was hat dies mit dem Ausfall der Wahlen zu tun! Als der Wahlkampf einsetzte, nahmen alle geschlossen an diesem teil. Eine Reihe hervorragender Parteigenossen haben erklärt, selten sei der Kampf von allen so einmütig aufgenommen worden, wie das diesmal der Fall war. Auch alle Gewerkschaften haben für den Ausfall der Wahlen ohne Unterschied gewirkt. Keiner von uns wird sagen, Bernstein und Bernhard haben recht gehandelt. Was ihre Handlungsweise aber mit dem Revisionismus zu tun hat, weiß ich nicht. Es gibt eine Menge Schriftsteller, die bei jedem Anlaß schreiben, weil sie schreiben müssen. Redner teilt die Auffassung Grunwalds, daß zur Austragung von Meinungsdivergenzen unsere Organisationen dazu da sind, aber auch unsere Presse. Nicht die Aussprache nach Dresden, sondern die in Dresden hat uns geschädigt. Das lehrt in einer Reihe von Flugblättern, die gegen uns verwendet wurden, wieder. Gegen dies und die Lügen des Reichsverbandes, alles zusammengekommen, können wir nicht ankommen. Neben der Regierung sind es die Kriegervereine, denen wir zu wenig Beachtung geschenkt haben. Selbst gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind noch Mitglieder von Kriegervereinen. Das ist auf die Wirksamkeit der Frauen zurückzuführen, die, um auf den ländlichen Orten Zerstreuung und Vergnügen zu finden, den Mann veranlassen, dem Verein beizutreten. Koch viel mehr als Industriearbeiter stehen im Landarbeiter sein. Diese, weit abhängiger, werden gezwungen, gewissermaßen auf Kommando gegen uns zu stimmen. Wie an diesen herankommen? In der Beziehung muß die Kleinarbeit ausgedehnt werden. Jeder Genosse, der einen Bekannten oder Verwandten auf dem Lande hat, muß diesen für uns zu gewinnen suchen. Solch tüchtige Genossen muß der Parteivorstand unterstützen. Auch in den Städten gibt es noch viel zu tun. Darauf, daß wir durch Bedienen der Konsumvereine noch Mitläufer verlieren, brauchen wir keine Rücksicht zu nehmen, sondern, um auch die wirtschaftliche Position zu stärken, müssen wir die Konsumvereine unterstützen. (Beifall.)

Grunwald erwiderte, er müsse sich dagegen wenden, wie Brüdner seine Rede begonnen. Durch Brüdners Worte sei der augenblickliche Zweck seiner (Grunwalds) Ausführungen erbracht. Gerade die Revisionisten behaupten, der Radikalismus habe uns im Wahlkampf geschädigt. Schon vor Statistiken der Stichwahlen haben Schippel und Bernstein ihre Artikel geschrieben. Wenn Brüdner sagt, sie schreiben, weil sie schreiben müssen, so meine er, gibt es denn keine Gegner? (Sehr richtig!) Gegen diese sollten jene Schriftsteller ihre Degabung richten. Wer hat uns Dresden eingelehrt? Braun und seine Freunde waren es. Wenn Wehring ihn verlegt haben soll, so gab es den Instanzenweg. Statt ihn zu beschreiben, wurde eine Hege inszeniert. Daß sich Wehring energisch wehren würde, war vorauszusetzen und gut. Wenn dann auf einen Schelmen anderthalbe fallen, so lobe ich das. (Beifall.) In diesen gegnerischen Flugblättern wurde der „Vorwärts“-Konflikt gegen ihn ausgespielt. Hieran tragen die damaligen sechs „Vorwärts“-Redakteure durch ihre Handlungsweise die Schuld. (Beifall.)

Im Sinne Grunwalds sprach Pankow. Redner meinte, wenn Akademiker zu uns kommen, ihnen aber die Taktik unserer Partei nicht paßt, dann sollten sie sich dahin

Heren, woher sie gekommen." (Sehr richtig!) Auf dem nächsten Parteitag werden vor allen die Berliner Genossen ein Wort mit diesen Leuten zu reden haben. Und wenn ihnen der Ton wieder nicht paßt, mögen sie gehen. Bekümmert müßte wissen, daß gerade in dem Kreise, in welchem er landierte (Königsberg-Friedberg), der Antisemit Brunn den "Vorwärts"-Konflikt gegen uns ausgepielt hat. Unsere Presse haben wir zur Aufklärung der Arbeiter und nicht zur Belämpfung der Genossen. (Lebhafter Beifall.) Eugen Brückner erklärte, daß er nicht das in Dresden Vorgekommene beschönigen wollte. Der nächste Redner empfahl, in den Organisationen energische Resolutionen gegen die Revisionisten einzubringen. Ein Schaden für uns war die kurze Spanne des Wahlkampfes. Eine regelmäßige Agitation müßte außerhalb betrieben werden. Wenn die Zeitung die Mittel dazu nicht hat, werden die Berliner Genossen gern 10 Pf. mehr von ihren Beiträgen aufbringen. — Geithner betonte, daß in der Debatte über die Reichstagswahlen man sich mit dem Revisionismus und Radikalismus beschäftigen muß. Denn die Revisionisten, so Bernstein in dem "Tempo", haben den Wahlausfall den Leuten zugeschrieben, die den Revisionismus bekämpfen haben. Bernstein, Calwer, Schippel und der Herausgeber der Monatshefte tragen allein die Schuld daran, daß man sich mit ihnen unterhalten muß. Redner weist auf einen Uebelstand in unserer Presse hin, gewisse Korrespondenzen zu benutzen. Es müßten mehr Organisationsartikel gebracht werden. Hauptsächlich beschäftigt sich die Prekonferenz hiermit.

In seinem Schlußwort stellt Grünwald fest, daß eigentlich kein Redner seinen Ausführungen entgegengetreten sei. Nach den letzten Ausführungen Brückners nehme Redner an, daß auch Brückner mit ihm einverstanden sei. Nochmals betone er: Wir müssen an unseren Grundgedanken festhalten. Die revolutionäre Kraft der Arbeiter, auf die wir uns verlassen können, liegt in den Organisationen. Der Parlamentarismus ist nur ein Mittel zum Zweck. Wenn wir auf parlamentarischen Wege keine Verluste erleiden, haben wir keine Ursache, die Hände ins Korn zu werfen. Unsere Aufgabe muß sein: Immer mehr theoretische Klarheit in die Köpfe zu bringen und sie in den Organisationen zusammen zu schließen. (Starker Beifall.)

Darauf wurden die Wahlen der Zeitung des Straßauer Viertels vorgenommen. Auf Vorschlag der Funktionäre wurden einstimmig gewählt: als 1. Vierteloffizier Gries, als 2. Vierteloffizier Kupferchmied, als Schriftführer Bensch. Nach einer Aufzählung der Agitation für den "Vorwärts", die Gewerkschaften und die Parteioorganisation wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Im Elbium, dem großen Saal in der Landsberger Allee, sprach Genosse Hermann Rollenbuhr, und die zahlreich erschienenen Parteigenossen folgten seiner Rede mit größter Aufmerksamkeit. Einleitend bemerkte er, daß die Meinung der Gegner, die Sozialdemokratie sei nun über den Haufen geritten, sowie ihre Triumphschreie darüber, ganz und gar verfehlt ist, wofür der Redner im weiteren Verlauf seiner Ausführungen durch eine Fülle von Tatsachen den Beweis erbrachte. Zunächst erwähnte er jedoch die bei Eröffnung des Reichstages gebaltene Thronrede und widerlegte deren Behauptungen über die alles Gute verneinende Tätigkeit der Sozialdemokratie und von ihrem Widerstand gegen die sozialpolitische Gesetzgebung, indem er zeigte, daß alle Fortschritte auf diesem Gebiet gerade der Sozialdemokratie zu verdanken sind, und dabei auch der Verletzungen gedachte, die er selbst seinerzeit im Reichstag dem Reichszentralrat erlitt, die Bulow aber offenbar in den Wind geschlagen hat. Auf das Wahlergebnis eingehend, zeigte der Redner zunächst an den seit den Wahlen von 1871 gewonnenen Stimmzahlen, in welchen Maße sich das Wachstum und der zeitweilige Rückgang der Partei im Laufe der Jahre vollzogen hat. Im Durchschnitt beläuft sich der Stimmenzuwachs in diesen 36 Jahren auf etwas über 81 000 Stimmen pro Jahr. Wir sind also bei der letzten Wahl hinter diesem Durchschnitt um ungefähr 2000 Stimmen zurückgeblieben. Dabei machte der Redner darauf aufmerksam, daß in jener Zeit, wo er selbst noch ein junger Mann war, in den Werkstätten und Fabriken viel Gelegenheit zur Agitation geboten war. Die Sozialdemokraten waren vereinzelt, die Masse der Arbeiter war noch zu gewinnen, wogegen sehr die Masse der Arbeiter in vielen Betrieben bereits gewonnen ist. Nun muß sich die Agitation mehr nach außen richten, auf Gebiete erstrecken, wo der Boden weniger empfänglich ist. Andererseits ist die wirtschaftliche Entwicklung jetzt so weit fortgeschritten, daß auch der blödeste Bogreiter muß, daß diese Ordnung nicht immer fortbestehen kann. Der stärkste Stimmzuwachs in jenen 36 Jahren fällt in die Zeit von 1887 bis 1890. Wie damals jeder Reichstag beschließen war, und den ungeheuren Zuwachs von über 664 000 Stimmen zu verschaffen, so können wir auch nun damit rechnen, daß der jetzt zustandekommene Reichstag Gesetze machen wird, die geradezu aufreizend wirken und dem Wachstum unserer Partei zugute kommen müssen. — Der Redner schilderte dann die furchtbare Korruption, die diese Wahlen den bürgerlichen Parteien gebracht haben, die sich sämtlich dem "Reichsverband" und seiner politischen Grundlosigkeit angeschlossen, Tatsachen, die in der politischen Geschichte aller Länder einzig dastehen. Die Angst vor der Sozialdemokratie war die treibende Kraft. Ungeheure Summen wurden aufgebracht, Lügen verbreitet in einem Umfange wie nie zuvor. Dafür führte der Redner aus seinem eigenen, nun verloren gegangenen Wahlkreis einige Beispiele an, die zum Uebelthun zeigten, mit welcher lächerlichen Mitteln die Gegner arbeiteten. Die Niederlage unserer Partei hat aber auch dort, in Elberfeld, wo trotz Verminderung der Arbeiterwählerzahl 1200 Stimmen mehr als im Jahre 1903 für uns abgegeben wurden, keineswegs entmutigend gewirkt, vielmehr wie mit Peitschenhieben angetrieben zu immer regerer Tätigkeit. Ist doch dort die Zahl der Wahlvereinsmitglieder in den 14 Tagen nach der Wahl um 600 gestiegen, und hat doch das Parteiorgan bereits 3000 neue Abonnenten gewonnen! Der Verlust an Mandaten, den uns die Wahl gebracht hat, ist gewiß zu bedauern, bemerkte der Redner weiter, aber jene 36 Genossen sind ja nicht totgeritten. Oft hat man es in unseren Kreisen beklagt, daß so viele von uns aus Rücksicht auf ihre Wähler im Reichstag sitzen mußten, statt im Volk selbst zu wirken. Nun fällt für die 36 diese Rücksicht fort, sie können ungehindert hinausgehen ins Land, und vielleicht kommt dann sogar Bülow zu der Ansicht: Nun, wo die Kerle nicht mehr im Reichstag sitzen, werden sie noch gefährlicher. Verfehlt ist es, immer von den Fehlern zu reden, die auf unserer Seite gemacht worden sind. Wohl haben wir gesehen, daß es Kreise gibt, wo unsere Stimmen abgenommen haben. Hier gilt es allerdings zu prüfen und nach den Ursachen zu forschen. Im übrigen aber zeigt uns die Wahl, daß die Sozialdemokratie nicht über den Haufen geritten werden kann, daß sie sich als die stärkste Partei gehalten hat, ja in größerer Zahl aufgetreten ist als im Jahre 1903. Eifriger als vorher sollen wir agitieren. Die Kampfstimmung ist durchaus nicht erloschen. Das Feuer der Bewegung flammt heller auf als zuvor und wird stärker werden, je mehr es gilt, den Sieg des Sozialismus herbeizuführen. — Mit ungefähr diesen Worten schloß der Redner seinen inhaltreichen Vortrag, der lebhaften Beifall fand. Eine kurze Diskussion folgte, in der Genosse Glas ausführte, daß die Agitation unter den polnischen Arbeitern, sowohl in Berlin wie besonders auch in Rheinland-Westfalen planmäßiger und mit größerem Eifer betrieben werden müsse. Genosse Poelich erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten im allgemeinen durchaus einverstanden. Die nationale Phrase, meinte er, habe eine größere Wirkung auf die Speisbäcker ausgeübt, als der Genosse Rollenbuhr anzunehmen scheint. Der Redner äußerte sich ferner über die Erfahrungen, die er bei seiner Wahlagitiation in Sachsen gemacht hatte, erwähnte die ungeheuren Geldmittel, die es dem Lügenverband möglich machten, immer gleich zwei Agitatoren im Automobil herumreisen zu lassen, mit Kassen von Flugblättern, die gepulvert waren mit immer neuen oder neu aufgewärmten Lügen. Für uns gelte es nun, mit frischer Kraft zu agitieren, verfehlt aber sei es, ganz bestimmte Agitationsmittel an die einzig oder vor allen wirk-

samsten zu empfehlen. Der Provinzpresse müsse mehr als bisher Beachtung geschenkt werden. Bei der Diskussion über das Wahlergebnis solle man es vermeiden, etwa den Genossen dieser oder jener Richtung die Schuld beizumessen, und sich auch davor hüten, sich gegenseitig in der Presse zum Gaudium der Gegner zu zerfleischen.

Nachdem Genosse Rollenbuhr in seinem Schlußwort auf einige Einwendungen erwidert hatte, wurde die Wahl des ersten Vierteloffiziers vorgenommen. Als solcher wurde Genosse Kupfer einstimmig wiedergewählt, der als Vorsitzender dann die Versammlung mit einigen anfeuernden Worten schloß und namentlich zu eifriger Teilnahme an der Parteiarbeit am Sonntag aufforderte.

Der Ueberschriftenprozeß.

So nennt die "Leipziger Volkszeitung" den Prozeß, der zur Verurteilung des Genossen Herze, ihres Redakteurs zu fünf Monaten Gefängnis wegen böhmisches-Beleidigung und Verleumdung dreier Leipziger Richter führte.

Die Anklage behauptet, daß Genosse Herze den Oberstaatsanwalt Böhme, den Amtsrichter Dr. Hänel und die Assessor Dr. Lange und Franke dadurch beleidigt habe, daß er über den Bericht des Seger-Prozesses in der "Leipziger Volkszeitung" vom 22. Oktober die Ueberschrift gesetzt habe: "Die Leipziger Justiz auf der Anklagebank." Ferner soll der Oberstaatsanwalt Böhme durch die Ueberschrift des Artikels: "Böhme und Liman" in Nr. 246 der "Leipziger Volkszeitung" beleidigt worden sein. Er sei mit Liman auf eine Stufe gestellt worden, der in dem Artikel als ehrloser Mensch und Meister der Injurie gekennzeichnet wurde. Ferner liege auch eine Verleumdung bei dem dem Artikel vorangelegten Motto vor, das den Worten des damaligen Vorsitzenden entnommen sei: "Ich möchte betonen, daß nicht der Oberstaatsanwalt Böhme angeklagt ist, sondern Herr Seger". In dem Artikel selbst sei der Oberstaatsanwalt als eine moralisch minderwertige Person hingestellt worden, indem darin gesagt wurde, er habe "die Ehre der Redakteure der "Leipziger Volkszeitung" in schändlichster Weise angegriffen".

Wir entnehmen dem Bericht der "Leipziger Volkszeitung": Der Verteidiger, Genosse Dr. Karl Liebknecht beantragte, auch die Prozeßberichte mit der Ueberschrift "Die Leipziger Justiz auf der Anklagebank" zu verlesen. Denn die Ueberschrift selbst sei ja nur eine Zusammenfassung dessen, was nachher folge. Man könne nicht die Ueberschrift unter Anklage stellen, ohne den Inhalt zu kennen.

Der Staatsanwalt Runge forderte Ablehnung dieses Antrages, die dem auch erfolgte. Nur das Urteil gegen den Genossen Seger, in dem aber keine Silbe von den Ergebnissen der Beweisaufnahme enthalten ist, kam zur Verlesung.

Rechtsanwalt Liebknecht: Der Artikel "Böhme und Liman" beweist, daß die Verhandlung ergeben habe, wie oft Böhme unter dem Schutze seines Amtes die Redakteure der "Leipziger Volkszeitung" persönlich an ihrer Ehre angegriffen, und zwar in Ausdrücken, die in ihren ähneren Formen denen gleichartig waren, die damals dem Angeklagten zur Last gelegt wurden. Dieser Vorwurf sei nicht nur Böhme, sondern auch den anderen damals angeblich Beleidigten zu machen, vor allem dem Amtsrichter Dr. Hänel. Der Staatsanwalt habe Liman in jener Verhandlung als eine in jeder Beziehung tüchtige Persönlichkeit hingestellt. In dem erwähnten Artikel wurde gesagt, dem Verteidiger und dem Angeklagten sei der Rückweis abgelesen worden, daß Böhme schon vor dem 9. Februar 1906 seit langen Jahren im Schutze seiner amtlichen Funktion sozialdemokratisch gesinnte Staatsbürger in ärgerster Weise beschimpfte. Er stelle den Antrag, die Rechtsanwältin Dr. Häbler und Dr. Drucker, sowie den Abg. Stadthagen als weitere Zeugen vorzuladen.

Der Staatsanwalt forderte Ablehnung aller dieser Anträge. Sie erfolgte; die Beweisaufnahme war damit geschlossen.

Im Plaidoyer führte der Staatsanwalt u. a. aus: Der heutige Prozeß steht im engsten Zusammenhang mit der Verhandlung vom 22. Oktober gegen den Redakteur Seger von der "Leipziger Volkszeitung". Dem Oberstaatsanwalt Böhme war damals vorgeworfen worden, er habe den Redakteuren der "Leipziger Volkszeitung" den schmachvollen Vorwurf der Freigelt gemacht, während von dem Assessor Dr. Lange gesagt wurde, er habe sich nichtsnüchtige und haltlose Beschimpfungen der Redakteure zuschulden kommen lassen. Auch über andere Justizbeamte, Dr. Hänel und Assessor Franke, sind ähnliche beleidigende Äußerungen in der "Volkszeitung" erschienen. Alle diese Beschuldigungen haben sich in der Verhandlung vom 22. Oktober als vollkommen haltlos erwiesen. Unter den Justizbeamten herrschte damals die Meinung, daß namentlich die "Leipziger Volkszeitung" mit ihren Angriffen auf die Gerichtsbehörden aufhören würde. Unsere stille Hoffnung wurde aber zu Wasser. Wenn sich Leser der "Volkszeitung" oder andere Personen dafür interessieren, wie die "Leipziger Volkszeitung" mit der Justiz umspringt, so kommen sie gleich, durch irgend eine Stichmarke aufmerksam gemacht, wie Blutjustiz, Klassenjustiz usw., auf ihre Rechnung. In diesem Sinne muß also der Artikel mit der Ueberschrift "Die Leipziger Justiz auf der Anklagebank" verstanden werden. Herze wollte zum Ausdruck bringen, daß die ausfögenden Justizbeamten eigentlich die Angeklagten gewesen seien.

Was den Artikel "Böhme und Liman" und die darin gefundene beleidigende Zusammenstellung angeht, so ist die Staatsanwaltschaft der Meinung, daß Liman an sich eine hervorragend begabte und an sich ehrenwerte Persönlichkeit ist. Nach der Anklageschrift ist die Beleidigung darin zu erblicken, daß der Oberstaatsanwalt Böhme nicht mit dem "an sich ehrenwerten" Liman, sondern mit dem in jenem Artikel so bezeichneten gewerbmäßigen Verleumder Liman verglichen wurde. Bei jeder Gelegenheit wird Dr. Liman herabgesetzt, auch in dem betreffenden Artikel, wo er als "Meister der Injurie" usw. bezeichnet wurde. Mit diesem Liman ist der Oberstaatsanwalt verglichen worden und darin liegt die schwere Beleidigung. In dem Artikel wird gesagt, daß Böhme genau solch gewerbmäßiger Verleumder sei wie Liman. Besonders der folgende Satz ist kränkend und ehrverletzend: "da haben wir leibhaftig jenen bürren Fanatismus vor uns, womit nicht die Dambach und Tschoppe Hunderte von unschuldigen Menschen ins Gefängnis brachten, um dann selbst freiwillig nicht ins Gefängnis zu enden, sondern ganz anders." In Verbindung mit dem vorangehenden Satz, in dem ausgesprochen wird, daß Böhme ein gewerbmäßiger Verleumder sei, ergibt das keinen anderen Sinn, als daß Böhme unschuldigen Menschen in den Kerker bringe und sich so der schwersten Gesetzesübertretung schuldig mache. Und dieser Satz ist gar nicht anders zu verstehen, als daß der Oberstaatsanwalt nicht einmal wert sei, im Gefängnis zu sterben.

Was die Strafzumessung angeht, so muß erinnert werden, daß die "Leipziger Volkszeitung" wiederholt die Leipziger Justiz in heftigster Weise angegriffen hat. Für diese Tendenz ist der Angeklagte nicht verantwortlich, dafür kann er nicht in Anspruch genommen werden. Aber die Verleumdungen sind so schwer, daß auf eine empfindliche Strafe erkannt werden muß. Ich stelle den Antrag, nicht auf eine Geldstrafe zu erkennen, sondern dem Angeklagten eine Gefängnisstrafe aufzuerlegen. Dazu möchte ich zwei Sätze aus der Nummer der "Leipziger Volkszeitung" vom 18. September 1908 zur Verlesung bringen. Es heißt darin, daß bei einem Prozeß gegen Rosa Luxemburg diese gesagt habe: "Ich wüßte nicht, was mir gleichgültiger wäre, als eine Gefängnisstrafe".

Hier unterbricht der Vorsitzende den Staatsanwalt und ersucht ihn, zur Sache nicht gehörige Dinge nicht vorzulesen. Der Staatsanwalt Runge schlägt sein Plaidoyer mit den Worten: "Zu obiger Äußerung der Frau Luxemburg hat die

*) Die Redaktion der "Leipziger Volkszeitung" bemerkt dazu: Diese Staatsanwaltschaft ist uns total unverständlich. Hoffentlich reichen die Kenntnisse des Herrn Staatsanwalts Runge soweit, daß er weiß, daß Dambach und Tschoppe im Irrenhause gestorben sind.

"Leipziger Volkszeitung" damals geschrieben: "Wir pfeifen auf eure Justiz, auf die Justiz der herrschenden Klassen!" Nun, wenn der Angeklagte auf eine Verurteilung pfeift, so müge über ihn keine Geldstrafe verhängt werden, die doch aus dem Parteifiskus bezahlt werden würde. Soll er eine Strafe an eigenen Leide verspüren, so kann das nur eine Freiheitsstrafe sein!"

Aus dem Plaidoyer des Genossen R. - A. Liebknecht seien folgende Stellen hervorgehoben:

... Eine Ueberschrift wird unter Auflage gestellt! Eine Ueberschrift, die gänzlich in der Luft schwebt, die ein bloßer Name, ein bloßer Stempel ist, die eine Illustration des Inhalts erst durch das gibt, was darunter steht, und sonst überhaupt nicht zu verstehen ist. Es ist unlogisch, gegen eine Ueberschrift anzukämpfen, wie gegen eine Urkunde, von der man nur die Unterschrift kennt. ...

Der Ausdruck "auf der Anklagebank" ist keine Beschimpfung, sondern nur ein bildlicher Ausdruck, in dem keine spezielle Verleumdungsabsicht liegt. Es ist unbedingt abzulehnen, daß diese im Parlament und in der Presse allgemein übliche Redeweise irgendwie beleidigend sei.

Der Staatsanwalt hat gesagt, daß der Vorwurf, die Justizbeamten seien tatsächlich die Angeklagten gewesen, nicht zu rechtfertigen ist. Keine Herren, ich habe es damals selbst als Verteidiger Seger zur Sprache gebracht, daß Oberstaatsanwalt Böhme den schmachvollen Vorwurf der Freigelt tatsächlich gemacht hat. Es wurde durch Böhme selbst bewiesen, daß er am 9. Februar in bezug auf die "Leipziger Volkszeitung" eine ganze Fülle beleidigender Äußerungen in Ausübung seines Amtes gebraucht hat, wie "beispiellose Freigelt", "unglaublich rohe Beschimpfung", "Schimpf- und Gehändwerk" usw. Wenn jener Bericht sagt, daß die Gerichtsbeamten schlecht weggekommen seien, so muß man wohl doch betonen, daß nicht nur in bezug auf Böhme, sondern auch auf die anderen Herren gerichtsmäßig bewiesen wurde, daß sie äußerst aggressiv in der äußeren Form gegen die "Volkszeitung" sich ausdrückten. Es sei da vor allem an Amtsrichter Dr. Hänel und an Assessor Dr. Lange erinnert, der sich in schärfsten Worten gegen die Tendenz der "Volkszeitung" wandte. In jenem Prozeß wurde ferner durch Anwälte als Zeugen bestätigt, daß der Assessor Franke die Eigentümlichkeit habe, die Sozialdemokraten "durch die Zähne zu zischen". Böhme hat, wie ebenfalls von Rechtsanwältigen bestätigt wurde, Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie an den Haaren herbeigezogen, und wie Dr. Drucker erklärte, schon vor dem 8. Februar gegen die "Leipziger Volkszeitung" die allerhöchsten Beleidigungen geäußert. Ich habe in jenem Prozeß auch auf die Tatsache hingewiesen, daß Herr Böhme vor 20 Jahren in Ausübung eines angeklagten Redakteurs einen "gewerbmäßigen Verleumder" nannte. ...

Führt man alle diese Umstände zusammen, so muß gesagt werden, daß jene Ueberschrift vollkommen zu Recht gewählt wurde. Ich selbst würde sie wählen und gegebenenfalls dafür durchs Feuer gehen. ...

Zur zweiten Ueberschrift "Böhme und Liman" übergehend, führte der Verteidiger u. a. aus:

Die bloße Zusammenstellung besagt noch durchaus keine Gleichartigkeit. Man denke an Cain und Abel, Moses und Darwin usw. Der einzige sachliche Zusammenhang besteht nur darin, daß beide, Böhme und Liman, scharfe Gegner der "Volkszeitung" sind, die ihr nicht schaden, sondern im Grunde genommen nützen.

Nirgends ist der Vorwurf erhoben worden, daß Herr Böhme wider besseres Wissen gehandelt hat. Vielleicht glaubt er sogar an eine edle Mission, die er zu erfüllen hat. Von einer absichtlichen Verleumdung kann gar keine Rede sein, nur das ist allerdings gesagt worden, daß er nicht immer die Grenzen innegehalten vermag, die ihm sein Amt zichen. Böhme hat damals in seinen Ausführungen über den § 193 Grundzüge proklamiert, die besagten, daß er sich um das Strafgesetz nicht kümmere. Er sagte: "Ich rede so, wie es mir in den Sinn kommt." Das tat er vielleicht in seiner Leidenschaft, und nur das wurde ihm zur Last gelegt, nicht etwa absichtlicher Mißbrauch der Amtsgewalt. Daß sich der Oberstaatsanwalt Böhme in jener Verhandlung etwas hilflos und merklich benommen hat, dafür bürgt mir wohl das stille Eingeständnis aller, die ihr beizuohnten. Böhme hat in der Tat jene Worte, die ihm in dem Bericht in den Mund gelegt wurden, gebraucht.

Der Staatsanwalt Runge betonte, alles, was gegen Liman gesagt worden sei, müsse auf Böhme abfallen. Aber nirgends kann ein Beweis dafür erbracht werden, daß beide auf eine Stufe gestellt worden seien; der Inhalt des Artikels belegt das Gegenteil.

Böehme hat es als sein Recht proklamiert, jene gräßlichen Worte zu gebrauchen. Mit Liman ist er nur zusammengestellt, aber in jeder Beziehung anders behandelt worden.

Nach einer Kritik des Strafantrages des Staatsanwalts, der den Umstand, daß der Angeklagte erst kurz Zeit Redakteur und noch nicht vorbestraft sei, nicht als Milderungsgrund betrachtete, sondern vielmehr um eine besonders strenge Strafe gebeten habe, beantragte der Verteidiger die Freisprechung.

Es erfolgt noch eine Entgegnung des Staatsanwalts und eine Erwiderung des Verteidigers, der also schließt: "Der Beweis der mangelnden Objektivität des Staatsanwalts ist geliefert und dazu angetan, das Vertrauen in die Justiz sehr zu beeinträchtigen."

Das Urteil lautete bekanntlich auf fünf Monate Gefängnis. Die Begründung sagt, es liege eine schwere Verleumdung gegen Personen in ihrer amtlichen Stellung vor; Mißtrauen und Verachtung gegen Organe der staatlichen Rechtspflege sei durch sie gesetzt worden.

In dem Artikel Böhme und Liman seien beide als ein "edles Brüderpaar" hingestellt worden; alles, was gegen Dr. Liman gesagt worden sei, sei mit auf den Oberstaatsanwalt Böhme gemünzt und sollte auch so verstanden werden. Das Gericht habe darin eine schwere Verleumdung gegen eine im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeit gesehen.

Verband der Arbeiterparteien Deutschlands. Heute abend 9 1/2 Uhr Versammlung, Rosenhaldenstr. 11/12. Zentralverband der Konditoren. Heute abend 8 1/2 Uhr im "Englischen Garten", Alexanderstr. 27: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Pflicht.

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Sprechstunde findet Dienstag, 16. August 4, eine Treppe (Gandelsstraße) Scharnhorst, Friedrichsplatz 101, wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Welche Frage trage man in der Sprechstunde vor.

B. A. Berlin. Wenn Sie unser Blatt aufmerksam gelesen hätten, müßten Sie gefunden haben, daß die betreffenden Behauptungen als aus den Fingern gelogene Lügen gekennzeichnet worden sind. — Letzte. Die neueste herrschende Ansicht des Oberverwaltungsgerichts entspricht dem Schreiben des Magistrats. Die entgegenstehende halten wir für richtig. — W. 12. Invalidentätsercheinungspflicht, nicht aber Krankenversicherungspflicht liegt in Ihrem Falle vor. — H. B. 29. Die von Ihnen angeführten Gründe würden für eine Ehecheidung nicht ausreichen.

Witterungsüberblick vom 20. Februar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in °C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in °C
Schwetznitz	732	SW	7	bedeckt	6	Haparanda	732	SW	4	wolkig	-18
Damburg	732	SW	6	bedeckt	2	Petersburg	745	SW	2	bedeckt	-2
Berlin	735	SW	6	bedeckt	7	Seidz	748	SW	7	bedeckt	7
Kaninka	740	SW	6	Regen	8	Aberdeen	720	SW	5	wolkig	9
Königsberg	740	SW	4	bedeckt	7	Paris	745	SW	7	bedeckt	10
Wien	753	ND	1	bedeckt	1						

Weiterprognose für Donnerstag, den 21. Februar 1907. Etwas kälter, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Niederschlägen und starken, später abnehmenden nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 135/18*
1. Jahres- und Kassenbericht des Sektionsvorstandes. 2. Renouveau der im Bureau tätigen Kollegen. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Sektionsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 0670.

Sonntag, 24. Februar, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114.

Tages-Ordnung:
1. Neu- und Ergänzungswahlen für Angeordnete im Bureau. 2. Weiterberatung der Vorträge zum Verbandstag. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Kollegen! Am gleichen Tage findet eine Flugblattverbreitung seitens der Partei statt. Wir erlauben die hieran beteiligten Kollegen recht pünktlich zu sein, um auch noch früh genug zur Versammlung zu kommen. 113/11 Die Ortsverwaltung.

Verein Berliner Hausdiener.

Gegründet 1883. Gegründet 1883.
Mitgliedschaft I des Zentralverbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Arbeitsnachweis: Alte Leipzigerstr. 1, Eingang Hauke's Hof. Fernsprecher: Amt I Nr. 2632. Bureau und Kasse: Alte Leipzigerstr. 1a. Fernsprecher: Amt I Nr. 4951. — Sonntags geschlossen.

Donnerstag, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr im „Deutschen Hof“ (Apollosaal), Luckauerstr. 15:

Konstituierende General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Wahl der Ortsverwaltung und sonstiger Funktionäre. 3. Geschäftliches. 68/3
Zutritt haben nur Mitglieder der Ortsverwaltung I, welche sich durch drucktes Vereins- resp. blaues Verbandsmitgliedsbuch ausweisen können und ihre Beiträge bis zur 52. Woche 1906 gezahlt haben.
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Zentralvorstand. H. A. Dörm. Lehmann.
Mitglieder des Vereins Berliner Hausdiener, die durch irgendwelche Umstände Mitglied einer neuen Vereinigung geworden sind, werden bis zum 1. April d. J. ohne daß sie die dort gezahlten Beiträge bei uns nachzahlen müssen, in ihre alten Rechte wieder eingesetzt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Freitag, 22. Februar, abends 8 1/4 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

Zentrums-Vertrauensmännerversammlung

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, im Etablissement Buggenhagen, Moritzplatz:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1906. 2. Jahresbericht vom Jahre 1906. 3. Wahlen der Beschwerdekommision, Schlichtungskommision und der Revisionen. 4. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselben keinen Zutritt.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. 32/10* Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der Tapezierer. Filiale Berlin.

Achtung! Tapezierer. Achtung!

Freitag, abends 8 Uhr, bei Augustin, Oranienstr. 103:
Werkstatt- u. Bandlegierten-Versammlung

Der Aussperrungs-Beschluß der Unternehmer.

Jede Werkstatt, ob organisiert oder nicht, muß vertreten sein. Die Kollegen haben ihrem Vertreter Legitimation auszustellen.
Sonntag vormittag: Mitglieder-Versammlung. Die Verbandsleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am 18. d. M. verstarb unser Mitglied, der Klempner Hermann Voigt, Schönhauser Allee 69.
Am 16. d. M. verstarb unser Mitglied, der Zimmerer Fritz Wichmann, Cavelbergstr. 31.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung des Genossen Voigt findet heute, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Heiligen Geist-Gemeinde in Köpenick statt.
Die Beerdigung des Genossen Wichmann findet gleichfalls heute, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Heiligen Geist-Gemeinde in Köpenick statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand. 247/11

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin u. Umgegend. (Bezirk 9.)
Allen Kameraden hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied Fritz Wichmann verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Heiligen Geist-Kirchhofes in Köpenick aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
254/4 Die Bezirksleitung.

Arbeiter-Raucher-Bund Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied Fritz Wichmann aus Klub „Nord-West“ am 15. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Geist-Friedhofes, Köpenick, aus statt.
2/7 Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Am 18. d. M. verstarb nach kurzem schweren Leiden unser Mitglied, der Buchbinder Helmut Tönnies.
Ehre seinem Andenken in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Lichterfelde aus statt.
Zahlreiche Beteiligung ersucht
23/4 Die Ortsverwaltung.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Bau- und gewerbliche Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser treues und langjähriges Mitglied, der Restaurateur Karl Morgenroth im Alter von 53 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Westfälischen Kirchhofes, Bogenhagen Weg, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
37/2 Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin.)

Bezirk Ober-Schönwalds.
Am 18. Februar verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied Wilhelm Seidler.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Ober-Schönwalder Friedhofes aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
64/6 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Sagen wir allen Teilnehmern bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters unseren herzlichsten Dank. 39954 nicht
Wwe. Emma Schulz Tochter.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse Paul Krüger (21. Bezirk) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jerusalemer Kirchhofes (Hermannstraße) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
232/7 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, verstarb nach kurzen, schweren Leiden mein lieber, guter Mann, der Restaurateur Otto Schilling im Alter von 43 Jahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Kirchhofes, Maxstraße, aus statt. 69/8
Die trauernde Witwe Elisabeth Schilling.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Schönberg.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß das Mitglied Otto Schilling am 19. Februar vorm. 10 Uhr nach kurzen, schweren Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Kirchhofes, Maxstraße, aus statt. 69/7
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand. H. A. E. Ost.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler Fritz Brügge am 18. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Petri-Kirchhofes, Friedenstraße 84, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
60/20 Die Ortsverwaltung.

Verein der Droschkenführer Berlins und Umgegend.

Mitgliedschaft IV des Zentralverbandes der Transportarbeiter.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege August Schmidt verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Westfälischen Kirchhofes, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung Berlin IV.

Am 18. Februar verschied nach langen, schweren Leiden meine geliebte Frau, unsere unvergeßliche Mutter Emma Klopsch geb. Kolchelt.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Dies zeigt selbstbetitelt an Paul Klopsch selbst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben unversehrten Vaters, Schwiegervaters und Onkels, des Gasanstaltsarbeiters Karl Kulbe sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie den Kollegen der freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend und dem Bau der Firma H. u. W. Schulze, Rixdorf, unseren innigsten Dank. 16636
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Für die zahlreiche Teilnahme sowie die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters, des Steinträgers Robert Lehmann sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend und dem Bau der Firma H. u. W. Schulze, Rixdorf, unseren innigsten Dank. 39932
Wwe. Wilhelmine Lehmann und Kinder. 39932 Rixdorf, Thomaststr. 5 vorn 1 Treppe.

Gnaden-Erlass!

Zum heiligen Geburtstag des Kaisers Franz Theel gedenken die Pumpbrüder von der „Grauen Laus“ und hoffen, daß sämtliche Schulden gestrichen werden.
Schaukel-Wilhelm!
Wir gratulieren zum 23jährigen Krieg. 30942 Die Schaukel-Brüder.

Sonntagnacht 11 Uhr entschlief sanft nach langen, schweren, geduldig ertragenen Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater und lieber Sohn, Bruder, Neffe, Schwiegersohn und Schwager, der Schriftsetzer Ernst Schebesta im 41. Lebensjahre. 16115
Dies zeigt um stille Teilnahme bittend selbstbetitelt an Ww. Pauline Schebesta geb. Kopsch.
Die Beerdigung findet am 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sankt Hedwigs-Kirchhofes, Reinholdsdorfer Chaussee, aus statt.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß Dienstag, den 19. d. M., mein lieber Mann, unser sorgsamster Vater Robert Wuttig nach langen, schweren Leiden sanft entschliefen ist.
Die Beerdigung findet Freitag, 3 Uhr nachmittags, vom Trauerhaus, Zwinnmündelstr. 47, aus statt. 16106
Die trauernden Hinterbliebenen

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.
Englischen Unterricht, einzeln und im Kurs, erteilt 39372 Gertrud Swienty, Schönberg, Sebanstraße 57, III.

Neue Welt

Letzte Woche! Sonntag Schluß des Münchener Bockbier-Festes. Heute Donnerstag: Prämierung des längsten Schnurrbartes.
1. Preis 60 M. 2. Preis 40 M. Prämierung Punkt 10 1/2 Uhr.

Inventur-Extrapreise Gardinen

abgepaßte Fenster, weiß und creme
Schallänge pro M. 2 95
2,75 Mtr. Patr. M. 2
Schallänge pro M. 4 35
3,20 Mtr. Patr. M. 4
Imit. Point-lace-Gardinen, pr. Patr. M. 5 85
Eleg. Sezessions-Tüll-Stores M. 1 65
Gestickte echte Spachtel-Stores M. 6 25
Goldfarb. reichgestickte Band-Stores M. 4 35
Tüllbett-Gr. 180/220 decken cm M. 2 35
Reichgest. Erbsentüllbettdecken M. 5 35
Gardinen-Spezial-Haus Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158
Unterhalte nirgends Filialen!
Nach auswärts per Nachnahme
Inventur-Extraliste
billiger Sonderangebote gratis und franko.

Partei-Angelegenheiten.

4. Wahlkreis. Die Wahlvereinsmitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Dienstag, den 26. Februar, bei Keller, Koppenstr. 29, die Generalversammlung stattfindet.

Wannsee. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Fürstlichen Diskutierabend und Völkerausgabe statt. Um vollständiges Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Hungrige Schulkinder.

Der neueste Bericht über die Tätigkeit der Schulkinder, den wir bereits kurz besprochen haben, bringt auch Angaben über die Ernährungsverhältnisse der Schulkinder. In drei Schulen eines Schulbezirks, der im Norden der Stadt liegt, sind Erhebungen hierüber angestellt worden. Dabei ergab sich, daß nicht wenige der Schulkinder — im Minimum 7 Proz., im Maximum 9 Proz. — völlig nüchtern zur Schule gekommen waren oder vorher höchstens eine Tasse Kaffee ohne jedes Zubrot genossen hatten. Der Bericht besagt, daß auch die übrigen Kinder meist nur etwas Weißbrot und Kaffee zu sich genommen hätten. Nur bei 11—23 Proz. aller Kinder der betreffenden Schulen sei festgestellt worden, daß sie „die dem Kinde zukommende Nahrung“ (so sagt der Bericht) erhalten hätten: Milch oder Suppe, nebst Zusatz.

Schon seit einer langen Reihe von Jahren wird in den meisten Gemeindeschulen Berlins im Winter den bedürftigsten Kindern ein Frühstück gewährt. Die erforderlichen Geldmittel werden teils durch den „Verein zur Speisung armer Kinder und Notleidender“ aufgebracht, teils aus einem von der Stadt verwalteten Wohltätigkeitsfonds hergeleitet. Ueber den Erfolg dieser Maßregel äußert sich der Bericht der Schulkinder sehr günstig; er bezeichnet ihn als „vorzüglich“. Es heißt da: „Kinder, die vorher müde und fast teilnahmslos dasahen, lebten auf und wurden rege, gewannen ein besseres Aussehen.“ Zwar wird in dem Bericht mehrfach gesagt, daß Kinder nur deshalb ohne warmes Frühstück zur Schule geschickt wurden, weil die Mütter nachlässig waren. Doch wird ebenso nachdrücklich auch darauf hingewiesen, daß oft Armut vorlag, die es den Eltern unmöglich machte, den Kindern ein angemessenes Frühstück zu geben. Der Bericht behauptet, daß leider auch die Speisung in der Schule, die als Ersatz eintreten mußte, „nicht überall durchführbar“ war, weil „entweder die nötigen Räumlichkeiten fehlten oder der Schuldieners sich als ungeeignet erwies oder sich ablehnend verhielt.“ Sollte das wirklich so ganz stimmen? Wir können uns nicht denken, daß in irgend einer Gemeindeschule Berlins nicht mal die nötigen Räumlichkeiten vorhanden sein sollten, um ein paar Duzend Schulkinder (denn viel mehr pro Schule sind es ja nicht, denen diese Wohlthat zuteil wird) mit Milch oder Suppe zu speisen. Auch das ist nicht recht zu glauben, daß diese Maßregel an der „ablehnenden“ Haltung eines Schuldieners zu scheitern braucht.

In dem Bericht wird auch die andere Klage vorgebracht, daß die verfügbaren Mittel, aus denen die Kosten der Speisung gedeckt werden müssen, hinter dem Bedürfnis zurückbleiben. Das ist leider sehr glaubhaft. In der Stadtverordnetenversammlung, wo mehrfach von der sozialdemokratischen Fraktion die Frage der Schulkinder speisung zur Sprache gebracht worden ist, haben wir regelmäßig die Antwort gehört, daß die Privatwohltätigkeit vollständig ausreicht. Jeder weiß, daß sie hier tatsächlich ebenso wenig wie auf anderen Gebieten sozialer Hilfsarbeit ausreicht. Indirekt wird das von der Gemeindeverwaltung selber zugegeben. Zahlreiche Wohltätigkeitsvereine kriegen Zuschüsse von der Stadt, weil sie anders gar nicht bestehen könnten. Für die Gemeindeverwaltung hat dieses Verfahren den Vorteil, daß sie sich hiermit zu nichts verpflichtet. Auch der „Verein zur Speisung armer Kinder und Notleidender“ kriegt seit langem eine Beihilfe aus dem Stadtkasse, gegenwärtig pro Winter 3000 M. Dafür hat er aus seiner Kasse im letzten Winter im ganzen 13 000 M. zur Schulkinderspeisung hergegeben. Aus einem Stiftungsfonds der Stadt kamen hierzu noch 920 M., macht zusammen für den letzten Winter rund 14 000 M. Auch für den laufenden Winter kriegt der Verein die 3000 M., für den nächsten wünscht er aber eine Erhöhung auf 4000 M. Der Magistrat will auch das geben, weil ihm nichts anderes übrig bleibt. In der Vorlage, durch die er die Stadtverordneten um ihre Zustimmung ersucht, findet sich der Satz: „Trotzdem der Verein einen Fehlbetrag nicht gespürt hat, genügen die Ausgaben doch nicht, um das dem Verein bekannt gewordene Bedürfnis zu befriedigen.“ Wie pflegt doch in der Stadtverordnetenversammlung die Antwort zu lauten, mit der von der freisinnigen Versammlungsmehrheit wie vom Magistrat sozialdemokratische Anregungen zurückgewiesen werden? Wir erwähnten es schon: „Die Privatwohltätigkeit — reicht aus!“

Die Frage der Speisung hungriger Schulkinder durch die Schule wird in Berlin seit reichlich anderthalb Jahrzehnten erörtert. Die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten hat sogar den Vorschlag, zunächst wenigstens mal eine allgemeine Statistik über die Zahl der hungrig zur Schule kommenden Kinder aufzunehmen, als unnötig abgelehnt. Dieser Vorschlag wurde vor jetzt zehn Jahren von der sozialdemokratischen Fraktion gemacht. Hätte man ihn ausgeführt, so hätte sich vermutlich ergeben, daß noch sehr viel mehr Kinder nüchtern zur Schule kommen, als es bei dem bisherigen Verfahren bekannt wird. Beachtenswert ist übrigens der Vorschlag des neuesten Schulkinderberichts, in den Nebenklassen die Speisung der Kinder allgemein durchzuführen. Das sei „besonders wünschenswert“, da „es sich in diesen Klassen meist auch um körperlich zurückgebliebene, schwächliche Kinder handelt, die vielfach zu Hause nicht die nötige Abwartung und Pflege haben.“ Das würde, wird da hinzugefügt, „sich direkt als eine Förderung des Unterrichts erweisen.“ Wir sind ganz derselben Meinung. Wir gehen nur noch einen Schritt weiter und geben zu bedenken, ob nicht auch in den Normalklassen noch sehr viele Kinder sitzen, die bei dem heute üblichen Verfahren, nur die „allerbedürftigsten“ zu speisen, leer ausgehen und mit hungrigem Magen am Unterricht teilnehmen müssen.

Das Schicksal der Wertzuwachsteuer.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der neuen Steuerentwürfe der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert, der revidierten Umsatzsteuer und der Wertzuwachsteuer trat gestern nach längerer durch die Wahlbewegung verurteilten Pause wieder zu einer Sitzung zusammen. Zur Beratung stand die zweite Lesung der genannten Steuerentwürfe. In allgemeiner Uebereinstimmung wurde von einer Generaldiskussion abgesehen. In der Spezialdebatte wurde die Grundsteuer- und die Umsatzsteuerordnung mit geringfügigen redaktionellen Änderungen angenommen, die Wertzuwachsteuer mit 8 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Das Ergebnis der langwierigen Ausschußberatungen ist also, daß die Umsatzsteuer in der bisherigen Form weiter erhoben und daß an Stelle der bisherigen Grundsteuer nach dem Rubertag eine Grundsteuer nach dem gemeinen Wert eingeführt werden soll. Nach dem Willen der rücksichtslosen Grundbesitzermehrheit des Ausschusses soll dagegen eine Wertzuwachsteuer selbst in der schwächlichen Form, wie sie der Magistrat vorgeschlagen hatte, in Berlin nicht zur Einführung gelangen. In wie weit das Plenum der Stadtverordnetenversammlung den rücksichtslosen Beschlüssen des Ausschusses beitreten wird, bleibt abzuwarten.

Die Spree befindet sich zurzeit in ununterbrochenem Steigen und hat gegenwärtig einen Hochwasserstand aufzuweisen, der selbst denjenigen des normalen Frühjahrhochwassers übersteigt. Die Niederungen der Ober- und Untersee sind in weiter Ausdehnung überschwemmt, so daß der Fuhrlauf stellenweise eine Ueberschwemmungsausdehnung von drei Kilometern Breite aufzuweisen hat. Der Wasserstand ist ein so gewaltiger, daß die Schiffer ihre Fahrzeuge teilweise doppelt festlegen mußten, um sie vor dem Abtreiben durch die starke Strömung zu schützen. Dabei steigt das Wasser noch ununterbrochen, so daß eine Gefährdung der in den Niederungen befindlichen Wohngebäude zu befürchten ist. Mit der Spree ist auch der Grundwasserspiegel gestiegen, so daß das Grundwasser in den Niederungen bei Spandau schon teilweise zutage getreten ist. Verschiedentlich sind auch Keller unter Wasser gesetzt, wodurch ein nicht unerheblicher Warenausgang herbeigeführt worden ist.

Vor dem Betreten der auf den Wasserläufen noch vorhandenen Eisflächen kann nicht dringend genug gewarnt werden, da das Eis zumest keine Tragfähigkeit mehr besitzt. Am Dienstag sind zwei Personen in der Umgebung Berlins eingebrochen, von denen eine in den Fluten den Tod gefunden hat. Ein Schiffer, der mit seinem Fahrzeuge in Charlottenburg liegt, wollte sich über die Eisfläche der Spree hinweg nach einer anderen in der Nähe belegenen Hölle begeben, brach ein und verschwand sofort in den Fluten. Alle Bemühungen hinzukommender Personen, den unter dem Eise Abgetriebenen zu retten, waren leider vergeblich. Auf dem sogenannten Frauentrog bei Köpenick, einem Ausläufer der Spree, brach gestern nachmittag ein 13jähriger Knabe ein. Der Unglücksfall war von Passanten beobachtet worden, die sofort Rettungsversuche unternahmten. Es dauerte jedoch fast sieben Minuten, ehe es gelang, den Körper des Kindes zu landen. Der Knabe, der bereits die Besinnung verloren hatte, wurde nach dem Krankenhaus übergeführt. — Seitens der Polizeibehörden ist bereits am Montag ein Verbot erlassen worden, das Eisflächen freigegebenen gemeinsamen Eisbahnflächen zu betreten.

Wer einer Reichstagsitzung beiwohnen will, muß sich bekanntlich an dem Kartenausgabeschalter im Reichstage (Portal 5) melden und sich vornehmen lassen. Bei der Ausgabe dieser Karten scheint aber sehr nach Gunst verfahren zu werden, wie aus einer Aufschrift an das „Berliner Tageblatt“ hervorgeht. In dieser Aufschrift heißt es: „Gestern früh war ich um 8 Uhr vor dem Reichstagsgebäude, um mir eine Karte für die am nächsten Tage stattfindende Eröffnung zu holen. Ich war der 28. Da 40 Karten ausgegeben werden, konnte ich also mit Bestimmtheit annehmen, daß ich noch eine Karte bekommen würde. Nachdem ich eine Stunde auf der Straße gestanden, wurde der Schalter geöffnet. Wie groß war aber mein und der anderen Entsetzen, als der Beamte nicht mit Nummer 1, sondern mit Nummer 11 anging. Dazwischen wurden auch einige Nummern ausgelassen. Einige Personen bekamen auch mehrere Karten, was nicht sein soll. Das mußte wohl auch gleich im Anfang vorgekommen sein, denn ich hörte einen erregten Wortwechsel zwischen den wartenden Personen und dem die Karten ausgebenden Beamten. Und dann rief der Beamte ganz laut hinaus: „Ja, wohl werden hier Offiziere bevorzugt!“ Eine allgemeine Empörung war die Folge. Rufe, wie: „Wir sind die Steuerzahler!“ oder „Wir können doch hier alle gleiche Rechte beanspruchen!“ und „Wer hat denn die ersten zehn Nummern?“ wurden laut. Natürlich mußte das alles nichts, der Schalter blieb geschlossen. Eine energische Dame besam endlich nach langem Warten die Antwort des Beamten: „Die zehn ersten Karten wären für den Direktor!“ Ich frage nun, darf eine solche Bevorzugung stattfinden?“

Auch uns sind früher schon Mitteilungen dieser Art zugegangen und es wäre in der Tat endlich an der Zeit, wenn für eine gerechte Verabgabung der Karten Sorge getragen würde.

Zwei schwere Straßenbahnunfälle werden vom vorgestrigen Tage gemeldet. In der Kaiser-Allee in der Nähe der Spiderrstraße versuchte gegen 1/8 Uhr abends der Führer eines Wörtelwagens an einem vor ihm fahrenden Gefährt vorbeizukommen und bog daher auf das Straßenbahngleis hinüber, auf welchem ein Straßenbahnwagen der Linie F herannah. Trotzdem der Führer des Motorwagens sofort die entsprechenden Bremsmittel anwendete, konnte der Zusammenstoß nicht vermieden werden. Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Gewalt, daß der Führer des Wörtelwagens, Walter Urban, von seinem Sitz geschleudert wurde, jedoch mit leichten Kontusionen davonskam. Das auf dem Vorderperron des Straßenbahnwagens sitzende Dienstmädchen Kartha Krause, Friedenau, Friedrich-Wilhelmplatz 4 wohnhaft, erlitt eine schwere Quetschung des Unterleibes. Die Verunglückte wurde, nachdem ihr auf der Unfallstation die erste Hilfe zuteil geworden war, nach dem Elisabeth-Krankenhaus übergeführt. Der Führer des Motorwagens erlitt ebenfalls eine leichtere Quetschung. An dem Wohnwagen wurde der Vorderperron eingedrückt, das eine Pferd des Wörtelwagens erlitt eine erhebliche Wunde an der rechten Hüfte. — Der zweite Unfall ereignete sich abends gegen 1/8 Uhr in der Potsdamerstraße. In der Nähe der Potsdamer Brücke versuchte der Bäckermeister Karl Schulz aus der Kurfürstendammstraße 25 mit seinem Dreirade unmittelbar vor dem heranahenden Straßenbahnwagen Nr. 2736 der Linie 74 das Gleis zu kreuzen. Er wurde jedoch von dem Motorwagen erfasst und mit dem Rade gegen den in diesem Augenblick aus entgegengekehrter Richtung kommenden Straßenbahnwagen der Linie 68 geschleudert. Der Bäckermeister erlitt eine Quetschung des rechten Beines und Hautschürfungen am Arme. Er wurde, nachdem ihm auf der Unfallstation ein Notverband angelegt worden war, nach dem Krankenhaus in Schönberg übergeführt.

Bewußtlos aufgefunden wurde gestern nachmittag im Walde bei Dahlem ein 19jähriges Dienstmädchen, das bei Dr. Müller in Dahlem, Katharinenstr. 4, in Stellung war. Das Mädchen hatte am Sonnabendabend 7 Uhr die Wohnung der Herrschaft verlassen, um ihre in Berlin in der Kurfürststr. 69 wohnende Schwester zu besuchen. Dabei muß es den Weg verfehlt haben und geriet in eine Schlinge, aus der es keinen Ausweg fand. Schließlich ist das Mädchen entkräftet und bewußtlos zusammengeknien und liegen geblieben. Wiederholt soll es, wie sich nachträglich herausgestellt hat, Hilferufe ausgestoßen haben, ohne daß Hilfe kam. Gestern gegen 5 Uhr wurden Vorübergehende auf schwache Hufe,

die aus der Schlinge kamen, aufmerksam und beim Nachgehen wurde das völlig durchnäßte Mädchen, dem auch die Hufe erkoren waren, gefunden. Die Samariter nahmen sich sofort der Bedauernswerten an und trugen es nach der nächsten Wirtshaus zum wilden Eber, wo aber die Aufnahme abgelehnt wurde, erst in der weiter gelegenen Pumphaus wurde Unterkunft gewährt. Das ungesittliche Verhalten der Samariter, sofort einen Arzt zu holen, wurde von einem Gen darmen damit beantwortet, daß sie aus dem Raum verwiesen wurden. Schließlich wurde ein Krankenwagen requiriert, der das Mädchen nach dem Lichtenberger Kreiskrankenhaus brachte.

Eine Falschspielersaffäre erregt wieder einmal größeres Aufsehen. In einem sehr bekannten Berliner Spielklub haben einige Amerikaner mit gezeichneten Karten operiert und die Mitspieler gehörig genept. Als der Schwindel entdeckt wurde, begab sich der Klubvorstand zu den Falschspielern, die auch gar nicht leugneten, sondern sich bereit erklärten, den Schauplatz ihrer segensreichen Tätigkeit sofort zu verlassen, falls der Klub keine strafgerichtliche Anzeige erstatte. Die beiden gewinnenden Persönlichkeiten verfügten sich umgehend nach Monte Carlo, wo ja auch ab und zu Gelegenheit zu einem kleinen Hazardspielchen sein soll. Der eine der beiden Kompanions, der auf großem Fuße lebte, Equipage und Automobil besaß und ein luxuriös ausgestattetes Junggesellenheim bewohnte, war übrigens auch der Mitbegründer jenes im Vorjahre ins Nachtleben gerufenen Klubs, in dem, wie man sagt, vor einiger Zeit ein auswärtiger Warenhausbesitzer in wenigen Stunden um 10 000 M. erleichtert worden ist. Die beiden Falschspieler, die jetzt recht im Gegensatz zu vielen anderen entlarvt wurden, sind gewissermaßen Profis. Der eine, ein Südamerikaner, erwarb sich den Grundstock seines kleinen Vermögens durch falsche Diamanten. Dann lernte er einen echten Hantee kennen, der den Passagieren der großen Ozeandampfer Zeit und Geld durch Karten spielen zu verschütten pflegte, und der zuletzt auf der schwarzen Liste aller Kapitäne stand. Sie gründeten einen neuen Spielklub und arbeiteten in diesem beim Baccarat mit „gezeichneten“ Karten mit mikroskopisch kleinen Zeichen, die aber ihre für alles Falsche so feinsinnigen Finger deutlich genug spürten, um Glück und Geld auf ihre Seite zu bringen. Jetzt ist es zum Klappen gekommen. Vorläufig sind die beiden Amerikaner abgedumft. Daß weitere Abweisen oder vielleicht gar Verhaftungen eintreten, ist nicht unmöglich, wenn sich auch aus naheliegenden Gründen die beteiligten „Interessenten“ in tiefstes Schweigen hüllen, so daß die Polizei völlig im Dunkeln tappt.

Vom verkehrsfeindlichen Eisenbahnklub. Wie erinnerlich, wurde das zwischen der Böllers- und Strahlhakenstraße gelegene, seit nahezu zehn Jahren durch Verlegung der Steintiner Bahngleise freigewordene eisenbahnfällige Gelände, das seitdem den Anwohnern als „Erfolgsplatz“, den Kindern als Spielplatz gedient hatte, plötzlich eingezäunt und damit auch die Verbindung zwischen beiden Straßen aufgehoben. Es erhob sich ein Sturm der Entrüstung und der Magistrat wurde mit Petitionen bedrängt, das Gelände zu kaufen oder wenigstens zu mieten; es gelang ihm aber nur, die einseitige Offenhaltung eines Ueberweges durchzusetzen. Ueber die Gründe der plötzlichen Sperre, erfährt man jetzt folgendes: Schon vor zehn Jahren hat der Magistrat den Erwerb eines Terrains vorgeschlagen; der Fiskus forderte damals für die etwa 6500 Quadratmeter große Fläche rund 162 000 M., das sind 25 M. pro Quadratmeter. Die Stadtverordneten-Versammlung wollte indes nur 20 M. pro Quadratmeter bewilligen. Die späteren Verhandlungen zerlegten sich, weil der Fiskus nunmehr mit der Möglichkeit rechnen mußte, den größeren Teil des Geländes für Eisenbahnzwecke nutzbar zu machen, nur der zur Straße verwendete Teil des früheren Bahndammes könne noch abgetreten werden, im übrigen wurde die widerwärtige Benutzung eines Ueberweges über das fällige Terrain gestattet. So blieben die Verhältnisse bis im vorigen Jahre die Polizei von der Eisenbahndirektion im sicherheitspolizeilichen Interesse die Umzäunung des „Spielplatzes“ oder die Einrichtung desselben für den öffentlichen Verkehr verlangte. Dies führte, da der Fiskus das Gelände gegenwärtig nicht für eigene Zwecke brauchen kann, zur Vermietung des Platzes an eine Firma „Ausstellung-Galerie“. Diese wollte das Gelände als Lagerplatz benutzen, der Mietvertrag lautete auf 700 Mark Jahresmiete und läuft am 1. August 1911 ab. Die Einzäunung ist von dieser Gesellschaft vorgenommen worden. Mit Unterstützung der Eisenbahndirektion ist es dem Magistrat nun wenigstens gelungen, der Stadt die Möglichkeit zu verschaffen, als Untermieterin eintreten zu können. Die Gesellschaft erklärte sich dem auch bereit, ihre Rechte aus dem Vertrage der Stadt einzuräumen, wenn sie sich zur Zahlung einer Jahresmiete von 12 000 M. verstehen wolle. Die Umzäunung koste Geld und außerdem solle hier später eine Kabrenbahn angelegt werden. Nach einigem Zureden verstand sich die Gesellschaft zu einer Ermäßigung ihrer exorbitanten Forderung auf 4000 M. pro Jahr. Dies Opfer will der Magistrat für die Anwohner der beiden Straßen bringen und erhofft, daß nach Ablauf des Mietvertrages — 1. August 1911, das Gelände unter günstigen Bedingungen zu haben sein wird. Hier zeigt sich wieder einmal der Fiskus und noch dazu der Eisenbahnklub in seiner ganzen Glorie.

Die Frage der Eingemeindung der Vororte nach Berlin hat besonders in den beteiligten Vororten bei der Würgerschaft große Zustimmung und eine rege Unterstüßung für eine baldige Eingemeindung gefunden. In Vorkagen-Rummelsburg hatte der Bürgerverein in Gemeinschaft mit anderen es in die Hand genommen, durch Sammeln von Unterschriften die Ansicht der Einwohnerschaft über die Eingemeindung des Ortes nach Berlin festzustellen. Das Ergebnis ist kein überraschendes und war voraussehbar. Welt über 7000 selbständige Bewohner von Rummelsburg haben in kurzer Zeit die Petition für die Eingemeindung unterzeichnet. Abgesehen von einigen wenigen Indifferenten und direkt Beteiligten hat also die gesamte Würgerschaft einmütig sich für die Eingemeindung ausgesprochen. Dieses günstige Ergebnis hat den Bürgerverein veranlaßt, die Petition an den Minister des Innern, an die beiden Häuser des Landtages, den Oberpräsidenten, den Regierungspräsidenten, den Kreisrat von Nieder-Barnim, den Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin und die Rummelsburger Gemeindevertretung abzugeben. In den Petitionen sind die Vorteile erdähnt, die für die Vororte durch eine Eingemeindung in eine leistungsfähige Stadt entstehen und ist besonders hervorgehoben, daß auch Berlin Gewinn von einer Eingemeindung Rummelsburgs usw. nach Berlin erwächst. Hieraus geht hervor, daß es lediglich von der Regierung und nicht vom Magistrat usw. abhängt, wenn der Eingemeindung Schwierigkeiten bereitet werden.

Eine blutige Tragödie hat sich Dienstagabend in der Prinz Eugenstraße abgespielt. Vor dem Hause Prinz Eugenstr. 2 versuchte der 30jährige Arbeiter Georg Wolter erst den Kohlenhändler Gast und dann sich selbst zu erschlagen. Während D. umherlag blieb, wurde B. in recht bedenklichem Zustande als Polizeigefangener in die Charité eingeliefert. Familienangelegenheiten sollen die Ursache zur Tat sein.

Ein rotschwarzer Kriminalbeamter erregte am Sonntag anlässlich der Verurteilung des vor kurzem in der A. E.-G. verunglückten Transporteurs Palm einiges Aufsehen. Der Mann war, wie es scheint, zur Ueberwachung der Leidtragenden dem Leichenbegängnis beigegeben. Am Leichenschauhaus, von wo aus die Verurteilung erfolgte, verlangte er kategorisch die Entfernung der roten Kranzschleife, welche Kollegen des Verunglückten gespendet hatten. Um jeder Störung aus dem Wege zu gehen, gab man dem Verlangen nach und der Kranzträger befreite

den Kriminalbeamten von dem Anblick der roten Farbe, indem er die Schleife in die innere Tasche seines Leberziehers versenkte. Um sie aber nicht unansehnlich zu machen, steckte der Träger die Schleife lose in die Tasche, so daß wohl ein Zipfel unter dem Leberzieher hervorlugte. Das bemerkte aber der eifrige Beamte, der mit einer Drohsache den Leichenzug umschwärmte, erst vorausfahrend und dann zurückkehrend. In der Wasserstraße sprang der Mann plötzlich aus der Drohsache, um sich der diesergestalt noch etwas sichtbaren Schleife zu bemächtigen. Damit hatte er aber kein Glück. Auf dem weiteren Wege, den der Leichenzug nahm, fuhr der Beamte wiederum voraus, dabei verschiedene Kreuzfahrten machend und immer wieder den Zug umschwärmend, ein zweites Attentat auf die profanen Widernaturen rote Schleife verübend. Es ist kaum glaublich, was die rote Farbe alles anrichten kann.

Kinematographen schießen in allen Gegenden der Stadt wie Pilze aus der Erde. Um eine raschere Erlebung der Genitur gegenüber den kinematographischen Schaustellungen herbeizuführen, ist jetzt zur Probeführung kinematographischer Bilder ein besonderer Raum im Gebäude des Polizeipräsidiums eingerichtet. In Zukunft findet also eine zensurpolizeiliche Beschäftigung kinematographischer Bilder in den Räumen der Schausteller nicht mehr statt, sondern nur noch im Polizeipräsidium. Die Schausteller haben daher in denjenigen Fällen, in welchen Bilder aus der zur Genitur eingereichten Programmen vorläufig, unter Vorbehalt der Beschäftigung, gestrichen sind, die betreffenden Filme zur Vorführung im Polizeipräsidium vorzulegen, falls sie deren Genehmigung noch wünschen. Derartige Vorführungen können im Polizeipräsidium täglich in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags vorgenommen werden. Entsprechende Anträge sind in der Theaterabteilung zu stellen.

Selbstmordversuch im Untersuchungsgefängnis. Der Privatwächter Paul Walde, der sich wegen Verbores an seiner Frau, der Köchin Elisabeth Michalek, im Untersuchungsgefängnis befindet, versuchte in einem Nebenraume des Gefängnisses seinem Leben durch Erhängen ein Ende zu machen. Er hatte sein Bettlaken zusammengedreht und zu einer Schlinge geformt, die er am Gashahn befestigte. Nachdem er seinen Löffel durch einen Stein geschärft hatte, rief er sich damit die Wunde wieder auf, die er sich nach dem Morde in der Laubentkolonie an der Prenzlauer Allee beigebracht hatte, und steckte den Kopf dann in die Schlinge. Blutüberströmte wurde er von einem Gefangenenaufseher aufgefunden und durch einen Arzt ins Leben zurückgerufen. Walde wurde nach der Charité gebracht.

Aus der Wohnung eines Armenkommissionsvorsitzers. Die Stadtverordnetenversammlung wird vom Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Vorsteher der 87. Armenkommission, ein Fuhrherr Pippo (Wahmannstr. 17), 340 M. jurid. erstattet erhalte, die ihm im vorigen Jahr aus seiner Wohnung entwendet worden sind. 70 M., die in einer verschlossenen Kommode aufbewahrt wurden, kamen ihm im August abhanden; die übrigen 270 M. lagen unterschlossen auf dem Tisch und verschwand am 1. September. Die Nachforschungen nach dem Diebe sind ergebnislos geblieben, und der Bestohlene hat schließlich die Armenkommission um Erstattung gebeten. Die Armenkommission empfiehlt, den Wunsch zu erfüllen, und der Magistrat schließt sich ihr an. Armenkommission und Magistrat erklären die Möglichkeit eines solchen Diebstahls aus den Wohnungsverhältnissen und Lebensgewohnheiten des Herrn Pippo, der als Junggeselle wirtschafft. Ein Mitglied der Armenkommission hat den Fall geprüft und berichtet darüber, P. habe eine „sehr bescheidene“ Wohnung, die nur aus einem Schlafzimmern mit Vorraum besteht. Er verwahrt das ihm von der Armenkommission überwiesene Geld in der Wohnung seines Bruders unter sicherem Verschluss und überbringt den Kommissionsmitgliedern die auszahlenden Beträge erst am Tage vor dem Monatsbesitz. Den etwa verbleibenden Rest verbringt er in der Kommode seines Schlafzimmers, was — so sagt der Bericht — „insofern verständlich ist, als er in diesem mit den Armen verhandelt und in dringenden Fällen etwas Geld zur Hand haben muß.“ Zufällig mußte er Ende August eine größere Summe bei sich behalten, weil er selber für ein Mitglied die Auszahlung zu besorgen hatte. Wie die 70 M. aus der Kommode herausgekommen sein können, das wird in dem Bericht merkwürdigweise nicht gesagt. Die 270 M. aber büßte er ein, weil er sie am Abend in seinem Schlafzimmern auf dem Tisch legte und am anderen Morgen, als er vor 5 Uhr in seinen Pferdestall ging, die Wohnungstür wohl nicht sorgfältig hinter sich schloß. Es scheint dann eine fremde Person hineingekommen zu sein und ihn bestohlen zu haben. Um ihm nun nicht die Amtsfreiheit zu trüben, will man ihn den Verlust nicht selber tragen lassen. Wir haben nicht die Absicht, hier die Erstattungsfähigkeit zu erörtern. Aber ein Punkt fällt uns in dieser Schilderung doch auf, der eine öffentliche Besprechung verdient. Herr P. hat eine Wohnung, die nur aus Schlafzimmern und Vorraum besteht, und er empfängt die Armen in seinem Schlafzimmern? Sind nicht solche Wohnungsverhältnisse für das Amt eines Armenkommissionsvorsitzers ein bißchen zu „bescheiden“? Es ist vorgekommen, daß freisinnige Stadtverordnete gegen die Übertragung eines kommunalen Ehrenamtes an einen Arbeiter nur deshalb stimmten, weil ihm seine Wohnung für die bei ihm zu erwartenden Besuche ratfahrender Personen zu klein erschien. Soll das für Herrn Armenkommissionsvorsitzer Pippo nicht gelten? Im übrigen wird doch Armenkommissionsvorsitzern aus dem Stadtsäckel eine Vergütung von jährlich 300 M. gezahlt, damit sie ein besonderes Zimmer bereit halten können! Was mag denn Herr Pippos ganze Wohnung wert sein?

Im Zeichen des Verkehrs. Ein Leser schreibt uns: „Es wird kein preussischer Unterthan von jetzt ab mehr bezweifeln können, daß der preussische Eisenbahnsiskus die Höchstleistung im langsamen, aber auch desto unjückeren Befördern von Fahrgästen erreicht hat. Brauchte doch derjenige, der am Sonnabend 127 Uhr vom letzten Bahnhof abfuhr, um nach Prignitz zu gelangen, volle 7 Stunden, um die etwa 118 Kilometer lange Strecke zurückzulegen.“

Sollte aber noch jemand vorhanden sein, den die häufigen Eisenbahnunfälle in Erfahren verfehlen, so nehme er folgendes ad notam und er wird wissen, wie Eisenbahnunfälle zustande kommen.

Fahrplanmäßige Abfahrtszeit ist 127 Uhr. Um 140 Uhr können wird endlich abfahren. Grund: Die Lokomotive war defekt und das Maschinenpersonal, welches bereits sieben Stunden ununterbrochen Dienst getan, wollte die Verantwortung nicht für den Transport übernehmen.

Bis Neuen schleppt die Maschine mühsam den Train. Das Maschinenpersonal erklärt sich dann außerstande, nach eine Stunde länger Dienst zu tun, nachdem es nunmehr achtzehn Stunden schwer gearbeitet hatte; im übrigen sei die Maschine kaputt und es könne der weiß was passieren.

Der Stationsvorsteher holt von einer Rangiermaschine den Geizer und Führer und nun müssen beide mit der defekten Maschine, die notdürftig geflickt wird, weiter fahren.

Um 335 Uhr bleibt der ganze Transport zwischen Friesack und Reußhagen mitten auf der Strecke liegen, weil die Maschine vollständig defekt geworden ist. Was sichern die paar Hundert Fahrgäste im Zuge des Eisenbahnsiskus? — Sie haben ja ihre volle Fahrt bezahlt und müssen sich begnügen!

Nach halbstündiger Ruhepause ist die Maschine wieder notdürftig repariert und im Eilestrecke langten wir endlich in Reußhagen an der Dose um 410 Uhr an.

Der Zug nach Prignitz ist selbstverständlich lange weg und nun preussischer Eisenbahnsiskus wappne Dich in Geduld. Sei froh, daß nicht ärgeres Dich getroffen! Eine kleine Kessel-explosion hätte Dich vielleicht für immer das Rurren ausgetrieben. Und kannst Du auch Deinen Geschäften nicht so nachgehen wie Du es wünschst, tröste Dich: „Wir leben im Zeichen des Verkehrs!“

Das Berliner Aquarium vermag den Besuchern und Naturfreunden mehrere Exemplare eines nordischen Vogels vorzuführen,

den man sonst in Gefangenschaft nur selten Gelegenheit hat zu sehen. Die kurzen schmalen Flügel und weit hinten eingelenkten Flügel des Vogels lassen ihn auf den ersten Blick als einen vorzugsweise oberhalb schwimmenden und tauchenden Wasserbewohner erkennen, dessen Aufenthalt das weite offene Meer bildet. Dieser Eigenheiten wegen auch hat man die merkwürdigen, in der Größe und allgemeinen Körpergestalt einer kleinen Ente ähnlichen dunkelbraunen und weißen Tauchervogel oder „Lummen“ nicht im Vogelhaus, sondern in einem der geräumigsten unteren Seewasserkassens untergebracht, wo sie von Zeit zu Zeit ihre ausgezeichneten Schwimm- und Taucherkünste, bei denen sie ab und zu inmitten der Wassermassen förmlich zu schweben scheinen, zeigen. Dadurch, daß man hier vor der Wassermasse steht und wagherrecht in diese hineinblickt, also nicht von oben ein Gewässer blickt, lassen sich alle Bewegungen der Vögel im Wasser aufs genaueste und schönste betrachten und verfolgen, und man wird immer wieder aufs neue angezogen und gefesselt von der Eleganz und Gewandtheit, mit der die Ruderszüge, die Drehungen und Wendungen ausgeführt werden.

Arbeiterbildungsschule Berlin, Grenadierstr. 37. In vergangener Woche haben die Unterrichtsarbeiten begonnen: Montag: Geschichte; Mittwoch: Soziale Gesetzgebung; Donnerstag: Rednerschule; Freitag: Nationalökonomie; Sonnabend: Literaturgeschichte. In dieser Woche werden noch neue Teilnehmer aufgenommen und wollen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen recht zahlreich einfinden.

Der Unterricht in Nationalökonomie muß an diesem und dem folgenden Freitag ausfallen, da Genosse Grunwald wegen der Nachwahl in Rühlhausen-Langensalza nicht in Berlin antworfend sein kann.

Feuerwehrbericht. Am Dienstagabend wurde die Feuerwehr nach der Landberger Allee gerufen. Dort war an der Ecke der Straße 17 die Straße vollständig überschwemmt. Um die Ueberflutung zu beseitigen, hatte die Feuerwehr drei Stunden zu tun. Vor dem Hause Fufelandstr. 8 brannten Kether, Schmalz, Backwaren, Holzteile eines Wagens u. a. Zwei Wohnungsbrände wurden aus der Köthenerstr. 45 und Stralunderstr. 6 gemeldet. Betten, Kleider u. a. brannten in der Watterstr. 5, eine Wäsche mit Inhalt in der Bernauerstr. 4, ein Schornstein usw. in der Brangelstr. 117. Grober Anflug lag einer Feuermeldung zugrunde, die nachts vom Vineta-Platz einlief, der Täter ist entkommen. Ferner hatte die Wehr nach in Brüdenstr. 14 und Köthenerstr. 6 zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf.

Die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung haben den vereinigten bürgerlichen Parteien den Sieg gebracht. Von 8000 eingeschriebenen Wählern in der dritten Abteilung kamen für uns höchstens 1800—2000 in Betracht; alle übrigen 6000 Wähler gehören zur bestehenden Klasse und zum größten Teile dem Beamtenstande an, welcher letztere sich ja bei öffentlicher Stimmabgabe infolge ihres Abhängigkeitsverhältnisses keinen Sozialdemokraten wählen kann. Außerdem wurde ja bekanntlich noch nach dem verwerflichen Listenwahlmodus gewählt. Im allgemeinen war die Beteiligung sehr flau, speziell in den Kreisen, aus denen sich unsere Wählererschaft rekrutiert. Es muß gesagt werden, daß die Arbeiterschaft Wilmersdorfs in der Stichwahl — zum Gaudium der Gegner — ihre Schuldigkeit nicht getan hat. So leicht darf man einem Feind den Sieg nicht überlassen. Schon das Verhalten unserer Gegner hätte jeden Arbeiterwähler mit Nachdruck zum Wahllich treiben müssen. So ist die Rathausburg wieder den Gegnern ausgeliefert. Die Liberalen, welche vor der Wahl ihre feindlichen Brüder aus dem anderen bürgerlichen Lager so schroff bekämpften, haben in der Stichwahl zum größten Teil deren Kandidaten gewählt. Unsere Kandidaten erhielten in der Hauptwahl eine Höchststimmzahl von 1388, dagegen bei der Stichwahl nur 1060. Aber auch die beiden Gegner zusammen haben denselben Verlust zu verzeichnen. Die Höchststimmzahl der Sieger beträgt 1800.

Weißensee.

Die in der letzten geheimen Sitzung der Gemeindevertretung mitgeteilt wurde, wird der neugewählte zweite besoldete Schöffe, Bürgermeister Wedel aus Remel, seinen Posten nicht antreten. Aus seinem an den Gemeindevorsteher gerichteten Schreiben sind Gründe nicht angegeben, jedoch ist anzunehmen, daß die fortwährenden Mißbilligungen zwischen Dr. Pape und der Gemeindevertretung, die ein kollegiales Zusammenarbeiten für die nächste Zukunft ausschließen, ihn abhalten, den Posten anzunehmen. Die letzte Sitzung mußte wieder gegen Dr. Pape Stellung nehmen, da er sich konsequent von dem Besuch der Kommissionssitzungen fernhielt. Auf Antrag des Gemeindevorstehers Gernich (Grundbesitzerverein) wurde Dr. Pape von sämtlichen Kommissionsposten entbunden. Im Disziplinarverfahren auf Amtsentlassung sind die Verhandlungen im Gange, während andererseits Herr Dr. Pape mehrere Gemeindevorsteher wegen Verleumdung angeklagt hat. Wie verlautet, soll auch der erst vor 1 1/2 Jahren in sein Amt getretene Gemeindevorsteher sich mit Demissionsgedanken tragen, was für die Gemeinde augenblicklich nicht von Vorteil sein könnte.

Mahlsdorf a. d. Oßbahn.

Ein erfreuliches Wachstum der Organisation haben die Orte Mahlsdorf, Kaulsdorf und Dahlwitz zu verzeichnen. Nach dem Bericht, den der Vorsitzende in der letzten Generalversammlung erstattete, hat sich die Mitgliederzahl des Wahlvereins im letzten Jahre verdoppelt, sie ist von 60 auf 128 gestiegen. In Kaulsdorf steht den Genossen immer noch kein Lokal zur Verfügung, wodurch die Aufklärungsarbeit sehr erschwert wird. In den Vorstand wurden folgende Genossen gewählt: Erster Vorsitzender Genosse Robert Dertel, zweiter Vorsitzender Genosse Keuner, Kassierer Genosse Schmidt und Schriftführer Genosse Hanne. Als Beisitzer wurden die Genossen Wienke und Angerhoffer, zu Revisoren die Genossen Pagel, Fuchs und Giese, als Bibliothekar Genosse Dietrich und in die Lokalkommission der Genosse Bartsch gewählt. Bezirksklassierer sind die Genossen Finkler, Spennemann, Schulz und Demer. Zur Generalversammlung Groß-Verlins und der Kreis-Generalversammlung wurden die Genossen Schmidt und Bartsch delegiert. Nach längerer Debatte wurde den Delegierten aufgegeben, für eine Erhöhung des Monatsbeitrages um 5 Pf. einzutreten. Der Vorsitzende verties zum Schluß darauf, daß am Sonntag, den 24. Februar, eine Flugblattverbreitung stattfindet.

Königs-Wusterhausen.

Der Ausfall der Reichstagswahlen war in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen. Die ablehnenden, so waren auch hier die Genossen die Frage auf, ob in den letzten Jahren genug gechehen sei, um die Indifferenten und Lässigen für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Angesichts der bewegten politischen Vorgänge hatten die Genossen sicher auch ein bedeutend günstigeres Resultat am Ort erwartet. Es ist jedoch vorwärts gegangen mit der Organisation und Abkommenzahl des „Vorwärts“. Wie aus dem Bericht des Vorstandes hervorging, ist die Mitgliederzahl des Wahlvereins von 134 am Schluß des Jahres 1905 auf 208 am Schluß des Jahres 1906 gestiegen. Die Zahl der „Vorwärts“-Abkommen hat sich nahezu um 100 von 150 auf 249 vermehrt. Stattgefunden haben im vergangenen Jahre 12 Wahlvereinsversammlungen, 25 Vorstandssitzungen und 10 öffentliche Versammlungen. Bei den im vorigen Jahre stattgehabten Kommunalwahlen unterlagen unsere Kandidaten gegen wenige Stimmen, jedoch ist begründete Aussicht vorhanden, daß bei der nächsten Wahl unsere Genossen als Sieger hervorgehen. Die Einnahmen des vergangenen Jahres betragen 581,33 M. und die Ausgaben 318,86 M.,

an den Kreis abgeliefert wurden 267,19 M. Gewählt wurden als erster Vorsitzender Genosse Kaiser, zweiter Vorsitzender Genosse Ott, Schriftführer Genosse Grundig und als Kassierer Genosse Schmidt. Als Revisoren wurden die Genossen Diege, Behrend und Pörsche, und in die Lokalkommission Spagier, Behrend und Diege gewählt. Genosse Baumann wurde wieder mit dem Amt als Expediteur betraut. In der Diskussion über den Vorstandsbericht erwähnte Genosse Diege die Anwesenheit, von nun an nach besten Kräften für die Partei und sozialdemokratische Presse zu agitieren. Daß noch ein großes Stück Aufklärungsarbeit zu leisten ist, bewies Genosse Kaiser, indem er feststellte, daß annähernd 100 Arbeiterwähler von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Diese für uns zu gewinnen, müsse das erstrebenswerte Ziel jedes einzelnen sein.

Blumberg.

Dem Tode entgangen. Vom Zuge erfaßt wurde gestern ein mit drei Personen besetztes Gefährt des Landwirtes Wegemann aus dem Weihenfer Gemeindefestum Viehholz. W. hatte sich mit zwei Bekannten auf der Fahrt nach Berlin befunden. Als das Fuhrwerk den Bahnübergang bei Blumberg passierte, kam plötzlich ein Zug herangebraust und erfaßte den Wagen. Die Insassen wurden im großen Vogen aus dem Gefährt herausgeschleudert und auf die Böschung geworfen. Nur durch diesen Umstand blieben sie vor dem schlimmsten bewahrt. Das Pferd dagegen wurde auf der Stelle getötet.

Tegel.

Zu der letzten Gemeindevertretersitzung war ein großer Andrang von Zuhörern, sodaß der kleine ihnen reservierte Raum bald gefüllt war. Zunächst wurde mitgeteilt, daß die Firma A. Vörsig auf Veranlassung der Potsdamer Handelskammer sich bereit erklärt habe, die Bestrebungen der Gemeinde auf Einführung der Ortsportotage zu unterstützen. Auf die letzte Eingabe der Gemeinde hat die Postbehörde geantwortet, daß „auch nach nochmaliger Prüfung die Einführung nicht möglich sei“. Das Strafgefängnis, die Vernauerstraße und die Berliner Gasanstalt seien „weit abliegende Neubauten“. Der Vorsitzende erklärte, es mache ihm den Anschein, als ob die Postbehörde nicht wolle. Die „Neubauten“ lägen näher an Tegel als an Reinickendorf. Es wurde beschloffen, in einer neuen Eingabe darauf hinzuweisen, daß die Befürchtungen, der Umsat werde in Tegel zurückgehen, nicht haltig sei, da jetzt bereits die Gemeinde und fast alle Tegeler Industriellen ihre Briefkästen in den Kasten am Strafgefängnis legen ließen. G.-V. Vörsig hat in Zukunft alle falsch frankierten Briefe abzulehnen und kein Straporto zu bezahlen. Als Grund der Haltung der Postbehörde wurde auch die mit dem Ortsporto verbundene Verbilligung der Telefongebühren erwähnt. Zur Uebernahme der Vernauerstraße hat sich noch keine Verständigung finden lassen. Von Kreis und Provinz, auf die der Fiskus, als er statt 177 000 M. 80 000 M. bot, hinwies, sind, wenn überhaupt, höchstens 9000 M. zu erwarten. Der Fiskus will benachrichtigt und aufgefordert werden, ein höheres Gebot zu machen. Für die Rücklagen zum Pensions- und Wittwenfonds der Lehrerpersonen der hiesigen Realschule wurden 1974 und 2843 M. bewilligt, des weiteren für die Hinterbliebenen der Opfer der Grube Reden 100 M. Der Antrag unseres Genossen Lichtenberg, 500 M. zu geben, wurde trotz Sympathieerklärung des Gemeindevorstandes länger und des Vorsitzenden abgelehnt. Gegen die Bewilligung stimmten daher unsere Genossen Lichtenberg und Rodewitz. Der Erlaß eines Ortsstatuts aus § 33 Absatz 3 der Reichsgemeindeordnung, um auch bei mehr als 15 000 Einwohnern Tegel die Bedürfnisfrage für Gas- und Schankwirtschafts-lanzestionen zu bewahren, wurde gegen die Stimmen der Gemeindevorstandes Frey Müller, Rodewitz und Lichtenberg genehmigt. Die vorher gehörten Gastwirte Tegels hatten sich für das Ortsstatut ausgesprochen. Das Gesuch des Bundes der Vereine für naturgemäße Lebens- und Heilweise um Ueberlassung von 20 Morgen zur Errichtung eines Kranenhauses und einer Erholungsstätte, mußte mangels geeigneter Grundstücke abgewiesen werden. Die Gemeindevertretung erklärte sich jedoch bereit, ein Gesuch an den Forstfiskus für Tegel Forst-Nord in jeder Weise zu unterstützen. In der vertagten Beratung des Erweiterungsbaues des Verwaltungsgebäudes lagen Sitzgen für die Möglichkeit, das Projekt an ein fünfziges Rathaus anzugliedern, vor. Der Bau des Erweiterungsgebäudes wurde darauf einstimmig genehmigt. Der Bau soll bis 1. Oktober vollendet sein. Die vorgelegte Rathausstizze gefiel so gut, daß sie aufbewahrt werden soll. In vertraulicher Sitzung wurde dann noch über das Angebot einer größeren Geldsumme als Anleihe beraten.

Potsdam.

Ein rätselhafter Vorfall wurde dieser Tage in Senft bei Redlig entdeckt. Dort brannte am Donnerstag der Stall des Ortsvorstehers Lohmann nieder. Bei den später vorgenommenen Aufklärungsarbeiten stieß man auf eine Leiche. Kopf und Füße waren bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Die Feuerwehr hat bei der Löscharbeit eine Explosion gehört, die vermutlich von Patronen herrührte, weshalb man jetzt annimmt, daß sich der Mann in dem Stall das Leben genommen hat. Ein Jagdgewehr und Patronenhüllen wurden ebenfalls noch vorgefunden. Wer der Mann war und wie er in den Stall gekommen, ist noch ein Rätsel.

Siebenter Verbandstag der Steinseher, Plasterer und Berufsgenossen Deutschlands.

Zweiter Verhandlungstag.

Leipzig, 19. Februar.

Aus der Debatte über den Vorstandsbericht sei hervorgehoben: Allgemeine Differenzen zwischen Vorstand und Mitgliedern bestehen nicht. Die Differenzen zwischen Steinsehern und Kammern in Berlin seien nunmehr beigelegt. Beim Braunschweiger Streik standen die Behörden auf der Unternehmenseite. Die Filiale steht trotz der Schlappe schon wieder für das Frühjahr kampfbereit da. Im Schlusswort bemerkt A. Knoll-Verlin: Die glimpfliche Art der Kritik gegen den Vorstand beweise, daß er seine Pflicht getan habe. Beim letzten Streik in Dresden habe das Stadtbauamt den Unternehmern erfreulicherweise keinen Aufschub zur Fertigstellung der Arbeiten bewilligt. Im allgemeinen wären bei Streiks die Kollegen den Intentionen des Hauptvorstandes nachgekommen. Darauf wird als besonderer Punkt der Tagesordnung die Leipziger Streikangelegenheit, die zu Differenzen zwischen der Leipziger Filiale und dem Hauptvorstand geführt hatte, behandelt. Während die Leipziger behaupten, daß sie für die unorganisierten ausländischen Arbeiter und mit diesen streikten, weil deren Löhne als Kammern traurig niedrig gewesen seien, behauptet der Zentralvorstand dagegen folgendes: Die Leipziger hätten sich dagegen gestäubt, daß die Kammernarbeiten nicht mehr von Steinsehern, sondern von Kammern gemacht würden. Der Streik sei nichts als ein Kampf gegen die neue technische Arbeitsteilung gewesen. Allein schon aus prinzipieller Gegnerschaft gegen eine solche unmoderne Auffassung mußte der Vorstand die Zustimmung und Gelder zum Streik verweigern. Der Kongreß entscheide, daß prinzipiell und formell der Vorstand durchaus korrekt gehandelt habe, daß aber den Leipziguern die Streikfolgen zurückertattet werden sollen, da sie im guten Glauben gehandelt hätten.

Ferner genehmigt der Kongreß einstimmig den Entwurf für das internationale Sekretariat.

Der internationale Sekretär A. Knoll berichtet sodann, daß die internationale Organisation der Steinseher usw. ständig fortschreite. Erst gestern habe das große Pariser Syndikat seinen Beitritt erklärt.

Lehrer ist interessant in sozialer und politischer Beziehung war der Ergänzungsbericht des ausländischen Delegierten Curtin-Wien. Wir haben fortgesetzt einen schweren Kampf mit den Wiener christlichsozialen Kollegen zu führen. Es ist unglaublich, was diese aus Terrorismus und Verleumdungen gegen uns durch

Eingaben an die christlichsozialen Behörden leisten. Aber auch sie fühlen den Druck der niedrigen Löhne. Man redet jetzt schon bei ihnen von Streik, was den Unternehmern, die jene Organisation damals aufspülten, allerdings keine Freude bereitet.

Ungarn: Bei uns sind die Arbeiter rechtlos. Ueber Löhne oder Streiks können wir in Versammlungen nicht reden, sonst kommen wir ins Gefängnis. Erst kürzlich hat uns das „liberale“ Ministerium ein Gesuch um Genehmigung eines Organisationsstatuts in einer Form genehmigt, daß wir für diese Sorte von Organisation danken. Damit die Regierung nicht ihre Hände darauf legen kann, haben wir unsere Verbandsgelder in der österreichischen Länderbank untergebracht.

Dänemark: Die Stadt Kopenhagen führt immer mehr die Regearbeiten durch und sind bei ihr 8 Proz. der Kopenhagener Kollegen beschäftigt. Wir haben durch Verbandssammlungen jetzt ein eigenes Heim für alle und invalide Kollegen gebaut.

Stockholm: Im vorigen Jahre erreichten wir durch einen dreiwöchentlichen Streik höhere Löhne und den Arbeitslohn am Sonnabendmittag um 2 Uhr. Unsere neugegründete Produktivgenossenschaft wird uns helfen, vorwärts zu kommen.

Belgien: Wir haben in Belgien genau so wie in Deutschland den Kampf mit dem Merkantilismus zu führen. Die Vlaanderen erschweren uns die Organisationsarbeit außerordentlich. Im nächsten Jahre wird es bei uns sicher Kämpfe geben.

Aus Industrie und Handel.

Der Schwund von den Lohnerhöhungen.

Der Betriebsergebnis der Königsborn A.-G. stieg für das letzte Jahr auf 3 688 496 M., gegen 2 088 262 M. im Vorjahre. Die Steigerung beträgt 75 Proz. Der Reingewinn hob sich von 843 983 M. auf 1 852 395 M., gleich 120 Proz. Die Aktionäre erhalten diesmal 12 Proz., das ist eine gegen das Vorjahr um 71 Proz. erhöhte Dividende. Der Geschäftsbericht gibt aber auch eine Lohnerhöhung an und zwar von durchschnittlich 12 Proz. Aber die Lohnerhöhung ist erlaubt durch gesteigerte Leistung. Auf einen Schacht stieg die Tagesleistung um 11,4 Proz., auf dem anderen Schacht um 14,6 Proz. Die Unternehmer haben den Vorteil aus den erhöhten Preisen allein geschluckt. Das hindert die Werkpreise aber nicht, die erhöhten Löhne als Ursachen der Preissteigerungen auszuweisen. Aber nicht nur die Preisaufschläge sind den Unternehmern zugesprochen, auch die Produktionskosten haben sich verringert. Wie der Geschäftsbericht mitteilt, sind die Gesehungskosten bei Kohlen um 41 Pf. pro Tonne gefallen. Die Mehrleistung pro Tag macht eine Einnahmeerhöhung von circa 1 M. aus, dazu Verminderung der Gesehungskosten bei einer Durchschnittsleistung von einer Tonne 41 Pf. Da das Boharbeits pro Mann und Schicht mit 32 Pf. angegeben wird, ergibt sich auf den Kopf für das Unternehmen ein Plus von über eine Mark pro Tag. Das ist die Harmonie der Interessen.

Deutschlands Fleischverbrauch im Jahre 1906.

Pro Kopf der Bevölkerung wurden mit Ausschluß der Hauschlachtungen im Jahre 1906 74,08 Pfund Fleisch verbraucht gegen 76,64 Pfund im Jahre 1905 und, wenn man den Fleischkonsum im ersten Semester 1904, für welche Zeit er noch nicht ermittelt wurde, mit der Menge des zweiten Semesters 1904 annimmt, gegen 81,44 Pfund im Jahre 1904. Es sei dabei aber gleich bemerkt, daß das Jahr 1904 etwas zu hoch erscheint, da im ersten Halbjahr der Fleischverbrauch gewöhnlich etwas niedriger zu sein pflegt als im zweiten. Aber selbst bei Berücksichtigung dieses Umstandes ist nicht zu leugnen, daß der Fleischverbrauch Deutschlands in den letzten Jahren tatsächlich eine zunehmende Einschränkung erfahren hat. Von 1904 auf 1905 ging er um circa 6 Pfund, von 1905 auf 1906 um 5,12 Pfund pro Kopf der Bevölkerung zurück. Und dabei ist immer im Auge zu behalten, daß der Rückgang der Fleischernährung tatsächlich noch größer ist, weil einerseits ein Teil der Bevölkerung als Fleischkonsumenten gar nicht in Betracht kommen, wie Kinder, Kranke usw., andererseits in dem nicht unerheblichen Teil der bemittelteren Bevölkerungsschichten der Fleischverbrauch durch die teuren Preise kaum oder doch nur ganz wenig beeinflusst worden ist. So ist anzunehmen, daß die große Masse der minderbemittelten Bevölkerung noch weit mehr unter der Abnahme des Fleischverbrauchs zu leiden hatte, als es in den Durchschnittsziffern zutage tritt. So zeigt sich, daß der Konsum an Schweinefleisch im Laufe der letzten beiden Jahre die stärksten Schwankungen durchgemacht hat. Nachdem er im Jahre 1905, durch die Preissteigerung veranlaßt, ungewöhnlich heftig zurückgegangen war, ist er im zweiten Halbjahr 1906 wieder kräftig gestiegen, und bleibt nunmehr nicht mehr allzu sehr hinter dem des zweiten Semesters 1904 zurück. Das läßt sich aus einem Vergleich der zweiten Semester 1904 und 1906 ergeben, zwischen denen eine Spannung von nur 1,17 Kilo besteht. Im zweiten Halbjahr 1905 hatte die Spannung noch 1,84 Kilo betragen. Bei Rindfleisch war die Entwicklung gerade umgekehrt; nachdem 1905 der Konsum kräftig gestiegen war, ist er im Jahre 1906 unter der Einwirkung der steigenden Preise wieder gesunken. An Rind- und Kalbfleisch wurden im zweiten Halbjahr 1906 nur 8,06 Kilo verbraucht, während es 1905 in der Parallellzeit noch 9,52 und 1904 9,18 Kilo gewesen waren. Der Verbrauch von Hammel- und Ziegenfleisch ist ebenfalls zurückgegangen. Will man nun den jährlichen Gesamtverbrauch betrachten, so kann man nun mit dem Jahre 1905 vergleichen. Dann ergibt sich folgender Verbrauch an

	1905		1906	
	insgesamt	pro Kopf	insgesamt	pro Kopf
Rindfleisch	852 045	15,57	941 593	15,44
Kalbfleisch	175 854	2,98	168 327	2,76
Schweinefleisch	1 111 110	18,32	1 092 184	17,90
Hammelfleisch	53 781	0,89	50 753	0,83
Ziegenfleisch	6 495	0,11	6 896	0,11

Sie scheuen das Licht!

Als vor Jahresfrist die Öffentlichkeit sich aufregte über die Verhältnisse in der Großindustrie, da erklärten die Zentralverbände stolz und kühn, sie hätten eine Untersuchung nicht zu scheuen. Dabei dachte man wohl an die schon so berühmten gewordenen amtlichen Untersuchungen, bei denen mit Sicherheit nichts ermittelt wird. Daß man tatsächlich Geheimnisse zu hüten hat, geht wohl zur Genüge aus folgender Notiz der „Rein-Weiß.“-Ztg. hervor:

„Der Zentralverband deutscher Industrieller weist darauf hin, daß sich oft Privatgelehrte und Literaten an einzelne Werke beziehungsweise einzelne Industrielle mit der Bitte wenden, ihnen Material zu volkswirtschaftlichen Arbeiten entweder über ganze Industrien oder Zweige derselben, oder auch nur über einzelne Werke zu geben, die dann veröffentlicht werden sollen. In einzelnen Fällen hätten Unterhaltungen mit diesen Gelehrten erwiesen, daß ihnen die erforderliche Kenntnis der praktischen Verhältnisse entweder vollkommen fehle, oder daß der gewonnene Einblick in sie doch nur ganz ungenügend gewesen ist. Bei solchen, in der Hauptsache nur theoretisch gebildeten Volkswirten liege die Gefahr nahe, daß sie trotz aller besten Absichten zu unrichtigen Schlussfolgerungen gelangen, die erfahrungsgemäß nicht selten zuungunsten der Industrie ausfallen. In dieser Weise bringen dann die unzutreffenden Urteile über die industriellen Verhältnisse in Vorlesungen und Vorträge, in die periodischen Zeitschriften und in die Tagespresse, so daß auf diesem Wege auch die öffentliche Meinung zu irrtümlichen Anschauungen und im gegebenen Falle auch zu ungünstigen Urteilen über die betreffenden Industrien geführt werden kann. In dieser Beziehung können ganz besonders Zahlen irreführend und ungünstig wirken, wenn sie ohne ausreichendes Verständnis und ohne die genügende

Kenntnis des Zusammenhangs mit der Praxis verwendet werden. Der Wink wird sicher verstanden werden.“

Zur Geschäftslage der deutschen Werkzeugmaschinenfabriken. In einer dieser Tage abgehaltenen Ausschusssitzung wurde folgendes berichtet: „Der Geschäftsgang ist außerordentlich lebhaft, die Aufträge übersteigen oft die Leistungsfähigkeit der Fabriken, die Nachfrage, die in den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres schon sehr stark war, hat im allgemeinen im neuen Jahre sich auf dieser Höhe behauptet, zum Teil noch zugenommen. Allgemein sind die Werke auf ungewöhnlich lange Zeit hinaus, vielfach für ein ganzes Jahr mit Aufträgen versehen. Ferner ist der Eingang der Zahlungen trotz des hohen Geldstandes befriedigend. Mit der Steigerung der von Syndikaten abhängigen Preise der Rohstoffe sowie derjenigen der Löhne steht der Erlös für die Maschinen jedoch vielfach noch nicht im Einklang, namentlich weil man im Markt immer noch auf Preisunterbietungen und auch auf Angebote mit so kurzen Lieferfristen stößt, die von inländischen Werken in keinem Falle eingehalten werden können. Vom Auslande, besonders von Amerika werden mittlere und kleinere Maschinen angeboten. Geübte Arbeiter fehlen allenthalben, und Ueberläufigkeiten sind bei den Arbeitern ungenachtet der Lohnzuschläge für diese durchweg verpönt. Die Ausfuhr hat sich im ganzen weiter recht günstig gestaltet, aber die stark zunehmende Einfuhr der amerikanischen Maschinen in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges in deren Heimatlande ruft lebhaft Besorgnisse hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Dinge hervor. Was die sonstigen Ausfuhren des Geschäftszweiges anbetrifft, so sind diese wegen der anhaltend starken Nachfrage bis auf weiteres als günstig zu bezeichnen. Immerhin muß man sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die jetzige ungewöhnliche Hochbewegung im Wirtschaftsleben über kurz oder lang einem ruhigeren Geschäftsgang Platz machen dürfte. Darauf scheinen aber auch manche große Abnehmer von Maschinen gefaßt zu sein, die zurzeit mit ihren Aufträgen zurückhalten. Auf deren und andere Aufträge für regelmäßigen Bedarf mag der Werkzeugmaschinenbau auch in der Zukunft rechnen dürfen. Von Erweiterungen der Betriebe sieht man verständigerweise größtenteils ab und begnügt sich im ganzen mit einer möglichst ergiebigen Ausnutzung der ausnehmend guten Geschäftslage und mit einer Vervollkommnung der Betriebsrichtungen.“

Gerichts-Zeitung.

Die Niederlegung eines Kranzes mit roter Seife an der offenen Gruft eines Genossen ist der Ausgangspunkt einer Anklage geworden, die den Zimmermann Ernst Gungz gestern vor die 1. Strafkammer des Landgerichts III führte. Er wurde beschuldigt, am 2. September auf dem Kirchhofe der Nazarethgemeinde in Reinickendorf durch Erregung von Unordnung einzelne gottesdienstliche Berichtigungen vorläufig verhindert und gestört und den Pfarrer Neubauer beleidigt zu haben. Am 2. September, nachmittags, fand auf dem Kirchhofe der Nazarethgemeinde die Verdringung des Zimmermanns Grunow statt, bei welcher der Pfarrer die Anstößigkeiten verurteilte. Als an der offenen Gruft der Pfarrer zurücktrat, um den Leidtragenden Platz zu der üblichen Erdschleife zu machen, trat der Angeklagte vor und legte einen mit roter Seife geschnittenen Kranz mit den Worten nieder: „Ich lege diesen Kranz im Namen des Vereins des Zimmerer Berlins und Umgebung nieder!“ Pfarrer Neubauer trat auf den Angeklagten zu und unterbrach ihn, der Angeklagte hörte aber nicht auf das Schweigegebot, sondern sprach seine Worte schnell zu Ende. Als er von der Gruft zurücktrat, erklärte ihm der Pfarrer: „Wir befinden uns doch hier nicht auf einem sozialdemokratischen Parteitag, sondern auf einem Friedhofe. Hier hat nur der Geistliche das Recht zu sprechen.“ Darauf erwiderte aus dem Kreise der Umstehenden die Worte: „Wir können auch reden, wir sind auch Geistliche“ und der Angeklagte fügte seinerseits hinzu: „Wir machen es aber nicht mit einer herabwürdigenden Heuchelei, wie gewisse Leute.“ Dies soll mit einem bezeichnenden Seitenblick auf den Geistlichen gesehen sein. Letzterer ließ nun die Persönlichkeit des Angeklagten feststellen. Den Strafantrag stellte Konsistorialpräsident Steinhausen. Der Angeklagte bekannte sich nur der Beleidigung des Pfarrers Neubauer schuldig und gab mit dem Ausdruck des Bedauerns zu, daß dies unziemlich und unpoßend war. Im übrigen habe er die gottesdienstliche Handlung nicht gestört, denn diese sei nach seiner Meinung schon zu Ende gewesen. Er habe sich schon vorher über das Auftreten des Pfarrers geärgert gehabt, denn dieser habe eine Leidtragenden, die in einer schwarz-weißen Bluse erschienen war, gesagt: „Sie kommen hierher aufgeputzt, als wenn Sie zu Ballen gehen wollten!“ — Pfarrer Neubauer beklagte, daß die gottesdienstliche Handlung noch nicht zu Ende war, als der Angeklagte den Kranz niederlegte. Er beanbiete sie erst dadurch, daß er, nachdem die Leidtragenden die drei Schollen Sand auf den Sarg gestreut, zu einem stillen Gebet aufforderte. Die Zeugenvernehmungen bestätigten den oben geschilderten Sachverhalt. — Staatsanwalt Assessor Lende beantragte gegen den Angeklagten 1 Monat Gefängnis, da doch ein großer Erzech auf einem Friedhofe vorliege. — Rechtsanwalt Viktor Frankele führte dagegen aus, daß die Handlung des Angeklagten nicht unter § 167 des St.-G.-B. zu subsummieren sei, da der Pfarrer von der Gruft zurückgetreten war, habe der Angeklagte wohl der Meinung sein können, daß die gottesdienstliche Handlung zu Ende sei. Das sei auch die Anschauung, die hier in Volkstreifen allgemein herrsche. Was die Beleidigung betrifft, so sei nicht ganz sicher nachgewiesen, daß der Angeklagte seine Bemerkung direkt auf den Pfarrer gemeint habe. Nehme das Gericht das Gegenteil an, so möge es erwägen, daß der Angeklagte sich in großer Erregung befunden habe. Wenn der Pfarrer es für angemessen hielt, auf einem Friedhofe an einer offenen Gruft des sozialdemokratischen Parteitagges Erwähnung zu tun, so möge man es dem weniger gebildeten Angeklagten nicht so sehr übel nehmen, wenn er sich zu der beleidigenden Äußerung hinreißen ließ. — Der Gerichtshof sprach den Angeklagten von der Anklage des Vergehens gegen § 167 frei. Die gottesdienstliche Handlung sei allerdings noch nicht beendet gewesen, dem Angeklagten sei aber nicht nachzuweisen, daß er dies gewußt habe. Wegen der schweren Beleidigung des Pfarrers Neubauer wurde der Angeklagte mit Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit zu 150 Mk. Geldstrafe od. 30 Tagen Gefängnis verurteilt.

Unserer Meinung nach ist hier der eigentlich Schuldige der Pfarrer, der durch seine auf einem Kirchhofe gänzlich unangebrachten Bemerkungen die Leidtragenden berückte und provozierete. Seine Bemerkungen waren infolgedessen gänzlich gegenstandslos, als es sich bei der Niederlegung des Kranzes um eine einfache Widmung handelte, die höchstens von einem recht exaltierten Geistlichen beanstandet wird.

Was eine Versammlungsanmeldung nicht sein soll.

Eine Versammlung des Panower Frauen- und Mädchenbildungsvereins, in der Schriftsteller Eißler über: „Die Schule, wie sie war und ist“ referierte, war von dem Vorstand nicht bei der Polizei gemeldet worden. Dagegen hatte der Gastwirt Ebersbach, bei dem sie tagte, mindestens 24 Stunden vorher (§ 1 des preussischen Vereinsgesetzes) der Polizei Meldung gemacht, und zwar in der Form, daß er anzeigte: „eine Sitzung des Panower Frauen- und Jungfrauenvereins.“ Bei einer zufälligen Anwesenheit auf dem Ambibureau hatte nämlich Ebersbach die Gelegenheit benützt, sich wegen der Rechtslage zu befragen, und hatte vom Amtssekretär den Rat erhalten, die Versammlung anzumelden. Der Amtssekretär schickte auch einen Gendarm zur Ueberwachung, da er, dem ein Frauen- und Jungfrauenverein unbekannt war, gleich annahm, es handle sich um den Frauen- und Mädchenbildungsverein zu Panow. Trotzdem wurden in zweiter Instanz die Genossin Reifner als Vorsitzende, Leiterin und Rednerin, Genossin Sumann als Rednerin und Ebersbach als Inhaber des Lokals auf Grund der §§ 1 und 12 des preussischen Vereinsgesetzes zu Geldstrafen

unter der Annahme verurteilt, daß es sich um eine nach § 1 anmeldepflichtige, aber nicht ordnungsmäßig angemeldete Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten handele.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz, vor dem Rechtsanwalt Th. Sieblich die Angeklagten vertrat, sprach zwar Frau Sumann wegen Verjährung frei, verworf aber die Revision der beiden anderen Angeklagten mit folgender Begründung: Nicht zu entscheiden nötig wäre hier die Frage, wie ein zwischen den §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes bestehender Widerspruch zu lösen wäre: ob nämlich die Anmeldung durch Haus vom Unternehmer einer Versammlung im Sinne des § 1 erfolgen müsse (§ 1) oder ob es genüge (§ 12), daß die Versammlung überhaupt angemeldet sei. Denn hier liege eine unrichtige Anmeldung vor, und es sei selbstverständlich, daß die Benachrichtigung der Polizei eine richtige sein müsse, wenn das Gesetz für Versammlungen zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten der Polizei gewisse Berechtigungen gewähre und die Unternehmer zu einer Benachrichtigung verpflichte. Ebersbach habe gar keine „Versammlung“, sondern eine „Sitzung“ angemeldet. Eine Sitzung und eine Versammlung seien aber etwas verschiedenes, wie u. a. auch das Reichsgericht anerkannt habe. Und auch einen anderen Verein habe Ebersbach bezeichnet als den, der wirklich tagte. Es sei deshalb vom Landgericht ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß keine Anmeldung einer Versammlung erfolgt sei.

Vermischtes.

Heftige Stürme und Gewitter

wurden aus den verschiedensten Teilen des Reiches gemeldet. In Hamburg entlud sich gestern morgen gegen 5½ Uhr ein starkes Gewitter bei heftigem Regen und Hagel begleiteten Sturm; später trat Schneefall ein.

Aus Emden wird vom gestrigen Tage berichtet: Gestern abend entstand ein heftiger Sturm, der sich während der Nacht noch bedeutend steigerte und nach 4 Uhr seinen Höhepunkt in einem Gewitter mit zahlreichen elektrischen Entladungen erreichte, das etwa 20 Minuten dauerte und von starkem Regen und Hagelschlag begleitet war. Gegen 5 Uhr morgens hatte sich der Sturm fast völlig wieder gelegt.

Wie aus Kiel gemeldet wird, herrschte in der ganzen Provinz Schleswig-Holstein seit vorletzter Nacht heftiger Sturm, der an den Telegraphenleitungen Störungen hervorrief und auch sonst großen Schaden anrichtete. Im Dorfe Schlupfel stürzte gestern früh das Wohnhaus des Landmannes Petersen vollständig ein, nachdem zuerst vom Sturm das ganze Dach abgerissen und davongetragen war. Die Bewohner konnten sich retten.

Auch in Frankfurt a. M. herrschte stürmische Wetter und seit gestern vormittag heftiges Schneetreiben.

Nach amtlicher Mitteilung sind die telegraphischen Verbindungen nach Frankreich, Belgien, Holland, Rheinland und Westfalen sowie teilweise auch nach Italien und England infolge der ungünstigen Witterung unterbrochen. Die Telegramme erleiden erhebliche Verzögerungen.

In Curhaven herrscht nach gestriger Meldung schwerer Sturm aus Nord-Nordost. Vor dem äußersten Feuerstift liegt eine Wintermaße in gefährlicher Lage; drei Schlepper sind zur Hilfeleistung abgegangen. Panzerkreuzer „Jork“ kommt mit einem Fischdampfer im Schlepp aus dem Meer; ein anderer Kreuzer assistiert einem großen Seedampfer.

Eine Explosion schlagender Wetter erfolgte, wie aus Lüttich gemeldet wird, vorgestern abend auf der Kohlengrube „Marie-haye“. Zum Glück hatte einer der Arbeiter das Vorhandensein giftiger Gase rechtzeitig bemerkt und seine Kameraden gewarnt. Die Arbeiter flüchteten, bevor die Explosion erfolgte, inebnen wurden zwei von ihnen durch einen infolge der Explosion erfolgten Einsturz schwer verwundet.

Infolge der großen Ueberschwemmungen sind nach einer Meldung aus Konstant zahlreiche Personen um Leben gekommen. In Lamalous wurden zwei Kraber von den Fluten weggespült. In Joama stürzte infolge der Ueberschwemmung ein Haus ein, wobei eine Familie von drei Personen umkam. Ähnliche Unglücksfälle werden aus anderen Ortschaften gemeldet.

Das niedergehende Gestein.

Vorgestern abend sind auf dem Niewandtschachte bei Sieckleben zwei Häuser und ein Bergjunge durch niedergehendes Gestein erschlagen worden, während zwei Bergleute leichtere Verletzungen erlitten und in das Knappschafts-Lazarett gebracht werden mußten.

Baunfall.

Auf dem Neubau der Synagoge in Bozen sind gestern früh drei auf dem Kuppelbau beschäftigte Dachdecker durchgebrochen und in eine Tiefe von zehn Meter hinabgestürzt. Alle drei sind schwer verletzt nach dem Stadtlazarett gebracht worden.

Gebrandet.

Madriber Blätter melden, daß der französische geschützte Kreuzer „Jean Bart“ an der Atlantischen Küste von Afrika zwischen Kap Blanco und Rio de Oro gebrandet sei. Die Mannschaft sei gerettet, das Schiff angeblich verloren.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktstellen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch la 68-73, per 100 Pfd., la 62-67, Ma 56-61, IVa 48-54, din Bullen 60-65, hell 0,00, Kalbfleisch, Doppelländer 110-125, la 80-88, Ma 70-78, Ma 52-60, holländ. 62-68, din. 60-68, Hammelfleisch la 67-76, Ma 50-65, Schweinefleisch 51-59, Rehwild, plombiert, per Pfd. 0,60, Rotwild 0,45-0,57, Rotwild la 0,00, Damwild 0,45-0,65, do. Räder 0,00, Wildschweine 0,45, Ferkel 0,40-0,60, Hasen, plombiert, per Stück 3,00-3,30, do. II 1,50-2,50, Kaninchen per Stück 0,90-0,92, Wildenten per Stück 1,25-1,40, Gänse, alte per Stück 1,30-3,50, do. IIa 0,90-1,25, do. junge per Stück 0,60, Enten per Stück 0,50-0,78, junge kleine 0,00, italienische 0,00, Enten per Stück 0,00, dito Hamburger junge per Stück 2,00-3,75, Gänse, Hamburger per Pfd. 1,10-1,20, Eis. 0,50-0,63, Hechte per 100 Pfd. 82-106, groß 67, klein 0,00, Zander 120-123, klein 0,00, Schleie, unfortirt 119, klein 122-131, Hele 46-50, Kote, groß 0,00, mittel 0,00, klein und mittel 0,00, Wägen matt 0,00, groß 56, klein 53-56, Karpen, 60-80er 52-58, do. 40-60er 61-63, Bunte Fische 41-44, Barsch, klein, matt 42, do. 79-80, Karauschen 84, Heil 0,00, Maippen 66, Heilische 0,00, Amerikanischer Lachs la neuer per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 25-30, Sprotten, Kieler, Ball 1,00-1,35, Dorsch, Riste 1,30, Rundern, Kieler, Etage la 3-4, do. mittel der Riste 2-3, Gänse, Etage 4-6, halbe Riste 1,50-2, Pflingte, per Ball Kieler 3,50-5,00, Stralunder 0,00, Kote, groß per Pfd. 1,10-1,20, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,90, Geringe der Etage 5-9, Schellfische Riste 5-6, do. 1/2, Riste 3,00, Raiblan, p. 100 Pfd. 25-30, Heilbutt 0,00, Sardellen, 1902er per Kiste 95, 1904er 93, 1905er 90, 1906er 75-80, Schottische Heileringe 1905 0,00, largo 44-45, full 35-40, mod. 35-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Riste, per 1/2, To. 60-120, Sardinen, russ., 1/2, 1,50-1,60, Beuterlinge, Büchse (4 Wer) 1,50-1,75, Neunaugen, Schodsch 11, kleine 5-6, Risten-14, Eier, Land-, per Schod 3,50, Butter per 100 Pfd. la 114-116, IIa 110-114, IIIa 108-112, abnehmende 95-100, Saure Gurken Schod 3,50-4,00, Pfefferkörner 3,50-4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,50-2,75, Daberke 2,50-2,75, Rosen 0,00, weisse 2,25-2,50, Salzkartoffeln 5,00-6,00, Spinat per 100 Pfd. 25-30, Karotten per 100 Pfd. 10-12, Sellerie, hiesige, per Schod 3,00-7,00, do. pommerische 9,00-10,00, Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,50-4,00, do. kleine 3,00-3,50, do. hiesige (Bel-) 0,00, Charlotten 0,00, Peterfille, grün, Schodsch 8-9, Kohlrabi per Schod 0,00, Rettig, hapt., per Schod 2,40-4,80, Mohrrüben per 100 Pfd. 4,00-5,00, Teltomer Rüben per 100 Pfd. 7-10, Weiße Rüben, große 3 bis 2,50, kleine 6-8, Rote Rüben 2,00-2,50, Blumenkohl, p. Stoc 2,25-3,00, Kohlrüben per Schod 2-2,50, Weichkäse per 100 Pfd. 3,25-6,00, Mettoll per 100 Pfd. 3,25-6,00, Weichkäse 100 Pfd. 2,75-4,00, Kofentoll per 100 Pfd. 25-35, Grünkohl per 100 Pfd. 5,00-7,00, Schnittlauch 12 Töpfe 2,00-3,00, Birnen, per 100 Pfd. hiesige 0,00, böhm. 10-20, Ital. 35-38, Kirschen, per 100 Pfd., hiesige 6-23, Gravensteiner 0,00, Äpfel in Kästen 0,00, Riste 32-60, Amerik. 18-22.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 21. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Agl. Opernhaus, Salome. (Anfang 8 Uhr.)
Agl. Schauspielhaus, Wallenstein Tod.
Deutsches, Romeo und Julia.
Festung, Fuhrmann Denschel.
Wochen, Die Baubersche.
Vorabend, Der Malado.
Römische Oper, Romeo und Julia auf dem Dese.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Jugend.
Schiller-Theater Charlottenburg, Judo.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater), Helen Theresie, Sein Will.
Berliner, Sherlock Holmes.
Neues Schauspielhaus, Herthas Hochzeit.
Central, Der Millardär.
Kleines, Eine triviale Komödie.
Neues, Reiner Porzellan.
Reichens, Haben Sie nichts zu verzollen?
Lustspielhaus, Fuhrmann Denschel.
Deutsch-Amerikanisches, Der Sorgenbrecher.
Thalia, Eine lustige Doppelseh.
Luisen, Der Erbe von Baskerville.
Bernhard Rose, Sherlock Holmes.
Trianon, J. Josette - meine Frau.
Meyers, Der Teufel lacht dazu.
Gedr. Herzfeld, Ein verrücktes Hotel.
Wintergarten, Saharel, Spiegelmästen.
Apollo, Bernhard Mörbitz, Spezialitäten.
Kasino, Ledige Leute, Spezialität.
Folies Caprice, Im Café Abelles.
Ein Klavierproph.
Wassage, Spezialitäten.
Prater-Theater, Kabale und Liebe.
Higaro, Hochzeitssnacht, Sein Ideal.
Katholische, Unter dem Bett. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Walhalla, Spezialitäten.
Karl Haberland, Spezialitäten.
Reichshallen, Stettiner Sänger.
Urania, Taudenstraße 18/19.
8 Uhr: Die Feuergezeiten der Erde.
9 Uhr: Dr. B. Donath: Elektromotoren und Dynamomaschinen.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/52.

Ferdinand Bonn

Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Sherlock Holmes
Freitag, Sonnabend:
Der Hund von Baskerville.

Neues Schauspielhaus
Donnerstag, den 21. Februar 1907:
Herthas Hochzeit.
Morgen:
Herthas Hochzeit.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Meißner Porzellan.
Freitag: Meißner Porzellan.
Sonnabend auf allerhöchsten Befehl:
Gastspiel Suzanne Despres: Phédre.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Eine triviale Komödie für seriöse Leute. (Sunbury.)
Freitag zum 170. Male: Ein Theater-Gaste.

Lortzing-Theater.
Belisariusstr. 7/8.
Donnerstag, 21. Februar, 7 1/2 Uhr:
Der Mikado.
Abonnement gültig!
Freitag:
Die lustigen Weiber von Windsor.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Fuhrmann Denschel.

Central-Theater.
(Operette.) Täglich 8 Uhr:
Der Millardär.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Die Geißel.

Apollo Theater
Für noch bis Ende Februar:
Bernhard Mörbitz
als Paulchen auf der Wanderschaft.
Nebenbei: Die hervorragenden Spezialitäten-Attraktionen.
Die schöne Vestalin.
Operette von Viktor Gollander.
Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr (letzte Vorstellung): Dr. Doppel-Vorstellung.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Carmen.
Schausp. m. d. bekannt. Operninszeniert.
Don José: Felix Glutz a. G.
Micaëla: Rosa Wobben-Berke a. G.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Ball.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Abds. 8 Uhr! Letzte Aufführung!
Der Sorgenbrecher.
Sonnabend nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.
Ab 1. März 1907 jeden Abend:
Gesamtgastspiel des Theaters des WESTENS.
OPER und OPERETTE.

Trianon-Theater
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette - meine Frau.
Sonnabend nachm. 3 Uhr:
Die Liebeskugel.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Kottbuser Tor.
Heute abends 8 Uhr:
Anna Müller-Lincke
Gesangs- & Soloballett v. Metropoli-Theater in Berlin.
Leonhard Haskel
der allberühmte Volks-Solist.
Hax Franklin-Truppe.
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Folies Caprice
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Im Café Abelles.
Solotell.
Ein Klavierproph.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Vertheim.

Fröbels Allerlei-Theater
s. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Donnerstag, den 21. Februar:
Größes Bockbier-:: Jubel- und Trubelfest
verb. mit Theater- u. Spezialitätenvorstellung und 2500718 Ueberreichungen.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Der auserlesene Februarspielplan
u. a.: Die 3 Harders,
Könige der Luft,
Grete Füllgraf,
früheste Verwandlungskünstlerin.
Bom Witwenball.
Schwanf.
Familienfanten, wochentags zum halben Preispreis gültig. In Vorder-, Mittel- u. Hintergängen gratis.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.
Morgen:
Der Felchenfresser.
Kottbuserstr. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonn- u. Donnerst.: Hoffmanns Nord. Sänger.
Stürmischer Erfolg!
In unseren Kolonien.
Operette in 1 Akt.
Sonn- u. Donnerst. 8 U.
Sonn- u. Donnerst. 8 U.
Dienst- u. Theaterabend.

Gebr. Herrnfeld-Theater
Anf. 8 Uhr. Vorberf. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstr. 57.
Die hübsch bejudete Herrnfelds
Ein verrücktes Hotel
mit dem Vorspiel:
„Hayfisch geht zur Jagd“
Komödie in 3 Akten mit den Hauptrollen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend, den 21. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, d. halben Kassenpreisen:
Endlich allein.
Fall Blumentopf.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Die Feuergezeiten der Erde.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Elektromotoren und Dynamomaschinen.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwanf in 3 Akten v. R. Hennequin und Pierre Boes.
Robert de Tréville: Rich. Alexander.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Der Erbe von Baskerville.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Operngastspiel des Theaters des Westens: Undine.
Sonnabend 4 Uhr: Kindervorstellung.
Zum 1. Male: Encewischen und die sieben Joerge. 8 Uhr: Eise vom Erlentof.
Sonnabend 3 Uhr: Sherlock Holmes.
8 Uhr: Der Erbe von Baskerville.

Bernhard Rose Theater
Dr. Kraussstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Sonnabend nachmittags:
Die sieben Raben.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Holländer. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Messary, Wolf, Bender, Giampietro, Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonnabend, 21. Febr., nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Wintergarten
Neues Programm
Otto Reutter.

Gebr. Herrnfeld-Theater
Anf. 8 Uhr. Vorberf. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstr. 57.
Die hübsch bejudete Herrnfelds
Ein verrücktes Hotel
mit dem Vorspiel:
„Hayfisch geht zur Jagd“
Komödie in 3 Akten mit den Hauptrollen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend, den 21. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, d. halben Kassenpreisen:
Endlich allein.
Fall Blumentopf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Carmen.
Schausp. m. d. bekannt. Operninszeniert.
Don José: Felix Glutz a. G.
Micaëla: Rosa Wobben-Berke a. G.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Ball.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Abds. 8 Uhr! Letzte Aufführung!
Der Sorgenbrecher.
Sonnabend nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.
Ab 1. März 1907 jeden Abend:
Gesamtgastspiel des Theaters des WESTENS.
OPER und OPERETTE.

Trianon-Theater
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette - meine Frau.
Sonnabend nachm. 3 Uhr:
Die Liebeskugel.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Kottbuser Tor.
Heute abends 8 Uhr:
Anna Müller-Lincke
Gesangs- & Soloballett v. Metropoli-Theater in Berlin.
Leonhard Haskel
der allberühmte Volks-Solist.
Hax Franklin-Truppe.
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Folies Caprice
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Im Café Abelles.
Solotell.
Ein Klavierproph.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Vertheim.

Fröbels Allerlei-Theater
s. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Donnerstag, den 21. Februar:
Größes Bockbier-:: Jubel- und Trubelfest
verb. mit Theater- u. Spezialitätenvorstellung und 2500718 Ueberreichungen.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Der auserlesene Februarspielplan
u. a.: Die 3 Harders,
Könige der Luft,
Grete Füllgraf,
früheste Verwandlungskünstlerin.
Bom Witwenball.
Schwanf.
Familienfanten, wochentags zum halben Preispreis gültig. In Vorder-, Mittel- u. Hintergängen gratis.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.
Morgen:
Der Felchenfresser.
Kottbuserstr. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonn- u. Donnerst.: Hoffmanns Nord. Sänger.
Stürmischer Erfolg!
In unseren Kolonien.
Operette in 1 Akt.
Sonn- u. Donnerst. 8 U.
Sonn- u. Donnerst. 8 U.
Dienst- u. Theaterabend.

Gebr. Herrnfeld-Theater
Anf. 8 Uhr. Vorberf. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstr. 57.
Die hübsch bejudete Herrnfelds
Ein verrücktes Hotel
mit dem Vorspiel:
„Hayfisch geht zur Jagd“
Komödie in 3 Akten mit den Hauptrollen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend, den 21. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, d. halben Kassenpreisen:
Endlich allein.
Fall Blumentopf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Carmen.
Schausp. m. d. bekannt. Operninszeniert.
Don José: Felix Glutz a. G.
Micaëla: Rosa Wobben-Berke a. G.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Ball.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Abds. 8 Uhr! Letzte Aufführung!
Der Sorgenbrecher.
Sonnabend nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.
Ab 1. März 1907 jeden Abend:
Gesamtgastspiel des Theaters des WESTENS.
OPER und OPERETTE.

Trianon-Theater
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette - meine Frau.
Sonnabend nachm. 3 Uhr:
Die Liebeskugel.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Kottbuser Tor.
Heute abends 8 Uhr:
Anna Müller-Lincke
Gesangs- & Soloballett v. Metropoli-Theater in Berlin.
Leonhard Haskel
der allberühmte Volks-Solist.
Hax Franklin-Truppe.
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Folies Caprice
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Im Café Abelles.
Solotell.
Ein Klavierproph.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Vertheim.

Fröbels Allerlei-Theater
s. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Donnerstag, den 21. Februar:
Größes Bockbier-:: Jubel- und Trubelfest
verb. mit Theater- u. Spezialitätenvorstellung und 2500718 Ueberreichungen.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Der auserlesene Februarspielplan
u. a.: Die 3 Harders,
Könige der Luft,
Grete Füllgraf,
früheste Verwandlungskünstlerin.
Bom Witwenball.
Schwanf.
Familienfanten, wochentags zum halben Preispreis gültig. In Vorder-, Mittel- u. Hintergängen gratis.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.
Morgen:
Der Felchenfresser.
Kottbuserstr. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonn- u. Donnerst.: Hoffmanns Nord. Sänger.
Stürmischer Erfolg!
In unseren Kolonien.
Operette in 1 Akt.
Sonn- u. Donnerst. 8 U.
Sonn- u. Donnerst. 8 U.
Dienst- u. Theaterabend.

Gebr. Herrnfeld-Theater
Anf. 8 Uhr. Vorberf. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstr. 57.
Die hübsch bejudete Herrnfelds
Ein verrücktes Hotel
mit dem Vorspiel:
„Hayfisch geht zur Jagd“
Komödie in 3 Akten mit den Hauptrollen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend, den 21. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, d. halben Kassenpreisen:
Endlich allein.
Fall Blumentopf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Carmen.
Schausp. m. d. bekannt. Operninszeniert.
Don José: Felix Glutz a. G.
Micaëla: Rosa Wobben-Berke a. G.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Ball.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Abds. 8 Uhr! Letzte Aufführung!
Der Sorgenbrecher.
Sonnabend nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.
Ab 1. März 1907 jeden Abend:
Gesamtgastspiel des Theaters des WESTENS.
OPER und OPERETTE.

Trianon-Theater
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette - meine Frau.
Sonnabend nachm. 3 Uhr:
Die Liebeskugel.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Kottbuser Tor.
Heute abends 8 Uhr:
Anna Müller-Lincke
Gesangs- & Soloballett v. Metropoli-Theater in Berlin.
Leonhard Haskel
der allberühmte Volks-Solist.
Hax Franklin-Truppe.
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Folies Caprice
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Im Café Abelles.
Solotell.
Ein Klavierproph.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Vertheim.

Fröbels Allerlei-Theater
s. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Donnerstag, den 21. Februar:
Größes Bockbier-:: Jubel- und Trubelfest
verb. mit Theater- u. Spezialitätenvorstellung und 2500718 Ueberreichungen.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Der auserlesene Februarspielplan
u. a.: Die 3 Harders,
Könige der Luft,
Grete Füllgraf,
früheste Verwandlungskünstlerin.
Bom Witwenball.
Schwanf.
Familienfanten, wochentags zum halben Preispreis gültig. In Vorder-, Mittel- u. Hintergängen gratis.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.
Morgen:
Der Felchenfresser.
Kottbuserstr. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonn- u. Donnerst.: Hoffmanns Nord. Sänger.
Stürmischer Erfolg!
In unseren Kolonien.
Operette in 1 Akt.
Sonn- u. Donnerst. 8 U.
Sonn- u. Donnerst. 8 U.
Dienst- u. Theaterabend.

Gebr. Herrnfeld-Theater
Anf. 8 Uhr. Vorberf. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstr. 57.
Die hübsch bejudete Herrnfelds
Ein verrücktes Hotel
mit dem Vorspiel:
„Hayfisch geht zur Jagd“
Komödie in 3 Akten mit den Hauptrollen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend, den 21. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, d. halben Kassenpreisen:
Endlich allein.
Fall Blumentopf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Carmen.
Schausp. m. d. bekannt. Operninszeniert.
Don José: Felix Glutz a. G.
Micaëla: Rosa Wobben-Berke a. G.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Ball.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Abds. 8 Uhr! Letzte Aufführung!
Der Sorgenbrecher.
Sonnabend nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.
Ab 1. März 1907 jeden Abend:
Gesamtgastspiel des Theaters des WESTENS.
OPER und OPERETTE.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jugend.
Heldendrama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
Freitag, abends 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Jugend.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr: Helen, Theresie.
Hierauf: Sein Will.

Zirkus Busch.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Große Gala-Vorstellung.
Jiu-Jitsu
in Angriff und Verteidigung, demonstriert von Hrn. G. Vary, Jiu-Jitsu-Meister, Paris, und G. Hansen, Schwergewichtsringer, Dänemark.
The Novelists
Tänzer in Europa.
Mancho-Marin-Truppe.
Akrobaten.
Herr Boottik, Schutretter, usw.
Um 9 1/2 Uhr: **ROM.**

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Kottbuser Tor.
Heute abends 8 Uhr:
Anna Müller-Lincke
Gesangs- & Soloballett v. Metropoli-Theater in Berlin.
Leonhard Haskel
der allberühmte Volks-Solist.
Hax Franklin-Truppe.
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Folies Caprice
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Im Café Abelles.
Solotell.
Ein Klavierproph.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Vertheim.

Fröbels Allerlei-Theater
s. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Donnerstag, den 21. Februar:
Größes Bockbier-:: Jubel- und Trubelfest
verb. mit Theater- u. Spezialitätenvorstellung und 2500718 Ueberreichungen.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Der auserlesene Februarspielplan
u. a.: Die 3 Harders,
Könige der Luft,
Grete Füllgraf,
früheste Verwandlungskünstlerin.
Bom Witwenball.
Schwanf.
Familienfanten, wochentags zum halben Preispreis gültig. In Vorder-, Mittel- u. Hintergängen gratis.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.
Morgen:
Der Felchenfresser.
Kottbuserstr. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonn- u. Donnerst.: Hoffmanns Nord. Sänger.
Stürmischer Erfolg!
In unseren Kolonien.
Operette in 1 Akt.
Sonn- u. Donnerst. 8 U.
Sonn- u. Donnerst. 8 U.
Dienst- u. Theaterabend.

Gebr. Herrnfeld-Theater
Anf. 8 Uhr. Vorberf. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstr. 57.
Die hübsch bejudete Herrnfelds
Ein verrücktes Hotel
mit dem Vorspiel:
„Hayfisch geht zur Jagd“
Komödie in 3 Akten mit den Hauptrollen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend, den 21. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, d. halben Kassenpreisen:
Endlich allein.
Fall Blumentopf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Carmen.
Schausp. m. d. bekannt. Operninszeniert.
Don José: Felix Glutz a. G.
Micaëla: Rosa Wobben-Berke a. G.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Ball.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Abds. 8 Uhr! Letzte Aufführung!
Der Sorgenbrecher.
Sonnabend nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.
Ab 1. März 1907 jeden Abend:
Gesamtgastspiel des Theaters des WESTENS.
OPER und OPERETTE.

Trianon-Theater
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette - meine Frau.
Sonnabend nachm. 3 Uhr:
Die Liebeskugel.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Kottbuser Tor.
Heute abends 8 Uhr:
Anna Müller-Lincke
Gesangs- & Soloballett v. Metropoli-Theater in Berlin.
Leonhard Haskel
der allberühmte Volks-Solist.
Hax Franklin-Truppe.
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Folies Caprice
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Im Café Abelles.
Solotell.
Ein Klavierproph.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Vertheim.

Fröbels Allerlei-Theater
s. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Donnerstag, den 21. Februar:
Größes Bockbier-:: Jubel- und Trubelfest
verb. mit Theater- u. Spezialitätenvorstellung und 2500718 Ueberreichungen.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Der auserlesene Februarspielplan
u. a.: Die 3 Harders,
Könige der Luft,
Grete Füllgraf,
früheste Verwandlungskünstlerin.
Bom Witwenball.
Schwanf.
Familienfanten, wochentags zum halben Preispreis gültig. In Vorder-, Mittel- u. Hintergängen gratis.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.
Morgen:
Der Felchenfresser.
Kottbuserstr. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonn- u. Donnerst.: Hoffmanns Nord. Sänger.
Stürmischer Erfolg!
In unseren Kolonien.
Operette in 1 Akt.
Sonn- u. Donnerst. 8 U.
Sonn- u. Donnerst. 8 U.
Dienst- u. Theaterabend.

Gebr. Herrnfeld-Theater
Anf. 8 Uhr. Vorberf. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstr. 57.
Die hübsch bejudete Herrnfelds
Ein verrücktes Hotel
mit dem Vorspiel:
„Hayfisch geht zur Jagd“
Komödie in 3 Akten mit den Hauptrollen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend, den 21. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, d. halben Kassenpreisen:
Endlich allein.
Fall Blumentopf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Carmen.
Schausp. m. d. bekannt. Operninszeniert.
Don José: Felix Glutz a. G.
Micaëla: Rosa Wobben-Berke a. G.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Ball.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Abds. 8 Uhr! Letzte Aufführung!
Der Sorgenbrecher.
Sonnabend nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.
Ab 1. März 1907 jeden Abend:
Gesamtgastspiel des Theaters des WESTENS.
OPER und OPERETTE.

Trianon-Theater
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette - meine Frau.
Sonnabend nachm. 3 Uhr:
Die Liebeskugel.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Kottbuser Tor.
Heute abends 8 Uhr:
Anna Müller-Lincke
Gesangs- & Soloballett v. Metropoli-Theater in Berlin.
Leonhard Haskel
der allberühmte Volks-Solist.
Hax Franklin-Truppe.
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Folies Caprice
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Im Café Abelles.
Solotell.
Ein Klavierproph.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Vertheim.

Fröbels Allerlei-Theater
s. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Donnerstag, den 21. Februar:
Größes Bockbier-:: Jubel- und Trubelfest
verb. mit Theater- u. Spezialitätenvorstellung und 2500718 Ueberreichungen.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Der auserlesene Februarspielplan
u. a.: Die 3 Harders,
Könige der Luft,
Grete Füllgraf,
früheste Verwandlungskünstlerin.
Bom Witwenball.
Schwanf.
Familienfanten, wochentags zum halben Preispreis gültig. In Vorder-, Mittel- u. Hintergängen gratis.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.
Morgen:
Der Felchenfresser.
Kottbuserstr. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonn- u. Donnerst.: Hoffmanns Nord. Sänger.
Stürmischer Erfolg!
In unseren Kolonien.
Operette in 1 Akt.
Sonn- u. Donnerst. 8 U.
Sonn- u. Donnerst. 8 U.
Dienst- u. Theaterabend.

Gebr. Herrnfeld-Theater
Anf. 8 Uhr. Vorberf. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstr. 57.
Die hübsch bejudete Herrnfelds
Ein verrücktes Hotel
mit dem Vorspiel:
„Hayfisch geht zur Jagd“
Komödie in 3 Akten mit den Hauptrollen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend, den 21. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, d. halben Kassenpreisen:
Endlich allein.
Fall Blumentopf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Carmen.
Schausp. m. d. bekannt. Operninszeniert.
Don José: Felix Glutz a. G.
Micaëla: Rosa Wobben-Berke a. G.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Ball.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Abds. 8 Uhr! Letzte Aufführung!
Der Sorgenbrecher.
Sonnabend nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.
Ab 1. März 1907 jeden Abend:
Gesamtgastspiel des Theaters des WESTENS.
OPER und OPERETTE.

Trianon-Theater
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette - meine Frau.
Sonnabend nachm. 3 Uhr:

Soziales.

Die Hauptergebnisse der Gärtnereistatistik in Preußen nach den am 2. Mai 1906 veranstalteten Erhebungen werden...

Table with 5 columns: Betrieb mit, Zahl der Betriebe, Beschäftigte Personen, Zahl der Betriebe in Gruppe III, Beschäftigte Personen.

Demnach ist bei weitem noch die größte Zahl der Betriebe in der Gärtnerei, nämlich 25 825 unter 33 206 = 76,2 Prozent...

Table with 3 columns: ohne Fläche, unter 10 Hektar, 10-20, 20-50, 50-1 Hektar.

Die insgesamt benutzte Fläche beträgt 64 511 Hektar. Von allen Betrieben hatten 24 020 keinen Acker...

Die Kriminalität der Reichsbewölkerung. Das Kaiserlich Statistische Amt macht seit dem Jahre 1882 eine Kriminalstatistik auf...

Table with 6 columns: Gesamtzahl der Verurteilten, auf 100 000 der Strafmünd. Bevölkerung, Zunahme der Verurteilten im Verhältnis zur Strafmündigen Bevölkerung in 2 Jahren seit 1882.

In diesen Zahlen sind die wegen Verletzung der Wehrpflicht Verurteilten nicht enthalten, weil die Verurteilungen fast ausnahmslos gegen Abwesende und lediglich auf Grund der von den Pflasterungsbehörden beschleunigten Tatsache der Nichtstellung erfolgen...

Dah eine absolute Zunahme der Verurteilten vorhanden ist, nimmt natürlich nicht wunder; die Tatsache aber, daß seit 1882 auch im Verhältnis zur Strafmündigen, d. h. zwölf und mehr Jahre alten Bevölkerung die Kriminalität gestiegen ist...

gewiesenen Ziffern nicht die Zeit der Tat, sondern die oft erheblich später erfolgende der Aburteilung angeben. Namentlich wenn die Prozesse durch alle Instanzen gejagt werden...

Schon aus diesen Zahlen ist der enge Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und Verbrechen erkennbar. Eine vergleichsweise Heranziehung der Brotpreise würde diesen Zusammenhang noch deutlicher hervortreten lassen...

Die oben wiedergegebenen Zahlen geben in groben Umrissen ein Bild der abgeurteilten Straftaten. Zur genaueren Erfassung des Zusammenhanges zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen und den Straftaten ist eine weit detailliertere Betrachtung erforderlich...

Wasserstand am 20. Februar. Elbe bei Kufing 1,17 Meter, bei Dresden 1,17 m, Elbe bei Magdeburg 1,35 Meter, eisfrei...



Warenhaus Hermann Tietz

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

DURCH DECORATION

während der

WEISSEN WOCHEN

leicht gelittene Artikel, sowie die vom Ausschnitt übrig gebliebenen

Reste und Coupons

kommen heute, soweit der Vorrat reicht,

enorm billig zum Verkauf.

Hemdentuchreste Restbestand Corsets

Meter von 15 Pf. an 1 25 1 75

Damenhemden u. Jacken Damen-Beinkleider

von 95 Pf. an

Spitzen Stickereien

Weisse Kleiderstoffe Kinderkleider in Wolle und Baumwolle

Tischtücher u. Gedecke Taschentücher

Ein Posten Damen - Taghemden, Nachthemden, Jacken und Beinkleider, elegante einzelne Sachen. ganz bedeutend im Preise herabgesetzt.

Verkäufe.

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrösem Anlekt 10,50. ... Kleiderstoffe, ... Teppiche, ... Möbel, ...

Nähmaschinen! Vergüte bis 15,00 ... Möbel-Lagerplätze ... Kleiderstoffe, ...

Im Arbeitsmarkt durch ... Zeitungs- ... Tüchtige Gärtler ... Schleifer auf Werk ...

Bau der Firma Spohna: ... Bau der Firma Schuler: ... Bau der Firma Kossner: ...

Bau der Firma Schuler: ... Bau der Firma Metz, Urban: ... Bau der Firma Noack: ...

Bau der Firma Weise, Roabit: ... Bau der Firma Seeger: ... Bau der Firma Mitsch: ...